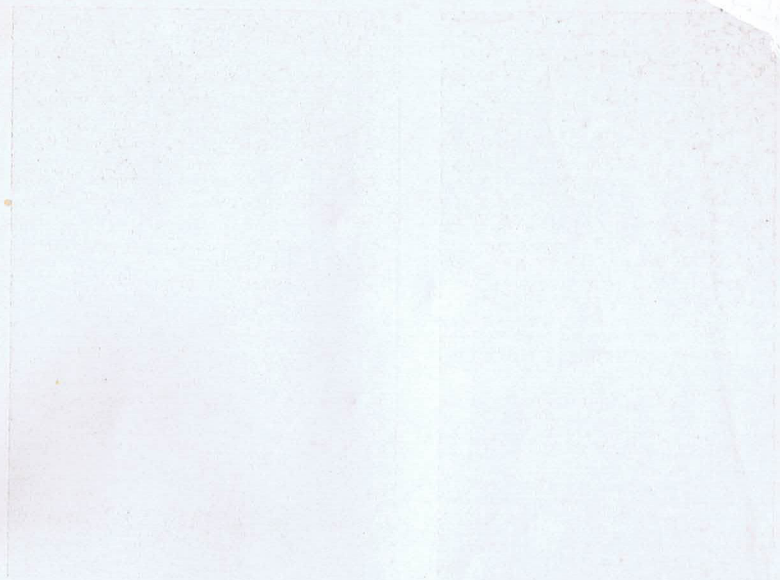
Minister Stresemann

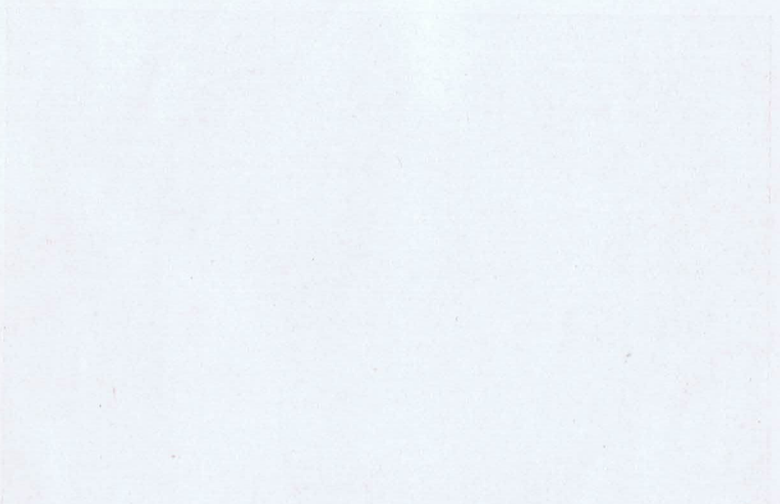


als Staatsmann und Anwalt des Weltgewissens

von Graf E. Reventlow

J. F. Lehmanns-Verlag · München







Aus „Corpus Imaginum“ d. Phot. Ges. Berlin.



Verlag Reclam, Leipzig.

Die Vertreter des alten Deutschlands.



Deutsche Presse-Photo-Zentrale, Berlin.

Die Vertreter des modernen Deutschlands.

Graf Ernst Reventlow

Minister Stresemann

als Staatsmann und Anwalt des Weltgewissens

10. Auflage.

Mit vier Abbildungen



J. F. Lehmanns Verlag · München 1927

Druck von Dr. F. P. Datterer & Cie., Freising-München.

1. Kapitel.

Der Ruhrkämpfer.

Die Ministerlaufbahn des Herrn Dr. Stresemann hat ihren Ausgang vom Ruhrkampf genommen; er war ihr „Nährboden". Streifen wir diesen kurz, um an die Lage Deutschlands damals zu erinnern. Dr. Stresemann und seine Partei, die Deutsche Volkspartei, gingen mit dem gleichen Leichtsinn in den Ruhrkampf, den Kampf des sogenannten passiven Widerstandes, hinein wie die anderen Parteien der damaligen „Einheitsfront". Der Verfasser dieser Schrift schrieb hierzu im Januar 1923:

„Tag für Tag müßte der gesamten deutschen Bevölkerung, ganz besonders auch durch die Regierung, gesagt und auseinandergesetzt werden, daß hier wieder ein Mal die Länge die Last zu tragen hat...... Deswegen ist es eine Notwendigkeit, daß die Deutschen sich in ihrer Gesamtheit auch innerlich auf lange Dauer einrichten und sich klarmachen, daß alle Kräfte der Entsagung, des Opferwillens, des deutschen Stolzes und der Tat so hoch gesteigert werden müssen, wie es nur möglich ist und — das ist immer zu wiederholen — auf die Dauer, für einen nicht im entferntesten absehbaren Zeitraum und unter Verhältnissen, die gar nicht schwer genug erdacht werden können. ..... Das Schwere und Schwerste, die Beanspruchung der höchsten und edelsten Kräfte, Alles das steht noch sämtlich bevor und wird wahrscheinlich eine beispiellose Probe sein." —

Das ist also kein Urteil von heute, keine nachträgliche Weisheit. Wollte man kämpfen, auch in Gestalt eines passiv genannten Widerstandes, so war die Grundbedingung für den Erfolg: Ehrlichkeit der Bevölkerung gegenüber getragen von der eigenen Erkenntnis der Größe dieser gewaltigen Aufgabe. Sie war eine gewaltige. Es war damals und ist heute nicht minder eine recht nachdenkliche Frage, aus welchen Gründen die Parteien und Richtungen in Deutschland, die als „Einheits-

front" sich einig in der Forderung des passiven Widerstandes waren, die Verhältnisse unter denen er eingeleitet wurde, so völlig verkannten, jedenfalls der Wirklichkeit widersprechend in der deutschen Öffentlichkeit hinstellten. Unvorbereitet seien die Franzosen in das Ruhrgebiet eingebrochen, sie hätten sich keine Vorstellung von den dort zu erwartenden Schwierigkeiten gemacht, sie seien moralisch und organisatorisch außerstande dieser Schwierigkeiten Herr zu werden; in wenigen Monaten würden sie einsehen, daß sie das Spiel verloren hätten und nachgeben müßten. Außerdem: das Recht, das deutsche Recht werde siegen! Deutscherseits sei nur Einheitsfront nötig, auch müsse man sich von allen „Ausschreitungen" fernhalten. Unter den Rufern im Streit dieser Art war Dr. Stresemann einer der führenden und lautesten. Seine besonderen Hoffnungen und seine wie immer in schönen und wohlgewählten Worten ausgedrückte Zuversicht setzte er nicht zum wenigsten darauf, daß Großbritannien und Amerika den französischen Ruhreinbruch mißbilligten. Dieses außenpolitische Moment verdient besonders deshalb hervorgehoben zu werden, weil es einen seit 20 Jahren in ewiger Wiederholung gemachten Fehler der deutschen Außenpolitik bezeichnet: Anfänge englisch-französischer Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten voreilig für deutsches Interesse ausnützen zu wollen.

Der Ruhrkrieg mußte, wie er geführt wurde, mit unausweichlicher Notwendigkeit zu einer deutschen Niederlage, zu einer deutschen Katastrophe führen. Ein ungeheurer Aufwand wurde überaus schmählich vertan. Und plötzlich war man sich in der stolzen „Einheitsfront" darüber einig, der Ruhrkrieg müsse liquidiert werden. Vielleicht war es der einzige Augenblick, in dem die „Einheitsfront" ihren Namen verdiente: Der Führer in Parlament und Öffentlichkeit war der Abgeordnete Dr. Stresemann, sekundiert von dem sozialdemokratischen Parteiführer Hermann Müller. Über die Haltung des letzteren braucht nichts gesagt zu werden; die sozialdemokratische Partei hatte den Ruhrkampf von Anfang an als Parteisache aufgefaßt. Man erinnert sich noch daran, wie der „Vorwärts" triumphierend erklärte: jetzt sei es tatsächlich gelungen, die Gefahr des Platzgreifens einer nationalen Be-

wegung innerhalb der Ruhrarbeiterschaft zu beseitigen. Sie wisse jetzt, daß es sich nur um den Kampf des Rechts gegen den Militarismus handle, und ein deutscher Militarismus werde ihr genau so verhaßt und bekämpfenswert erscheinen wie jetzt der französische. Man fürchtete, daß von der Ruhr eine nationale deutsche Bewegung und Erhebung ausgehen könne. Darum wurde die Losung vom „Militarismus" ausgegeben. Man erfüllte die Gewerkschaften mit dieser Besorgnis. Wo sich ein Geist freiheitlicher deutscher Auflehnung in der deutschen Ruhrarbeiterschaft zeigte, wurde er erstickt oder irregeführt. So brachte man die Ruhrfrage und den Ruhrkampf für die Augen der deutschen Öffentlichkeit auf das Gebiet der bloßen Geldfrage, wohl wissend, daß so ein baldiges, katastrophales Ende des Ruhrkampfs gesichert war.

Die Aufrichtigkeit der Ruhrkampfpolitik des damaligen Reichskanzlers Cuno steht außer Frage. Sein Grundirrtum ist in der Tat die Annahme gewesen, die Franzosen würden nach wenigen Monaten an ihrem Erfolge gegenüber dem deutschen passiven Widerstande verzweifeln, einlenken und das Ruhrgebiet verlassen. Dann werde man zu Verhandlungen kommen und zwar auf einer annehmbaren Basis. Als Cuno sah, daß er sich getäuscht hatte, zog er die Konsequenzen und trat mit seinem Kabinett zurück, um dem ersten Kabinett Stresemann Platz zu machen. Ein nachdenklicher Vorgang, denn, wie gesagt, hatte gerade Dr. Stresemann die Einleitung des passiven Widerstandes mit voller Zustimmung, ja mit zornig loderndem Geist unbrechbarer Auflehnung, begrüßt, er war mit seiner Partei das Mittelstück der Einheitsfront gewesen. Dr. Stresemann hat dabei von vornherein genau wie andere gewußt, daß der Ruhrkampf in der Halbheit, wie ihn Regierung und Parteien eingeleitet hatten und führten, von vornherein zur Katastrophe verurteilt war. Dieser Kampf war eben nur zu gewinnen, wenn die Regierung ihn unter die nationale, unter die deutsche Parole stellte und in diesem Zeichen die deutsche Bevölkerung aufrief. Der passive Ruhrwiderstand im Verein mit einer durch Staatsmittel aller Art anonym organisierten und unterstützten Sabotage gegen die Franzosen mußte den Rückhalt des ganzen Volkes haben. Im

Gegenteil wurde tatsächlich alles auf die Geldfrage abgestellt und da ließ sich von vornherein terminmäßig genau sagen, wann uns dabei die Luft ausgehen würde. Die große jüdische Presse, an der Spitze „Tageblatt" und „Vossische Zeitung" ließen denn auch von Anfang an in das verlogene Preisen des Widerstandes im Ruhrgebiet von Zeit zu Zeit den Gesichtspunkt einfließen: einige Monate lang werde Deutschland den Kampf wohl aushalten. Auf der französischen Seite konnte man sich eine bessere Bestätigung der eigenen Zuversicht nicht wünschen.

Wie gesagt, waren solche Auffassungen und solche Taktik im Hinblick auf die Linke nicht verwunderlich, man konnte von vornherein, besonders unter einer schwachen Regierung, nichts anderes erwarten. Je weiter nach rechts, desto erstaunlicher aber die Haltung. Der Abgeordnete Dr. Stresemann, der durch seine engen Beziehungen zum Judentum, im besonderen zu den Vertretern des Bankwesens usw. und der Industrie einerseits, durch seine außenpolitischen Nachrichtenquellen andererseits genau unterrichtet war, hat selbstverständlich an einen deutschen Erfolg nicht glauben können.

Er war und ist auch nicht der Mann, sich durch eigene Hurraphrase über solche Fragen zu täuschen, oder ihnen gegenüber die Augen zu schließen. Wie konnte der Abgeordnete Dr. Stresemann es also mit seiner Einsicht und seinem Gewissen vereinbaren, den Ruhrkampf mitzumachen und zu unterstützen, und ihn dabei heimlich durch Halbheit zu untergraben? Er wußte andererseits genau, daß er die Katastrophe verhindern konnte, wenn er mit seiner Partei sich gleich hinstellte und erklärte: wir können die Verantwortung nicht übernehmen, da wir so den Mißerfolg unausweichlich kommen sehen und andererseits für untunlich halten, dem Kampf durch Ausrufen der nationalen Parole in ganz Deutschland und unter Führung der Regierung die nötigen Kräfte und Kampfmittel zu geben. Wer hier einwirft: man hätte eine solche Einsicht damals nicht verlangen können, und es sei unbillig, heute nachträglich Herrn Dr. Stresemann einen Vorwurf daraus zu machen, — dem braucht nur entgegnet zu werden, daß die Führer der völkischen Bewegung damals doch tatsächlich diese Einsicht gehabt und

sie auch öffentlich zum Ausdruck gebracht haben. Eben diese Führer der völkischen Bewegung im Norden und im Süden Deutschlands haben in ohnmächtiger Erbitterung damals zusehen müssen, wie eine im Werden befindliche tiefe Bewegung des deutschen Volkes durch die Parteien der „Einheitsfront" erst betrogen und dann erstickt wurde. Unter den Deutschnationalen hat man — um auch diese Partei nicht unerwähnt zu lassen, — sogar unter den Führern viele gefunden, die sich der unbegreiflichen Illusion hingaben, jener halbe, passive Widerstand könne tatsächlich zum Erfolge führen.

Als im Herbst 1923 der Reichspräsident Ebert und die damalige Reichsregierung in einem tränenvollen Aufruf den passiven Widerstand liquidierten, schrieb die jüdisch-demokratische „Berliner Volkszeitung" unter dem Titel „Wie der Ruhrkampf verloren ging!" „die Akteure schminken ab, der Souffleur klappt sein Buch zu und geht nach Hause. Das Publikum entfernt sich. Einige Unzufriedene fordern ihr Eintrittsgeld zurück, aber die Kasse ist längst geschlossen. Das Licht erlischt" .... Erfahrungsgemäß gibt es Augenblicke, wo auch die internationalistischen und internationalen Elemente in Deutschland ihre Vorsicht vergessen, nämlich dann, wenn man glaubt, am Ziel zu sein, und den Gegner bis auf weiteres unschädlich gemacht zu haben. Ein solcher Augenblick schien nicht allein der Demokratie und Sozialdemokratie gekommen zu sein, als das „Ruhrabenteuer" zu Grabe getragen worden war, sondern auch denjenigen mehr rechtsstehenden Gruppen, welche die auswärtige Politik Deutschlands des deutschen Geistes und Inhalts berauben und ihr höchstens einen äußerlich nationalen Anstrich lassen wollen, um sie nicht als das erkennen zu lassen, was sie in der Tat war und sein sollte, nämlich eine Politik des internationalen Geschäftes, der Internationalisierung Deutschlands. Dieses Leitmotiv sei schon hier hervorgehoben. Wir werden ihm in der Folge immer wieder und immer unverkennbarer begegnen.

Überblickt man heute den Ruhrkampf, das „Ruhrabenteuer", wie es später frivol von allen denen genannt wurde, die zu Anfang in schön geheuchelter Begeisterung für Recht

und Freiheit und Unbeugsamkeit eintraten, so kann man in der Tat nur anerkennen, daß das zynische Zugeständnis der „Berliner Volkszeitung" den Tatsachen entspricht. Es hat sich wirklich bei den Demokraten, bei den Sozialdemokraten und bei einem Teil der Volkspartei und des Zentrums lediglich um eine Komödie gehandelt, die eine Reihe von Monaten unter ausgiebigem Gebrauche von national und vaterländisch färbender Schminke gespielt wurde und nur so durchzuführen war. Dann aber: „die Akteure schminken ab, der Souffleur klappt sein Buch zu und geht nach Hause!"

Die Komödie war ihrer außenpolitischen Maske nach vom damaligen Abgeordneten Dr. Stresemann geleitet worden. Er hatte sie auch eingeleitet und zwar mit den national stärksten Worten, welche in Deutschland während des Ruhrkampfes überhaupt gebraucht worden sind. Damals erklärte der Abgeordnete Dr. Stresemann: ganz Deutschland müsse ein zweites Irland werden. An dem jahrhundertelangen Freiheitskampf der Iren gemessen, bedeutete diese stolze Erklärung: der Ruhrkampf müsse mit allen Mitteln vaterländischer Hingabe, Ausdauer, mit unbesiegbarer und unermüdbarer Tätigkeit, unter allen denkbaren Qualen und Entbehrungen, geführt werden, mit allen Mitteln politischen und militärischen Widerstandes, ohne Rücksicht auf persönliche Freiheits- und Lebensgefahr, auf Zerstörung des eigenen Landes, der Wirtschaft und der Wohnstätten. Als Dr. Stresemann sein heldisches Wort sprach, ist es ihm in keiner Weise ernst damit gewesen. Er hat nie auch nur einen Augenblick lang seinen großen Einfluß für die Verwirklichung eines solchen Kampfes eingesetzt. Die lange Folge der Reden Dr. Stresemanns während des Ruhrkampfes und nach seiner Beendigung schillert in den verschiedensten Farben. Als er das zweite Irland proklamierte, zeitigte der irische Freiheitskampf gerade ein Märtyrertum unübertroffener Höhe: ein irischer Bürgermeister starb lieber den freiwilligen Hungertod, als daß er sich dem Willen des großbritannischen Bedrückers unterworfen hätte. Derselbe Dr. Stresemann verglich sehr bald darauf, als neu gewordener Kanzler das Deutschland des Ruhrkampfes mit einer Festung, die aus Mangeln an Nahrungsmitteln habe kapitu-

lieren müssen. Und eben derselbe Dr. Stresemann erklärte als Kanzler: „wer im Monat Januar gesagt hätte, daß diese Drangsalierungen neun Monate lang getragen würden, den hätte man damals einen Utopisten genannt, weil wir alle der Meinung waren, daß diese Dinge viel früher ihr Ende finden würden.“ Jetzt sei die Widerstandskraft erlahmt und sogar eine Demoralisierung der Bevölkerung eingetreten. Wieder derselbe Dr. Stresemann aber hatte schon ein halbes Jahr vorher, im April des Jahres 1923 mit den schönsten Worten und in kalter Berechnung dem Ruhrkampf öffentlich das Rückgrat gebrochen, als er unter dem Namen erhöhter politischer Aktivität nach Verhandlungen mit Frankreich rief und den Franzosen zeigte, daß er und die Linke den Ruhrkampf nur als eine Geste betrachteten, ihn tatsächlich für ganz erfolglos hielten und so bald wie möglich damit zu Ende kommen möchten. In jener Rede verlangte Stresemann ein solches Handeln, daß es den Weg frei mache, für internationale Abmachungen. Das könne bestehen in parlamentarischen und diplomatischen Fühlungnahmen und parlamentarischen Reden, in Noten, in Vorschlägen. Internationale Sachverständige seien zu hören. Dr. Stresemann bekannte sich zu der kurz vorher ausgesprochenen Ansicht des großbritannischen Premierministers Bonar Law: der einzige Weg, von Deutschland Zahlungen zu erhalten, sei der einer internationalen Anleihe. Als Helfferich sich kurz darauf mit diesem neuen Begriffe, der „politischen Aktivität“ beschäftigte, kennzeichnete er sie als politische Nervosität, ohne aber, wie es scheint, den eigentlichen Sinn der Stresemannschen Aktion vom April ganz zu durchschauen. Denn es war nicht eine Rede allein, sondern eine sorgfältig, seit Beginn des passiven Widerstandes vorbereitete Aktion. Die Rede Stresemanns war das Signal für die gesamte jüdische Presse, ihn als den Staatsmann zu bezeichnen, der allein das Verständnis für die Lage und ihre Notwendigkeit zeige. Die Ullstein-Blätter schrieben voll Begeisterung, Stresemann habe als Chef einer Regierungspartei gesprochen und dabei als Chef der Regierung gehandelt. Er erst habe durch seine Rede die des Außenministers v. Rosenberg zu einer Verhandlungsgrundlage gemacht. Das „Berliner

Tageblatt" und der „Vorwärts" schrieben, Stresemanns Rede sei der Höhepunkt der Reichstagsverhandlungen gewesen, sie habe durch das Maß ihres „realpolitischen" Sinnes überrascht. Auch der pazifistische Montagskikeriki, Herr v. Gerlach, dessen Aufsätze die Ziele der „pazifistischen" Internationale wiederzugeben und zu vertreten pflegen, stimmte in den Ruf der Begeisterung und des Beifalls ein. Der jüdische Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse" schrieb um die gleiche Zeit: Cuno sei ein guter Vertreter der Politik des passiven Widerstandes. Die Frage bliebe aber, ob er eben so gut für die Vertretung einer aktiven Politik sei?

Der Kampf gegen Cuno und sein Kabinett war eröffnet; hinter den Kulissen jedenfalls schon lange durch Herrn Dr. Stresemann geführt worden. Dieser einseitige — denn Cuno war kein Arrivist — Minenkrieg wird seinen Geschichtsschreiber noch erhalten. Dr. Stresemann war von den offenen und verkappten Führern des Internationalismus in Deutschland zum Kanzler gesalbt worden, als ihr Vertreter der „aktiven Politik", der „politischen Aktivität". Seine Stunde mußte nun schnell kommen. Sie wurde konzentrisch und tatkräftig vorbereitet. Das Ausland zeigte seine Solidarität in kräftigen Druckaktionen. Während aus Paris Poincaré drohte, gab Lord Curzon bald wohlwollende, bald mißfällige, immer im Tone des strengen Vorgesetzten gehaltene „Ratschläge" an die deutsche Regierung. Aus Washington kam die Weisung, Deutschland müsse im Ruhrkampfe einlenken, damit die internationale Anleihe zustande kommen könne. So ließ sich der Reichskanzler Cuno durch die von Stresemann und Hermann Müller unter nationaler Scheinparole geführte internationalistische Einheitsfront zu jenen Angeboten an Frankreich drängen und entwertete sich und sein Kabinett damit gleichzeitig allen denen gegenüber, welche den wirklich nationalen Standpunkt vertreten zu sehen wünschten. Damals schrieb der Verfasser dieser Schrift: „wenn etwas erfreulich genannt werden kann, so ist es die nicht mehr widerrufliche Tatsache, daß Herr Dr. Stresemann nunmehr offen und sichtbar als Vorkämpfer des Weltinternationalismus, in Gestalt restloser Eingliederung Deutschlands unter der Leitung des jüdischen Finanzkapitals auftritt. Er und seine An-

hänger und Werkzeuge mögen sich noch so national gebärden, noch so viel von Befreiung Deutschlands sprechen — ihr Kurs ist kein deutscher — und muß für Deutschland nur unheilvoll wirken." Im gleichen Zusammenhange wurde gesagt, daß jene Einheitsfront darauf ausgehe, Deutschland zu einem Indien der Weltfinanz zu machen. Das war im Frühjahr 1923.

So bahnte sich Dr. Stresemann den Weg zur Kanzlerschaft unter Beifall und Beistand aller, die ein freies, im deutschen Gedenken lebendes und arbeitendes Deutschland nicht wollen. Besonders auch in Frankreich begrüßten die politischen Finanzkreise die nunmehr zur Wahrscheinlichkeit gewordene Aussicht, daß der Abgeordnete Dr. Stresemann bald die Politik des Deutschen Reiches leiten werde.

Ist es auch nicht jedermanns Sache, so kann man es an sich gewiß nicht als unsittlich verwerfen, wenn ein strebsamer Mann an seine Fähigkeiten, an seinen „Beruf" glaubt; wenn er selbst von Ehrgeiz erfüllt ist und danach trachtet, an eine Stelle zu gelangen, die ihm die erforderliche Wirkungsmöglichkeit gibt. Auf die Frage der Reinheit oder der idealistischen Natur, oder von deren Gegenteil, eines Mannes einzugehen, könnte höchstens für eine Charakterschilderung schlechthin einer Persönlichkeit in Betracht kommen. Unsere Aufgabe hier beschränkt sich auf eine Charakteristik der Politik Dr. Stresemanns. Seine Person wird nur insoweit in Betracht gezogen, als die Klarstellung der von ihm verfolgten Politik es erheischt. Andererseits ist unmöglich, die Politik eines Mannes von seiner Persönlichkeit zu trennen und ganz abgesehen von ihr zu betrachten und zu beurteilen.

Überblickt man die Tätigkeit des Herrn Dr. Stresemann während des Ruhrkampfes, so stellt sie sich folgendermaßen dar: zunächst rhetorisches Eintreten mit allerstärksten Worten für einen Kampf des ganzen deutschen Volks und Staates, aufs Messer, auf alles Risiko hin und ohne Zeitbegrenzung. Während dieser Zeit handelte jedoch Dr. Stresemann nicht nach seinen flammenden Worten, sondern gestaltete in der Stille schon während der ersten drei Monate des Ruhrkampfes die „Einheitsfront" aus, um ihr Ansehen nach außen

und Kraft im Inneren zu nehmen. Seine Aprilrede im Reichstag erinnert nach Motiv und Richtung an den bekannten Vorgang zwischen Joab und Abner, II Sam. 3. Rein politisch bedeutete und bezweckte jene Frühjahrsaktion Dr. Stresemanns das Gleiche, wie die berüchtigte Friedensresolution vom Sommer 1917, die dem Feinde zeigte und zeigen sollte, daß die in Deutschland politisch herrschende Strömung weder den Willen, noch das Vertrauen zu einem siegreichen Bestehen des Kampfes habe. Vom April 1923 an wußte das Ausland, wußte insbesondere Frankreich, daß der Ruhrkampf entherzt war, daß man sein anfängliches Ziel aufgegeben, bzw. ernstlich nie gewollt hatte. Und der gleiche Dr. Stresemann erklärte bedauernd und erklärend dazu als Kanzler, es sei Demoralisierung eingerissen, auch habe niemand ahnen können, daß das Ziel des Ruhrkampfes nicht nach kurzer Zeit erreicht werden würde. Und abermals: der gleiche Dr. Stresemann, der, wie wir anderen doch auch, ohne Zweifel von vornherein gesehen hat, daß ein ernstlich geführter Ruhrkampf eine Dauerprobe sein würde, spielte seine Rolle von Monat zu Monat, bis er die nötige Mehrheit und sonstige Unterstützung in Deutschland und vom Auslande zusammen hatte, um das inzwischen eben durch ihn und die Seinigen öffentlich planmäßige, diskredierte Kabinett Cuno zum Abtreten zu zwingen und sich selbst an die Stelle zu setzen.

Das ist nicht allein ein rücksichtsloses Strebertum, nicht nur ein Spiel mit den Interessen der deutschen Bevölkerung, sondern ein Spiel mit dem deutschen Volk selbst. Dieses deutsche Volk in seinem guten Glauben wurde durch Dr. Stresemann benutzt, um ihn vertrauensvoll auf den Kanzlerstuhl zu tragen. Ihn kümmerten weder die Qualen der Ruhrbevölkerung, noch die ungeheuren nutzlosen Geldopfer des Ganzen, denn er wollte eben Kanzler werden. Dr. Stresemann wäre in der Lage gewesen, den Ruhrkampf zu verhindern, er wäre ebenso in der Lage gewesen, seine Durchführung so gestalten zu lassen, daß er zum Ziel gelangen konnte. Dr. Stresemann hat keins von beiden getan. Höher als beides stand ihm das eigene Ziel einer persönlichen Politik, eines politischen Arrivistentums,

das über deutsches Gemeininteresse und Gesamtwohl hinwegschritt.

Nun konnte Dr. Stresemann den Ruhrkampf beendigen, indem er alle vorher der französischen Regierung für die Beendigung gestellten Bedingungen fallen ließ, da Poincaré nach wie vor erklärte, Frankreich werde erst verhandeln, wenn die deutsche Regierung nicht allein sich unterworfen und ihre Unterwerfung eingestanden hätte, sondern für das Ruhrgebiet Arbeit und Betriebe in einer den französischen Forderungen entsprechenden Weise vollkommen geregelt seien. Die französische Regierung wäre töricht gewesen, hätte sie anders gehandelt, denn die Politik des Herrn Dr. Stresemann hatte damals Frankreich in eine Lage gebracht, wie sie günstiger kaum zu denken war, während Deutschland durch die gleiche Politik sich in der Lage des im Sinne des Wortes willenlosen Objektes befand. Als der Reichskanzler Dr. Stresemann im Oktober 1923 im Reichstage erklärte: er habe einen Mißerfolg erlitten insofern, als die französische Regierung auf seine Forderungen und Bedingungen nicht eingegangen sei, nicht verhandeln wolle, sondern ihr bisheriges Verhalten im Ruhrgebiet und hinsichtlich desselben fortsetze, war dieses Zugeständnis ein parlamentarisch-politisches Manöver, um den Eindruck treuherziger Offenheit im Reichstag und in der Öffentlichkeit hervorzurufen. Kein nüchterner Beurteiler konnte sich im voraus darüber im unklaren sein, daß unter Dr. Stresemanns neuer Kanzlerschaft die französische Regierung sich an deutsche Wünsche usw. einfach nicht kehren würde. Es lag in ihrem selbstverständlichen Interesse, sich nicht daran zu kehren, sie hatte nichts zu riskieren, also! Zur Charakteristik der Stresemann'schen Politik bleiben mithin nur zwei Möglichkeiten: entweder sie betätigte sich hier auf Kosten des deutschen Volks bewußt und aus gleich zu erwähnenden Gründen, oder aber sie ergab sich aus einer staunenswerten und vollständigen Unfähigkeit des leitenden Staatsmannes in der Beurteilung der französischen Politik und in der Psychologie ihres Leiters, Poincaré. Es fällt schwer, zu glauben, daß ein Mann, der, wie Herr Dr. Stresemann mit so nüchternem Blick sich seine Konjunkturen in der inneren Politik zu schaffen pflegt und zu beurteilen weiß,

der mit außerordentlicher Gewandtheit seine politischen Freunde und Gegner seit langen Jahren behandelt und beinahe stets den Erfolg auf seine Seite brachte, — daß ein solcher Mann in der Beurteilung der auswärtigen Lage und der führenden Persönlichkeiten des Auslandes so völlig versagen könnte. In Verhandlungen mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten ist das etwas anderes. Da kommt es nicht selten vor, — wir werden es im Verlaufe dieser Schrift noch sehen, — daß gerade Deutsche bei Verhandlungen mit Ausländern deren Psychologie nicht verstehen und sie nach sich selbst bemessen. Erinnert sei an die Äußerung Bethmann Hollwegs: wenn ihm ein ausländischer Staatsmann etwas sage, so glaube er ihm ohne weiteres, denn er sei vor der Erbringung des Gegenbeweises verpflichtet, ihn für einen Ehrenmann zu halten. Derartige Annahmen dürften Herrn Dr. Stresemann fremd sein, obgleich ihm Auslandskenntnis von vornherein fehlt.

So ist Stresemanns Schuld in der Katastrophe des Ruhrkampfes eine außerordentlich große. Auf die beliebte Zwischenfrage: was würdet Ihr denn getan haben? — kann kurz und klar erwidert werden: Führung des Ruhrkampfes mit allen Mitteln und unter der nationalen Parole oder widerstandslose Hinnahme des französischen Einbruchs! Im letzteren Falle würde man der Ruhrbevölkerung den größten Teil ihrer Leiden und dem Deutschen Reich ungeheure Geldbeträge erspart haben. Im ersten Falle würde man einen Kampf geführt haben, der zu gewinnen war, wenn es gelang, zusammenzufassen und zu führen. Was tatsächlich geschah, war keins von beiden, ein schwerer verschuldeter Mißerfolg, der, sei es auf die eine Weise, sei es auf die andere, vermieden werden konnte, und den gerade Dr. Stresemann hätte vermeiden können, — wenn er gewollt hätte: wenn er die Lage des Landes und des Volkes nicht in den Dienst seiner politischen Laufbahn gestellt hätte. Diese Bezeichnung jedoch bedarf einer Ergänzung, ist deshalb auch nicht ganz gerecht. Herr Dr. Stresemann hat ein Ideal hinsichtlich des deutschen Reichs und Volks. Dieses Ideal zu verwirklichen ist er, seitdem er sich in amtlichen Stellungen befindet, mit allen Kräften bestrebt. Es läßt sich hier schon ganz kurz bezeichnen: die Internationalisierung der deutschen Wirt-

schaft und damit des deutschen Volks selbst, das Ziel, aus dem deutschen Reich und Staat eine Arbeitskolonie des internationalen Kapitalistentums zu machen. In der Praxis, oder, mit anderen Worten, in der ausnahmsweise nicht rauhen, sondern sanften und angenehmen Wirklichkeit deckt sich dieses so ideale politische Ziel Herrn Dr. Stresemanns und auch der Weg dahin, durchaus mit seiner Laufbahn. Man kann sich in der Tat auch nicht darüber wundern, daß die weltbeherrschenden jüdischen Träger des Internationalismus, einen in Deutschland leitenden Staatsmann von Zähigkeit und Geschicklichkeit mit allen Mitteln fördern und unterstützen, wenn er sich zu ihnen bekennt und in ihrem Dienst „kämpft". Der verstorbene Helfferich, der, aufrichtig national gesinnt, seiner wirtschaftlichen Grundanschauung nach auf kapitalistischem Boden stand, unterschied sich himmelweit von der Stresemann'schen Anschauung, als er im Juli 1923 dem Reichstage über den Ruhrkampf sagte: „Mit reinen Finanzmitteln, mit rein wirtschaftlichen Mitteln ist nicht geholfen. Dieser Krieg nach dem Kriege, der uns freventlich aufgezwungen worden ist, muß durchgefochten werden, in einer Weise, daß das deutsche Volk sich wieder die Lebensluft gewinnt". Darunter verstand Helfferich eine Lebensluft als unabhängiges deutsches Volk.

2. Kapitel.

Der Prophet der „Bibel der Wirtschaft".

Nicht lange nach der Ermordung Dr. Rathenaus schrieb Herr Dr. Stresemann in einem Zeitungsartikel: die judengegnerische Bewegung bedeute auch eine große Torheit, denn Deutschland sei, um wieder in die Höhe zu kommen, auf die Hilfe des internationalen Judentums angewiesen. Aus dem Munde Dr. Stresemanns war die Äußerung dieses Standpunktes keineswegs verwunderlich. Er ist bekanntlich eng mit dem Judentum verbunden, persönlich, politisch und in seiner gesamten Anschauung. Er hat hieraus nie ein Hehl gemacht. Dem Gedanken nach deckt sich dieses Wort mit dem anderen Dr. Stresemanns: Hilfe könne Deutschland „nur von Außen erhalten". Diese Auffassung bildet die Grundlage seiner gesamten Tätigkeit, der außenpolitischen, der innenpolitischen und der wirtschaftlichen wie sozialen.

Man hört nicht selten in Deutschland sagen: Stresemanns Verhalten in dieser oder jener Frage sei unverständlich, er sei ein Opportunist, er schwanke unberechenbar hin und her, verfolge keine klare Linie usw. Das ist alles nur scheinbar. Wer die Formel: Hilfe kann nur von Außen kommen, und zwar nur durch das internationale Judentum, auf die Tätigkeit Herrn Dr. Stresemanns anwendet, hat damit den Universalschlüssel. Es bleibt keine Unklarheit übrig, und es zeigt sich, daß die Linie der Stresemann'schen Tätigkeit durchaus einheitlich ist; ebenso wie seines Denkens. Was unter „Hilfe" zu verstehen ist und für wen — das ist eine Frage, deren Beantwortung der Kern der Ausführungen dieser Schrift bilden und zugleich den Schlüssel zur „Frage" Stresemann.

Mit dem Begriffe des Kapitalismus wird bisweilen Mißbrauch getrieben. Er ist nicht zum wenigsten durch die unwahrhaftige Propaganda des demokratischen Sozialismus zu einem leeren und irreführenden Schlagwort geworden. Um deshalb klar verstanden zu werden, sei die Bedeutung, welche diese Schrift dem Begriff des Kapitalismus gibt, folgendermaßen ausgedrückt: unter Kapitalismus verstehen wir den Zustand, daß das Kapital und seine Inhaber dem Volk und Staat nicht dienen, sondern es beherrschen und für sich ausnutzen. — Die Notwendigkeit des Kapitals in seiner Eigenschaft als Betriebskapital, im kleinen wie im großen, wird damit nicht berührt und nicht bestritten.

Zusammengebrochene Staaten, niedergeworfene Völker, die sich in der Folge wieder erhokten, hat es in der Geschichte zahlreich genug gegeben. Zeiten und Umstände waren einander niemals gleich. Der Vorgang ihrer Wiederaufrichtung, ihrer Wiedergesundung, hat aber e i n Gemeinsames, ohne irgend eine Ausnahme: er vollzieht sich aus dem eigenen Wesen, aus der eigenen Konstitution, den eigenen Kraftquellen heraus, v o n I n n e n n a c h A u ß e n. Deutschland macht von dieser Regel keine Ausnahme.

Man pflegt in Deutschland gern zu sagen: die Nationalisten und Völkischen wollten eine Stellung deutscher Isolierung der übrigen Welt gegenüber in bewußter oder unbewußter Verkennung der Tatsache, daß in unseren Zeiten des

Verkehrs eine Isolierung nicht möglich ist und der Gedanke an sie einen lächerlichen Unsinn bedeutet. Um Mißverständnisse auszuschließen — Mißdeutungen werden selbstverständlich nicht ausbleiben — gebe ich die folgende Begriffsbestimmung: wir verstehen unter Internationalismus Kräfte und eine Richtung, die das deutsche Volk und Land unter die Herrschaft und die beherrschende Einwirkung von Faktoren stellen, die internationaler Art, zum mindesten nicht deutsch sind, noch auch deutsch sein wollen. Diese Kräfte und Strömungen haben außerhalb Deutschlands und innerhalb arbeitend, Deutschland zum Objekt der Ausnutzung, ihrer Ausnutzung gemacht. Sie leben, erstarken und bereichern sich durch diese Ausnutzung, und — — die Politik Dr. Stresemanns beruht auf seinem politischen Motto, auf diese Kräfte, die Deutschland nach Versailles, in die Inflation usw. gebracht haben, müsse Deutschland sich verlassen, denn von ihnen allein könne und werde das Heil kommen! Dieses ist die Hilfe, die „nur von außen kommen" kann!

Die Politik des Ministers Dr. Stresemann ist in diesem Punkte immer bewußt und klar gewesen. Es kümmerte ihn nicht nur wenig, sondern es paßte ihm in die Linie seiner Endziele, als die internationalen Leiter der Welt-Geldgeschäfte die Inflation in Deutschland hervorriefen und die Börse als Saug- und Druckpumpe arbeiten ließen, bis völlige Entwertung der deutschen Valuta eingetreten, das deutsche Volksvermögen auf einen Bruchteil reduziert war und der deutsche Besitz in ungeheurem Ausmaß und in steigendem Grade an Nichtdeutsche überging. Hier liegt auch eines der öffentlichen Geheimnisse des Ruhrkampfes. Es wird durch die Frage bezeichnet: wenn ihr alle unter Führung Stresemanns so früh die völlige Aussichtslosigkeit des Ruhrkampfes erkannt habt, — warum habt ihr ihn nicht schon aus wirtschaftlichen Gründen viel früher abgebrochen? Warum habt ihr andererseits den Ruhrkampf, den ihr nachher in spöttisch-freundlicher Erinnerung das Ruhrabenteuer nanntet, zuerst mit „Begeisterung" und großen Worten begrüßt und der ahnungslosen Bevölkerung erzählt, das Recht müsse gegen die Gewalt siegen, das Weltgewissen sei auf unserer Seite usw.? Und warum habt ihr unter Führung des Außenministers Dr.

Stresemann mit der längst vorbereiteten Einführung der Rentenmark gewartet, bis alle jenen gewaltigen Werte des deutschen Volkes nutzlos verschleudert waren und die deutsche Währung auf dem Nullpunkt stand? Das alles war nicht nötig. Und die Persönlichkeiten, an der Spitze Dr. Stresemann, welche in der Zentrale saßen und alles übersahen, konnten sich von vornherein über die Lage und ihre Ansichten, und, vor allem, über ihre Ursachen nicht täuschen; sie wahrscheinlich am allerwenigsten! Herr Dr. Stresemann wird sich auch in Zukunft in Erinnerung an seinen „Ruhrkampf" mit Genugtuung sagen können: „es wird die Spur von meinen Börsentagen nicht in Aeonen untergehen . . ."

Die Beherrscher des mobilen Weltkapitals haben den gewaltigen Gewinn aus dem deutschen Inflationselend gezogen, und sie sind von allen, halb oder ganz internationalistisch gerichteten, Parteien in Deutschland hingebend unterstützt worden. Im selben Zusammenhang wurde das Spiel der „inneren Entschuldung" von den Herren Stresemann und Luther gegen das deutsche Volk gespielt. Der deutsche Staat benutzte die Entwertung der deutschen Valuta, um die Schulden, die er seinen deutschen Staatsbürgern schuldete, zu verleugnen, sein Wort ihnen gegenüber für ungültig zu erklären. Es braucht nur an die berüchtigte dritte Steuernotverordnung gedacht zu werden. — Die Hilfe sollte ja nun von außen kommen. Die Geldgeber der Welt hatten schon vorher erklärt, daß eine internationale Anleihe nur einem entschuldeten Deutschland gewährt werden könne, daß internationale Hilfe nur einem deutschen Staat zuteil werden würde, der frei von inneren Schulden. So ruinierte der deutsche Staat unter Mißachtung von Treu und Glauben Millionen seiner Bürger, die er um ihr Geld betrog. Fragt man, wo dieses Geld geblieben ist, so lautet die Antwort: es ist in die unergründlichen Taschen desselben internationalen Kapitalistentums geflossen, welches durch seine „Hilfe von Außen" das deutsche Volk zu retten berufen sein soll und Herrn Dr. Stresemann berufen hat, seinerseits es zu berufen.

Man muß sich immer wiederholt klar machen, daß diese Zusammenhänge, deren Wirklichkeit erst allmählich in die

deutsche Bevölkerung dringt, den Persönlichkeiten genau bekannt waren, die in der politischen Leitung zu Berlin saßen. Sie befanden sich selbst in diesen Zusammenhängen. Ein Staatsmann, der seine deutsche Aufgabe deutsch auffaßt und innerlich in der Lage ist, sie auch deutsch zu empfinden — neben der bekannten nüchternen Überlegung gehört nämlich auch etwas Gefühl dazu —, hätte sich ohne weiteres die Frage vorgelegt, ob und wie nach solcher Verschleuderung des Volksvermögens in Zukunft eine auswärtige Politik im deutschen Zeichen überhaupt noch getrieben werden könne. Ein deutscher Staatsmann mit einem deutschen Programm hätte sich von vornherein gesagt, daß eine deutsche Außenpolitik nur auf der Grundlage einer deutschen Innenpolitik, einer deutschen Wirtschaftspolitik möglich sei. „Der Weg ins Freie" war ein Schlagwort geworden von den Tagen her, als der innenpolitische Fanatiker Dr. Wirth — außenpolitisch ein Kind —, zielbewußt geleitet vom internationalistischen Juden Dr. Rathenau, ihn geprägt hatte und der Weg notwendig und konsequent immer tiefer in die Unfreiheit hineinging. Allerdings, das müssen wir gerade auch bei Herrn Dr. Stresemann fragen, was wird bei ihm unter Freiheit verstanden, was unter Unfreiheit?

Dr. Stresemann stellte den Ruhrkampf ein, nachdem durch diesen Unersetzliches und Unwiederbringliches verloren war, was nicht verloren zu werden brauchte.

Im Munde des Reichskanzlers oder Außenministers Dr. Stresemann hieß der Schlüssel zur Freiheit, Wohlstand und Achtung in der Welt: ausländischer Kredit. Er ist sich immer darüber klar gewesen, von vornherein, was nicht allein diese Kredite Deutschland kosten würden, sondern, wie beschaffen und wie hoch der Preis schon für eine scheinbare Bereitwilligkeit der mutmaßlichen Geldgeber sein würde. Das klingt ungeheuerlich, und doch verhielt es sich so, wie wir sehen werden.

Gewußt hat Herr Dr. Stresemann auch, daß eben die New-Yorker Geldweltzentrale mit Leichtigkeit, durch ein Wort nach Paris den Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet hätte verhindern können. Die unbedingte Abhängigkeit des französischen Franken von New-York war damals ebensowenig ein Geheimnis

wie heute. Umgekehrt war der Einfluß einer französischen Ruhraktion auf die gesamten Finanzverhältnisse Europas und im besonderen auf die deutschen Finanzen für die New-Yorker Bankwelt klar. Sie verstanden, durch die Inflation, deren Steigerungen und Schwankungen, wie durch die Sauge- und Druckarbeit einer Pumpe einen derartigen Zustand der Leere und der Erschöpfung hervorzurufen, daß, unter der gleichfalls in diesem Sinne bewußten und zielbewußten Regierung Dr. Stresemanns vom Herbst 1923 an das deutsche Volk bis auf einen kleinen Rest bereit war, alles mit sich geschehen zu lassen, alles Gewünschte preiszugeben, wenn ihm nur gestattet wurde, sein Leben zu fristen, wenn man ihm keine offene Gewalt mehr antäte und es von jeder politischen Energieleistung befreien möchte. Wie freudig gingen die gnadenreichen internationalen Mächte auf diese so planmäßig geförderten Ergebnisse einer langen Suggestionsarbeit ein!: gewiß, Ihr könnt alles haben, nur guten Willen müßt Ihr zeigen, Euch vom Militarismus ein für alle Mal abwenden und vom Nationalismus. Sobald die Welt sieht, daß Eure Bekehrung echt ist, erhält Deutschland die internationale Anleihe und ist gerettet!

Das war das Programm und die Propagandaparole auch des Außenministers bzw. Reichskanzlers, Herrn Dr. Stresemanns. Sie ist es auch heute. Der amerikanische Staatssekretär Hughes erklärte am 30. November 1923: „Wir wollen ein geeinigtes und freies Deutschland sehen mit einem Willen zum Frieden, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit, welches entsprechende Entlohnung für seine Arbeit und seine Tüchtigkeit erhält." — Zugleich hatte die Reparationskommission beschlosssen, zwei Ausschüsse einzusetzen, welche von Sachverständigen beschickt werden sollten, Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte würden ihnen angehören. „Der eine der Ausschüsse wird beauftragt, Mittel und Wege zu finden, um den deutschen Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und die deutsche Währung zu stützen. Der andere hat die Mittel zu prüfen, um die ins Ausland geschafften deutschen Kapitalien abzuschätzen und deren Zurückschaffung zu ermöglichen."

Mitte Dezember 1923 erklärte der Außenminister Dr. Stresemann öffentlich: „Heute sind wir soweit, daß wir ein krankes

Glied am europäischen Körper und den Gegenstand der Sorge aller europäischen Kulturvölker bilden. Wir haben die Hilfe der ganzen Welt anrufen müssen, um Deutschlands Not zu steuern. Es ist mir eine angenehme Aufgabe, hier vor der großen Öffentlichkeit den Dank auszusprechen für all das, was in der ganzen Welt sich regt in einem sich Erinnern an Menschenpflicht gegenüber dem, was Deutschland durchmacht." — Gleichzeitig jammerte der Reichskanzler Dr. Marx unter demütigen Dank für Auslandsalmosen über die furchtbare Verarmung, die gerade zum bevorstehenden Weihnachtsfest so besonders traurig sei. Die gesamte Regierungspresse flehte wochenlang das Ausland an um Almosen für das arme, verarmte, in höchster Gefahr befindliche deutsche Volk. Kanzler und Außenminister stellten die wirtschaftliche Lage und die Gefahr baldigen völligen Zusammenbruchs mit Hunger und Chaos im Gefolge so furchtbar dar, erklärten so feierlich: „Es ist nur eine Frage von Tagen, ob noch im letzten Augenblick eine Rettung vom drohenden Zerfall gelingt", — daß die Regierung Marx-Stresemann das bekannte Ermächtigungsgesetz im Reichstag durchbrachte. Vermöge dieses Ermächtigungsgesetzes wurde u. a. jene dritte Steuernotverordnung erlassen, welche der Bedingung der internationalen Finanz Folge gab, „das Deutsche Reich seiner inneren Schulden zu entledigen".

Alles, was hier beklagt, festgestellt und bejammert wurde, war direkt Folge und Wirkung der Politik Stresemanns. Durch diese, nur durch diese und deren bewußte Richtung war möglich gewesen, daß es so weit kommen konnte. Endlich war gelungen, diejenigen Faktoren in Deutschland, ohne die es nicht ging, mürbe zu machen, so daß sie im Voraus dankbar bereit waren, alles zu tun, was man von ihnen verlangte und aus der Hand zu fressen, die etwas dazu Dienliches enthielt.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann triumphierte. Die beiden internationalen „Sachverständigen-Ausschüsse" wurden noch Ende 1923 gebildet. An der Spitze des wichtigsten von ihnen stand ein amerikanischer Geldmann, Mr. Dawes, ein Angestellter der Morganbank, also derjenigen Finanzgruppe, deren Name den Kraftmittelpunkt des Weltkapitalismus bezeichnet. Dawes erklärte in einer Antrittsansprache: Zweck und Ziel

seines Ausschusses sei, endlich den gesunden Menschenverstand in Europa zum Durchbruch zu bringen und damit das drohende Unheil von der Menschheit (!) abzuwenden.

Der Dawes-Ausschuß ging sofort an die von der Reparationskommission ihm gewiesene Aufgabe, „die deutsche Währung zu festigen und den deutschen Staatshaushalt in Ordnung zu bringen". Das bedeutete von vornherein: dem deutschen Reiche auf internationalem Wege die Verfügung über seinen Haushalt und seine Währung zu nehmen, nachdem man es vorher planmäßig in das wirtschaftliche Elend hineingeführt und seine Währung ruiniert hatte; also ein Vorgang, der im Grunde der Gleiche ist wie, wenn ein ehrliches Geschäftshaus oder ein Bauernhof nach planmäßiger Minierarbeit in die Hand des wucherischen Juden übergeht. Aber freilich auf dem Hofe des Bauern pflegt kein Verwalter und in dem Geschäft kein Geschäftsführer zu sein, der mit dem Wucherer in gleicher Richtung arbeitet und ihn aus vollem Herzen als Bringer des Segens betrachtet, preist und unterstützt.

Nach Einsetzung des Ausschusses gab Dr. Stresemann seiner ungeduldigen Freude beredten Ausdruck. Schon am 20. Januar 1924 erklärte er: „Wir hoffen, daß es dann ohne Verzögerung gelingen wird, die Vorschläge der Ausschüsse in die Wirklichkeit umzusetzen." Dieses Wort sprach der damalige Außenminister, wohl gemerkt, als diese Ausschüsse ihre Arbeit eben begonnen hatten und nach Berlin kommen sollten, wo man ihnen, wie Stresemann und Marx mit verhaltenem Jubel versicherten, bereitwillig und rückhaltlos alle gewünschten Auskünfte werden sollten. Sogar in Kreisen, welche der „Hilfe von Außen" an und für sich hoffnungsvoll, jedenfalls nicht ablehnend gegenüberstanden, fragte man sich damals doch mit einigem Erstaunen, wie der Außenminister Dr. Stresemann sich denn dazu berechtigt glauben könne, die Hoffnung auszusprechen, daß die Vorschläge des internationalen Ausschusses möglichst schnell in die Tat umgesetzt werden müßten. Man meinte in solchen Kreisen: der Reichsaußenminister dürfe doch nicht ein so vollkommenes blindes Vertrauen auf die Weisheit und Güte und erhabene Unparteilichkeit des ausgerechnet von der Reparationskommission — die sich doch bisher nicht eben als uneigennützige Freun-

din Deutschlands gezeigt habe — eingesetzten Ausschusses hingeben. Man war doch sonst an dem so klugen und gewandten Außenminister, der ja auch ständig zur Nüchternheit und kühlen Überlegung riet, nicht an hoffnungstolle Überschwenglichkeit gewöhnt!

Man stelle sich vor: ein internationaler Ausschuß, bestehend ausschließlich aus Angehörigen der früheren Kriegsgegner Deutschlands, welch letztere sämtlich ungeheure Forderungen an das deutsche Volk und Staat erheben, kommen nach Deutschland, um die Leistungsfähigkeit festzustellen und „Ordnung" zu schaffen, ein Vorgang, der ohne Beispiel in der Geschichte der Völker und vollends der großen Nationen dasteht; ein Vorgang, dessen Folgen unabsehbar sein mußten und von schicksalhafter Bedeutung für das deutsche Volk; ein Vorgang außerdem, der sich in jedem anderen Lande mit geradezu erdrückender Schwere auf das Verantwortungsgefühl der jeweilig leitenden Staatsmänner legen; der sie in den Nächten verfolgt haben würde mit der Frage: was wird werden, was werden die Fremden aus unserem armen Lande und Volke machen, was werden sie ihm auferlegen, was gedenken sie uns nun, nach den vergangenen vier Marterjahren noch weiter zu rauben? Was können wir Staatsmänner, die wir doch dem deutschen Volk verantwortlich sind, uns auch im Innern verantwortlich fühlen, tun, um abzuwenden, was abzuwenden ist! — So, wahrscheinlich noch viel bedrückter und inbrünstiger würden verantwortliche Staatsmänner anderer Nationen sprechen. Wer sich das vergegenwärtigte, und dann las, wie der Außenminister des Deutschen Reiches pränumerando die Hoffnung ausdrückte, die noch gar nicht vorhandenen Vorschläge der „Sachverständigen" möchten unverzüglich ausgeführt werden — mußte mit Erschrecken begreifen, daß Alles schon abgekartet war und festlag; daß mit den Verhandlungen, Reichstagsdebatten usw. dem deutschen Volke eine große Komödie vorgeführt wurde, — auf seine Kosten! Doppelt auf seine Kosten! Mit gleicher, munter beflissener Zuversicht bereitete der Außenminister Dr. Stresemann im Laufe der folgenden Wintermonate 1924 die Bevölkerung Deutschlands auf das hohe Glück vor, das sie nunmehr erwartete. Ohne die Eisenbahnen, sagte

Dr. Stresemann im Februar, gäbe es keine internationale Anleihe. Man stehe vor „großen Entscheidungen". Die Räumung der Ruhr (1924!) wurde leise in Aussicht gestellt. Schwer sei das alles, aber welche Opfer bringe man nicht für Freiheit und Gesundung!

Klugheit, Gewandtheit, ja die höchste aller Anerkennungen im neuen Deutschland, zweckvolle Schlauheit, darf man dem Außenminister Dr. Stresemann unbedenklich zusprechen. Schon dieser wirklich sehr starken Gabe würde man mit der Annahme zu nahe treten, daß der Reichsaußenminister Dr. Stresemann gewissermaßen blindlings im Voraus öffentlich den noch nicht gemachten Vorschlägen der Sachverständigen Ausländer schleunige Verwirklichung gewünscht hätte. Der Außenminister hat von vornherein gewußt, was in der Hauptsache die „Sachverständigen" von Deutschland verlangen würden, und diese haben es gewußt, ehe sie im Namen des Weltgewissens ihre Untersuchungen begannen. Diese Tatsache ist, gemessen an der Stellung des Ministers, an seinen Pflichten und an seiner Verantwortung, ungeheuerlich, wenn anders man in dem neuen Deutschland den Begriff des Ungeheuerlichen überhaupt noch gelten lassen will. Aber einerlei: der Außenminister Dr. Stresemann muß bereits im Herbst 1923 von den Vertretern der Weltgeldmacht ins Vertrauen gezogen worden sein und diese seines kräftigen, ja maßgebenden Beistandes versichert haben. Während das deutsche Volk naiv und gläubig wie immer als selbstverständlich annahm, seine Regierung, an der Spitze natürlich der Außenminister, kämpften in der Stille einen zähen Kampf für Bahnung des „Wegs ins Freie", um dem deutschen Volk und Land die Last möglichst leicht zu machen, — muß sich der Außenminister Dr. Stresemann längst im Einverständnis mit dem internationalen Kapitalistentum und dessen Delegierten befunden haben: wie Ihr es machen werdet, ist es gut, macht nur schnell, damit wir dann schleunigst eure Befehle — in der deutschen Öffentlichkeit sagt man Vorschläge, — verwirklichen. Mithin ist dem Außenminister schon im Herbst 1923 klar gewesen, daß jene Vorschläge unter allen Umständen verwirklicht werden würden, mit oder ohne oder gegen den Reichstag. Vorgreifend sei hierzu bemerkt, daß acht Monate später, als die Dawes-Gesetzvorschläge im

Reichstage zur Beratung standen, erklärt wurde: würden sie abgelehnt, so werde der Reichspräsident sie trotzdem unterzeichnen, ganz abgesehen von der Auflösung des Reichstages. Eine Ablehnung werde also de facto nichts am Gange der Dinge ändern.

Im gleichen Februar 1924 tat der Außenminister Dr. Stresemann seinen bekannten Ausspruch: zum ersten Male sehe er jetzt einen Silberstreifen an dem sonst dunklen Horizont. Poincaré erklärte zu gleicher Zeit im Hinblick auf die Arbeit der Sachverständigen, eine hervorragende alliierte Persönlichkeit habe ihm gesagt: wenn Sie nicht im Ruhrgebiet ständen, so wären wir noch nicht so weit! Diese Äußerung ist bezeichnend und wichtig, und ein Beweis für die oben skizzierten internationalen Veranstaltungen, darunter des französischen Ruhreinbruchs: man hatte die Deutschen ganz mürbe gemacht, sodaß sie die „Sachverständigen" als Heilande begrüßten. Der Außenminister Dr. Stresemann erschien als einer der bedeutendsten und verständnisvollsten Faktoren, als erster Vertrauensmann der „Geldgeber der Welt". —

Der Reichsaußenminister ging zielbewußt auf seinem Wege weiter. Der Reichstag war aufgelöst worden, im Mai 1924 sollten die Neuwahlen stattfinden. Es galt, die Wahlen so zu beeinflussen, daß die Silberstreifenpolitik auch parlamentarisch fortgesetzt werden konnte, daß vor allem Dr. Stresemann selbst im Amt blieb. Für das Verständnis der Politik, aller politischen Handlungen überhaupt des Herrn Dr. Stresemann ist dieser Gesichtspunkt festzuhalten. Ohne ihn ist ein Verständnis unmöglich. Dazu kommt als zweites nicht minder maßgebendes Moment seine unbedingte Einordnung in die Pläne, Absichten und Methoden der internationalen Finanzgewalten deren Mittelpunkt örtlich betrachtet in New-York gelegen ist.

Nicht allein die breitere deutsche Öffentlichkeit wußte nur wenig von dem Inhalt der Forderungen, die an Deutschland herantreten würden, geschweige denn von den Ergebnissen der Untersuchungen jener Sachverständigen über die deutsche Leistungsfähigkeit. Versetzen wir uns zurück in jene Zeit des Winters 1923/24. Die wachsende Not und immermehr steigende Verwirrung im gesamten öffentlichen und privaten Leben der

deutschen Bevölkerung hatte ihren Gipfel erreicht, und hatte Ausmaße angenommen, die abgesehen von der Revolution selbst ohne Beispiel dastanden. Die Inflation mit allem, was sie im Gefolge hatte, die politische Autoritätlosigkeit, die wachsende Verzweiflung, das Suchen nach gewaltsamen Mitteln bei reinsten Motiven, wie im Hitlerputsch, die kommunistischen Auflösungsbestrebungen, Druck und Drohung von Außen, vor allem aber die völlige, düstere Unsicherheit der Zukunft, nicht zum wenigsten die Schwierigkeit auch für alle nichtbemittelten Gebildeten, — und das waren ja weitaus die meisten, — sich politisch auf dem Laufenden zu halten, es waren nur noch wenige, die in der Lage waren, überhaupt noch regelmäßig politische Zeitungen und Zeitschriften zu lesen, — das alles erzeugte eine Atmosphäre, von solcher Undurchsichtigkeit, daß es einer so geschickten Hand, wie derjenigen Herrn Dr. Stresemanns nur zu leicht wurde, seinen Plan der Internationalisierung Deutschlands der Bevölkerung als Rettung erscheinen zu lassen. Wer konnte und kann heute den Millionen gequälter, von Sorgen durchwühlter und verwirrter Männer und Frauen übel nehmen, daß sie aufatmeten, und daß ihr Vertrauen überquoll, als der Außenminister das Wort von den silbernen Streifen auch nur aussprach, den er endlich und zum ersten Male nach der furchtbaren, langen Nacht am Horizont erblicke. Wer kann es jenen Millionen schon beinahe Hoffnungsloser verdenken, daß sie in einen Zustand kritikloser Illusionsstimmung gerieten, als der Außenminister und die ganze Regierung und beider politisches Gefolge verkündeten: ein ganz neues Erlösung bringendes und rettendes Moment sei in die Lage eingetreten: die Vereinigten Staaten von Amerika durchdrungen vom Willen zur Gerechtigkeit und vom wahrhaften Menschheitsgeist hätten nach jahrelanger Zurückhaltung beschlossen, einzugreifen und einen Zustand wirklichen Friedens in Europa und der Welt überhaupt herzustellen. — Wer konnte sich wundern, daß schon das Wort von der unparteiischen internationalen „Kommission von Sachverständigen“ wie ein Lichtstrahl in die verdüsterten Gemüter eindrang. Und gar das Ziel ihres edlen und sicher ganz selbstlosen Vorhabens: Stabilisierung der deutschen Währung! Freilich, die Renten-

mark war geschaffen worden, die Inflation beendet. Das Ausland hat, nachdem man die Rentenmark beseitigt und an ihre Stelle die internationale Bank, die „Reichsbank" gesetzt hatte, das Wort vom „Rentenmarkwunder" geprägt. Die plötzliche und vollständige Stabilisierung der deutschen Währung durch die Rentenmark erschien, trotz geschichtlicher Analogien in Frankreich aus dem achtzehnten Jahrhundert, als etwas in unseren Zeiten ganz Erstaunliches. Gewiß, die Rentenmark war allein vielleicht nicht geeignet, auf die Dauer die deutsche Währung stabil zu halten. Ihre Grundlage aber war da: deutsch und nicht international. Diese Grundlage konnte nach Breite und Festigkeit ausgestaltet werden. Dem deutschen Volke aber wurde erzählt, es handle sich lediglich um ein kurzzeitiges Provisorium, auf die Dauer könne eben die Hilfe „nur von außen kommen". Und nun gar Amerika! Wie seinerzeit das Vertrauen auf Wilson gesetzt worden war, dann auf seine Nachfolger einen nach dem anderen; wie dem deutschen Volk unaufhörlich eingeprägt worden war: nur von den Vereinigten Staaten könne die Rettung kommen, so mußte die Mitteilung als eine Erlösung wirken: die Vereinigten Staaten nehmen jetzt die Sache in die Hand. Ja, die Vereinigten Staaten! Wußte man denn zwischen den Vereinigten Staaten, zwischen dem amerikanischen Volk zu unterscheiden und der New-Yorker Wall Street?

Der Deutsche fand auch vollkommen begreiflich, „natürlich, selbstverständlich", daß er diese Rettungstat nicht umsonst erhalten, daß sie ihm nicht ohne „Gegenleistung" in den Schoß geworfen werden würde. Wie gern war er bereit, Opfer zu bringen, hinter denen, wenn das natürlich auch nicht gleich sein würde, die Befreiung, die Freiheit stände. Ach, man war zu so vielem bereit, und nun gar, wo so Herrliches von der Regierung in Aussicht gestellt wurde. Man war wirklich mürbe — gemacht worden.

So hatte der Außenminister Dr. Stresemann leichtes Spiel im Frühjahr 1924, als nach Auflösung des Reichstages der Wahlkampf entfesselt wurde. Parole der Agitation der Regierung und der mehr oder minder internationalistisch gestimmten Parteien war die schon angedeutete: Freiheit und Frieden in sicherer Aussicht, aber Opfer müßt Ihr natürlich bringen!

Und daß wir nur dieses nicht vergessen: endlich ist gelungen, dem Dr. Stresemann ist es gelungen, was während des letzten halben Jahrzehnts keinem in Deutschland glückte: französischer Willkür das Heft aus der Hand zu winden, das Kapital des Auslandes für Deutschland zu „interessieren". Was verschlugen demgegenüber gewisse Opfer und Leistungen, die gewiß hoch waren, welche aber die Amerikaner für ihre sonst so selbstlose Hilfe schon verlangen konnten? — Die Presse der Parteien legte sich noch weniger Zurückhaltung auf, als die Regierung immerhin noch für geboten erachtete. Die sozialdemokratische Presse war außer sich vor Glück. Ihrem Hauptorgan, dem „Vorwärts" genügte schon im Frühjahr 1924 der Silberstreifen des Herrn Dr. Stresemann nicht mehr. Er brachte ein begeistertes Bild: über dem Horizont erhebt sich strahlend die Sonne, den Mittelpunkt des Strahlenkreises bildet das amerikanische Dollarzeichen. Ein wenig unvorsichtig, von ebenso ungeschickter wie ungewohnter Aufrichtigkeit, denn es paßte nicht recht zum alten Schlachtruf der S. P. D.: Nieder mit dem Kapitalismus! — Es war die gleiche Auffassung wie die des Außenministers, Herrn Dr. Stresemanns, nur daß dieser etwas mehr Vorsicht walten ließ, wenn schon glücklicherweise nicht genug, um seine wirkliche Politik an den Vorgängen und Ergebnissen der Folgezeit gemessen, einwandfrei feststellen zu können.

Helfferich schrieb wenige Tage vor seinem Tode in einer Artikelfolge: „Das zweite Versailles" die folgenden Sätze (23. April 1924):

„Dem deutschen Volke allerdings, um dessen Schicksal es geht, ist dieser Bericht zunächst in einem Auszuge mitgeteilt worden, für dessen tendenziöse Aufmachung kein Wort der Kritik zu stark ist. Die schwersten Bedingungen, die den „Vorschlägen" des Sachverständigenausschusses geradezu die Signatur geben, sind e i n f a c h u n t e r s c h l a g e n worden, wie wenn man dem Ochsen, der zur Schlachtbank geführt werden soll, die Augen verbinden wollte. Diese Aufmachung, verbunden mit einer in gleicher Richtung arbeitenden Stimmungsmache in der deutschen Presse, hat es zuwege gebracht, daß die franzosenfreundliche Presse in allen Ländern und Erdteilen mit unver-

hohlener Genugtuung verkünden kann, die Aufnahme des Sachverständigenberichts in Deutschland sei günstig und ein ernstlicher Widerstand gegen die Sachverständigenvorschläge sei von deutscher Seite nicht zu erwarten."

Neben Auszügen für die Presse, die irreführen mußten und sollten, ließ der Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Massen eine kleine Schrift verbreiten: „Das Sachverständigengutachten". Der „Reichszentrale für Heimatdienst" war die Verbreitung anvertraut worden. Dieses amtliche Fabrikat bedeutete einen Höhepunkt gewollter Volksverblendung. Es macht noch heute den Eindruck bewußten Hohnes, daß gerade die Zentrale für Heimatdienst zur Verbreitung benutzt wurde. Wirklich ein schöner Dienst für die Heimat: ihr vorzuspiegeln, daß dem Deutschen Volk die Sonne der Freiheit nun in absehbarer Zeit leuchten werde, während im Gegenteil diese „Aufklärungsschrift" den Schleier wob, der dem deutschen Volk die neuen ihm zugedachten feingearbeiteten Ketten unsichtbar machen sollte.

Die Regierung Cuno hatte im Juni 1923 erklärt: sie sei bereit, die Entscheidung einer „unparteiischen internationalen Instanz" über Höhe und Art der Zahlungen annehmen zu wollen. — Es bedarf keiner besonderen Begründung, festzustellen, daß der Ton auf dem Worte: „unparteiischen" lag. Der französische Ministerpräsident Poincaré, der diese Lage der Dinge gleich durchschaute, setzte durch, daß der Untersuchungsausschuß, neben den Vertretern der Vereinigten Staaten, sich ausschließlich aus solchen der Siegerstaaten zusammenzusetzen habe. Er erreichte ferner, daß eine Gesamtsumme für die deutschen Verpflichtungen, mithin ein Endpunkt der deutschen Zahlungen nicht festgesetzt wurde. Die Stresemann'sche Massenbroschüre der Zentrale der Heimatdienst ging über diese grundstürzende Änderung des Planes ganz leicht hinweg: dieses Moment dürfte nicht überschätzt werden und — nun folgt ein klassischer Satz: „so aber fällt die Verantwortung für das Dawes-Gutachten voll der Gegenseite zu". Diese Worte sind charakteristisch. Die Millionen politisch halbgebildeter oder ungebildeter Leser erhielten den gewollten Eindruck: das Zuschieben der „Verantwortung" bedeute einen genialen Schachzug des

Außenministers Dr. Stresemann. In der Tat, es war und ist nicht zu bezweifeln, daß Mr. Dawes und seine Ausschußmitglieder sich das Leben nehmen oder dem Deutschen Reich ein hohes Reugeld zahlen würden, wenn ihnen deutscherseits gesagt wird, das sei ihre Pflicht. Ähnliche Phrasen werden von der Regierung Stresemann mit Vorliebe auch hinsichtlich der Schuldlüge angewandt. Man spricht da gern von der Verantwortung vor Gott und der Geschichte, welche die Feinde zu tragen hätten. Der deutsche Moralphilister nickt schweren Ernstes mit dem Kopf dazu. Er denkt nicht und soll auch nicht daran denken, daß solche Phrasen gewollte Täuschungen sind und nichts ändern, was an furchtbaren Folgen aus den Dawes-Gesetzen entsteht und weiter entstehen wird. —

Der Reichskanzler Cuno hatte Unparteilichkeit der internationalen Sachverständigen für die Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit als Bedingung verlangt, — der Reichskanzler Dr. Stresemann nahm den parteilich gegen Deutschland zusammengesetzten Ausschuß nicht allein ohne Widerspruch hin, sondern ließ in seiner Schrift die deutsche Öffentlichkeit glauben, die Parteilichkeit sei eigentlich ein Vorteil für Deutschland. Fragen wir schon hier — wir werden noch oft diese Frage wiederholen müssen —: wie war es möglich, daß ein deutscher Außenminister ein solches Verhalten und Verfahren über sich brachte? — so ist die Antwort, — daß der Reichskanzler bzw. Außenminister Dr. Stresemann einen unbedingt entscheidenden Wert darauf legte, daß Deutschland erst einmal, einerlei, unter was für Bedingungen, in die Hand und unter die Vormundschaft des internationalen Kapitalismus gelange. Alles andere sei mehr oder weniger gleichgültig und Dekoration.

Der Inhalt der Dawes-Gesetze, die vor ihrer Bewilligung und entwurfsweisen Formulierung in dem berühmten „Sachverständigen-Gutachten" dargelegt und begründet wurden, müssen hier als im allgemeinen bekannt angenommen werden. Die Stresemannsche Flugschrift schilderte die Forderungen der internationalen Finanz an Deutschland nach dem Prinzip, alles zu verschweigen oder zu beschönigen, was im Sinne einer Ablehnung der Gesetzentwürfe durch den Reichstag wirken

könnte. Nur ein paar Beispiele: die Schrift hob hervor die frevelhafte Behauptung des Gutachtens, daß die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit und die Erholungspause nach Stabilisierung der Währung eine große Blüte des deutschen Wirtschaftslebens im Gefolge haben würde. Die Schrift verschwieg, daß eine Erholungspause, eine „Atempause", tatsächlich nicht gegeben wurde! Die Schrift verschwieg, daß die deutsche Wirtschaftshoheit über das Ruhrgebiet im Sachverständigen-Gutachten nur unter der Bedingung verlangt wurde, daß die Wirtschaftshoheit über das ganze deutsche Reich in die Hände der Zentralstelle des Weltkapitals in New-York übergehe. Zum Thema: Währung und Geldwesen verschwieg die Schrift, daß durch das betreffende Dawes-Gesetz, die bereits in Gestalt der Rentenmark aus eigenen deutschen Mitteln stabilisierte Währung im deutschen Staat, dem Deutschen Reich und dem deutschen Volk vollständig und ausdrücklich aus der Hand genommen wurde. Die Schrift bzw. Herr Dr. Stresemann verschwieg: daß nach Annahme der Dawes-Gesetze die „Reichsbank" nur ein zielbewußt irreführender Name für eine internationale Notenbank sein würde. Die Schrift verschwieg das ausdrückliche und kategorische Verlangen des Sachverständigen-Gutachtens, daß diese Notenbank von der deutschen Regierung vollständig unabhängig sei, daß trotzdem das Deutsche Reich verpflichtet wurde, alle Finanzgeschäfte durch diese internationale Bank auszuführen; daß die deutsche Regierung kein Geld von sich aus in Umlauf setzen, drucken oder prägen dürfe; daß die neue Bank ihrer ganzen Handhabung nach vollständig in der Hand eines ausländischen Kommissars sein werde, von dem der sogenannte Reichsbankpräsident abhängig sei. Die absolute Internationalität der „Reichsbank", die unbedingte Abhängigkeit der deutschen Währung vom Gutdünken einer ausländischen Aktien-Gesellschaft, in einem Wort, der Übergang des gesamten deutschen Geldwesens in die Autorität und unter die Direktive der Weltfinanz, wurde auf Betrieb Dr. Stresemanns und seiner Leute der Gesamtheit der deutschen Bevölkerung geheim gehalten bzw. durch allerhand ablenkende Redewendungen ver-

schleiert. Eine solche Wendung war, daß ja die Sachverständigen die Herstellung der Wirtschaftseinheit verlangten. Dieses Moment wird noch heute in den Vordergrund gestellt, aber nie gesagt, daß, wie Helfferich erklärte: um das Ruhrgebiet nicht zur Reparationsprovinz werden zu lassen, das ganze Deutschland zur Reparationsprovinz gemacht wurde. Behauptet wurde in Stresemanns Schrift: der Dawes-Ausschuß spreche sich gegen sogenannte Sanktionen aus und wolle diese nur in einem bestimmten Falle zulassen. In Wahrheit sagten die Sachverständigen, daß sie in der Frage der Sanktionen nicht zuständig seien, sondern es Sache der Gläubiger sei, „im Falle offenkundiger Versäumnisse einzuschreiten". Die Stresemann'sche Schrift verschwieg auch, daß das Sachverständigen-Gutachten sich gegen politische und militärische Besetzung des Ruhrgebietes nicht aussprach, sondern lediglich gegen die wirtschaftliche und zwar nur eine solche durch die Franzosen. Aus diesem Verschweigen auch im Reichstage und in der Presse ergab sich die später alle Gläubigen überraschende Tatsache, daß die deutsche Regierung für eine militärische Räumung des Ruhrgebietes in keiner Weise genügend vorsorgte. Erst die marokkanischen Nöte Frankreichs im Sommer 1925 und andere, später zu erwähnende Rücksichten zwangen die Franzosen zur Räumung. Dieser unerhörte Vorgang zeigt wieder, wie den Außenminister Dr. Stresemann frühere oder spätere militärische Räumung des Ruhrgebiets erst in zweiter Linie berührte. Er machte die Behandlung oder Nichtbehandlung dieser das ganze deutsche Volk so tief berührenden Frage abhängig von seinem immer durchsichtigen Hauptzweck: Ganz Deutschland erst einmal unter die Kontrolle der internationalen Finanz zu bringen.

Die Schrift des Außenministers verschwieg die verhängnisvolle Bedeutung des dauernden internationalen Eingriffs in die Leitung des deutschen Reichshaushaltes, stellte diese Tatsache vielmehr als etwas Begrüßungswertes, Erfreuliches dar. Das Gutachten sprach von Leistungen im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit. Es wäre eine erste Pflicht des Außenministers gewesen, der deutschen Öffentlichkeit die Frage nahezurücken: wie hoch ist die deutsche Leistungsfähigkeit? Kein

Wort davon, denn der Außenminister wollte nicht die Aufmerksamkeit des Volkes darauf lenken, weil er ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit die internationale Kontrolle über Deutschland anstrebte.

Die Stresemann'sche Schrift verschwieg, daß aus der viel besprochenen Anleihe von achthundert Millionen Mark die deutsche Wirtschaft nichts erhalten sollte, noch erhielt, vielmehr der Hauptteil dieser Anleihe zur Fundierung der internationalen Bank der „Reichsbank" bestimmt wurde und gleichwohl das deutsche Volk für die Anleihe, von der es keinen Pfennig bekam, fünfundzwanzig Jahre lang hohe Zinsen bezahlen sollte. Die Stresemann'sche Schrift verschwieg, und das gehört mit zum ungeheuerlichsten, daß die Riesensummen, welche Deutschland seit dem Vertrage von Versailles an die früheren Kriegsgegner gezahlt hatte, auf die von 1925 an für die Dauer von zunächst (!) fünfzig Jahren verlangten riesigen Leistungen überhaupt nicht anzurechnen seien. Auch darüber, daß die Gesamtsumme nicht genannt ist, wird leicht hinweggegangen.

Die deutschen Eisenbahnen sollten aus den Händen des Reichs genommen und eine internationale Aktiengesellschaft werden, sie sind es inzwischen geworden. Im Frühjahr 1924 verschwieg die Stresemann'sche Schrift — ich zähle nur das Wichtigste auf — daß der ausländische Generalkommissar der Eisenbahnen annähernd unbeschränktes Verfügungsrecht über deren Betrieb und sie selbst hat, während der deutsche Generaldirektor nur ein Subalternbeamter ist, und das Reich auch zum Versuch einer Einflußnahme nicht mehr das Recht besitzt. Die Stresemann'sche Schrift verschwieg, daß der ausländische Kommissar die gesamten Eisenbahnen sogar verpfänden kann, wenn er nur einen Scheingrund dafür angibt; verschwieg, daß er die Tarife beliebig bestimmen kann, verschwieg, daß die Bahnen nunmehr nur dem Geldgeschäft zu dienen hätten, anstatt wie bisher, dem allgemeinen deutschen Wirtschaftsinteresse; verschwieg, daß das Gutachten bereits umfangreiche Personalentlassungen der Eisenbahnen in Aussicht nahm; verschwieg, daß für das Eisenbahnmaterial für längere Zeit nichts mehr getan werden sollte, — wodurch, wie die Folge gezeigt hat, der deutschen Eisenbahn-Industrie und Reparatur-Industrie ein schwerer Stoß gegeben

worden ist; verschwieg den ruchlosen Satz: „die Löhne brauchen nicht zu steigen, weil die Lebenskosten in Deutschland nicht gestiegen sind"; verschwieg den Satz: alle Tarife seien noch zu niedrig und die Zahl der Angestellten viel zu hoch; verschwieg die volksfeindliche Absicht, die Fahrpreise grade der dritten und vierten Wagenklassen zu erhöhen; verschwieg die im Gutachten ausgesprochene Absicht, die Frachttarife in den Dienst der ausländischen Einfuhr nach Deutschland zu stellen, mithin die deutsche Industrie der ausländischen gegenüber konkurrenzunfähig zu machen.

Wie gesagt, ist das nur eine ganz gedrängte Auslese aus der langen, langen Reihe der Unwahrheiten und Täuschungen — durch Verschweigen von Tatsachen, die alle für das deutsche Volk, seine Zukunft und hier vor allem für die Bildung seines Urteils, über die vom Dawes-Gutachten geforderten Verpflichtungen von entscheidender Bedeutung waren.

Die Stresemann'sche Schrift bediente sich schließlich des leider Gottes immer in der deutschen Bevölkerung wieder wirkungsvollen Kniffs: „die Weltmeinung" über die Forderungen der Sachverständigen in sorgfältiger Auswahl vorzuführen. Für den Wissenden mußte es als geringschätziger Hohn wirken, wenn Dr. Stresemanns Schrift stolz erklärt: das führende Finanzblatt „Wall Street Journal" schreibt: „Es kann gesagt werden, daß Wall Street, (das New-Yorker Börsen- und Bank-Zentrum) den Bericht günstig beurteilt"! Von den Königen der Wall Street war ja überhaupt das Gutachten ausgegangen und der Vorsitzende des Ausschusses, Mr. Dawes, war selbst Angestellter der Morgangruppe, also Wall Streets! Ein unverantwortliches und widerwärtiges Versteckspiel vor dem deutschen Volk! —

Ich habe bei dieser kleinen Schrift etwas länger verweilt, weil sie in so klarer und trauriger, man würde richtiger wohl sagen: empörender Deutlichkeit zeigt, mit was für Methoden der Außenminister arbeitete, um die breiten Massen der Bevölkerung, der Gebildeten und der Ungebildeten in Unkenntnis über den wirklichen Inhalt, das tatsächliche Wesen und den eigentlichen Zweck des Dawes-Planes zu halten. Man kann sicher nichts dagegen sagen, wenn ein Minister versucht, alles,

was seiner Vorlage hinderlich sein könnte, vorher aus dem Wege zu räumen. Die Dawes-Gesetzentwürfe aber bedeuteten viel mehr, als irgendeine Gesetzvorlage. Wenn so unerhört tiefe Eingriffe in die Autonomie eines Staates und in sein Wirtschaftsleben in Rede und für unabsehbare Dauer stehen, dann muß für einen gewissenhaften Staatsmann die „Taktik" aufhören. Es ist aber nicht allein das. Eingriffe solcher Art, so tief sie immer sein mögen und sein können, sind an und für sich eben Eingriffe. Das Bild ist das gleiche, wie bei einer Operation, die durch Ausscheidung des Krankheitsstoffes die Gesundung des Organismus herbeiführen, bzw. dem Organismus selbst überlassen soll, die in ihm liegende Kraft der Selbstheilung ohne Hindernis zu betätigen. Das Gutachten der internationalen, keineswegs unparteilichen Sachverständigen vollzog zwar, wie gesagt, einen tiefen Eingriff bzw. verlangte einen solchen, aber so, daß dieser den deutschen Wirtschaftskörper die ihm organisch innewohnende Kraft zur Selbstheilung und die Mittel zur Wiederherstellung nicht stärkte, sondern fortnahm; nämlich u. a.: das Eisenbahnwesen, das Geldwesen, die freie Verfügung über die Staatseinkünfte, und (durch die Industrieobligationen) die Enteignung produktiven deutschen Privateigentums einzuleiten begann. Das alles bedeutet die Schaffung eines neuen auf Dauer berechneten Zustandes. Auf fünfzig Jahre bemaß das Gutachten der Sachverständigen die Dauer der jährlichen deutschen Leistungen von 2,5 Milliarden Mark. Während dieser fünfzig Jahre, deren Ablauf aber keineswegs den Abschluß der „deutschen Reparationen" bilden soll, bleiben Eisenbahnwesen, Geldwesen usw. außerhalb des deutschen Verfügungsbereichs. Die internationale Weltgeldmacht, in deren Händen das alles ist, kann und wird ihre Herrschaft in und über Deutschland immer mehr befestigen, ausbauen und ausbreiten und die Zeit so ausnutzen, daß weder Eisenbahnwesen noch Geldwesen wieder wirkliches deutsches Eigentum werden, daß der Enteignungsprozeß von der Industrie ausgehend, über die Landwirtschaft hin, schließlich alles bodenständige deutsche Eigentum entwurzelt. In einem Wort ausgedrückt: Übergang der Leitung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und in weiterer Folge auch der kulturellen An-

gelegenheiten des deutschen Volks, Übergang auch der Substanz: Vermögen und Besitz des Volks, Übergang auch der Verfügung über die Arbeitsleistung des deutschen Volks und des Ertrages der Arbeit — Alles an eine fremde Macht, die dem deutschen Volk, der deutschen Arbeit, der deutschen Seele und dem deutschen Gedanken lediglich als Ausbeuter und mit den Instinkten des Sklavenhalters gegenübersteht. Es ist nicht übertrieben, was hier gesagt wird. Es handelt sich also um eine Umwälzung und eine grundstürzende Veränderung der Lebensbedingungen des deutschen Volks, deren Bedeutung nicht geringer ist, ja größer ist, wie etwa dauernde Besetzung des ganzen Deutschen Reichs durch feindliche Truppen und Übergang seiner Verwaltung in allen Teilen etwa an Frankreich, England oder Rußland. Der fundamentale Unterschied liegt in der Form und Art. In einem Falle ist die Fremdherrschaft sichtbar, von außen unmittelbar drückend, im anderen der großen Menge unsichtbar aber mittelbar drückend, durchdringend und aussaugend.

Ein Staatsmann, der ein so ungeheuerliches Ereignis in das Leben und die Lebensbedingungen eines Volks einführen will, — sollte es für den nicht eine Pflicht, eine Gewissenspflicht bilden müssen, bevor er entscheidende Schritte tut, das Volk wirklich aufzuklären? Müßte es nicht selbstverständlich erscheinen, daß ein Staatsmann, der zum mindesten den Anspruch erhebt, als ein deutscher Staatsmann zu gelten, von vornherein als unwürdig verwürfe, eine Taktik zu treiben, wie der Außenminister Dr. Stresemann sie getrieben hat und heute noch treibt?

Wir haben gesehen, daß das Gutachten der Sachverständigen sich vollkommen klar auch darüber ausdrückte, daß die „deutschen Leistungen" vorerst ein halbes Jahrhundert lang gezahlt werden sollten; ein halbes Jahrhundert! — Das bedeutet, anders ausgedrückt, eine Belastung nicht nur der jetzigen, sondern auch der kommenden Generationen für eine unabsehbare Frist, im Sinne des Wortes: unabsehbar. Gewiß, ich kenne den Einwand: „fünfzig Jahre, wer weiß, was dann ist, vielleicht sind schon in wenigen Jahren andere Verhältnisse in Europa und sonst in der Welt, die Welt ist rund und muß sich

drehen, Deutschland kann schnell wieder nach oben kommen, auch wirtschaftlich, und dann macht man es, wie früher es tributpflichtige Völker es taten, wenn sie sich stark genug fühlend den Eintreibern des Tributs anstatt des Tributs einen toten Hund über die Grenze warfen". — Besonders hinter den Kulissen hat man solche Redewendungen während der letzten anderthalb Jahre recht häufig gehört und zwar von politischen Persönlichkeiten, welche der Richtung des Herrn Dr. Stresemann nahestehen: wir wollen ja nur, unser großer Staatsmann Stresemann will ja nur eine Zeit der Ruhe, eine Stärkungspause für Deutschland schaffen, um dann im gegebenen Augenblick, allen Druck abzuschütteln und alle Fesseln zu zerreißen. Man hat allen Ernstes mit derselben Taktik auf die Geschichte der Jahre vor 1813 hingewiesen und gesagt, auch damals hätten sich die großen preußischen Patrioten gebeugt und gedemütigt, sie hätten preisgegeben und mit Wut im Herzen nach außen demütige und schöne Worte gemacht. Die Lage Preußens damals, die Weltverhältnisse damals, die Art des Druckes damals und die Zugeständnisse von damals sind in jeder Hinsicht derart verschieden von den heutigen, daß es als eine gewissenlose Taktik bezeichnet werden muß, das Damals und das Jetzt miteinander zu vergleichen zum Zwecke der Rechtfertigung der Dawes-Gesetze und was ihnen jetzt gefolgt ist. Ein Mann von der Intelligenz des Außenministers Herrn Dr. Stresemann weiß genau, daß hier ein Vergleich in Gestalt der Herstellung einer Übereinstimmung, der Wahrheit widerspricht. Es ist aber nicht allein das. Der Außenminister, der in allem ganz bewußt handelt, und, wie er selbst gern hervorhebt, kühl und überlegt, glaubt mit keiner Silbe an solche Gedanken und Pläne, ob er sie nun selbst andeutet, oder ob er sie von anderen Persönlichkeiten oder Blättern sagen läßt. Er denkt nicht entfernt daran und mag oft genug, wenn es niemand sieht, „überlegt und kühl" alle dummen Leute belächeln, welche ihm Pläne einer wirklichen Befreiung Deutschlands unterlegen oder auch nur zutrauen. Dr. Stresemann ist sich auch über die Natur des internationalen Kapitalismus, über sein Arbeiten, über alles, was mit ihm zusammenhängt, vollkommen klar und weiß, daß man dieses Joch nicht abschütteln kann wie das einer

gelegenheiten des deutschen Volks, Übergang auch der Substanz: Vermögen und Besitz des Volks, Übergang auch der Verfügung über die Arbeitsleistung des deutschen Volks und des Ertrages der Arbeit — Alles an eine fremde Macht, die dem deutschen Volk, der deutschen Arbeit, der deutschen Seele und dem deutschen Gedanken lediglich als Ausbeuter und mit den Instinkten des Sklavenhalters gegenübersteht. Es ist nicht übertrieben, was hier gesagt wird. Es handelt sich also um eine Umwälzung und eine grundstürzende Veränderung der Lebensbedingungen des deutschen Volks, deren Bedeutung nicht geringer ist, ja größer ist, wie etwa dauernde Besetzung des ganzen Deutschen Reichs durch feindliche Truppen und Übergang seiner Verwaltung in allen Teilen etwa an Frankreich, England oder Rußland. Der fundamentale Unterschied liegt in der Form und Art. In einem Falle ist die Fremdherrschaft sichtbar, von außen unmittelbar drückend, im anderen der großen Menge unsichtbar aber mittelbar drückend, durchdringend und aussaugend.

Ein Staatsmann, der ein so ungeheuerliches Ereignis in das Leben und die Lebensbedingungen eines Volks einführen will, — sollte es für den nicht eine Pflicht, eine Gewissenspflicht bilden müssen, bevor er entscheidende Schritte tut, das Volk wirklich aufzuklären? Müßte es nicht selbstverständlich erscheinen, daß ein Staatsmann, der zum mindesten den Anspruch erhebt, als ein deutscher Staatsmann zu gelten, von vornherein als unwürdig verwürfe, eine Taktik zu treiben, wie der Außenminister Dr. Stresemann sie getrieben hat und heute noch treibt?

Wir haben gesehen, daß das Gutachten der Sachverständigen sich vollkommen klar auch darüber ausdrückte, daß die „deutschen Leistungen" vorerst ein halbes Jahrhundert lang gezahlt werden sollten; ein halbes Jahrhundert! — Das bedeutet, anders ausgedrückt, eine Belastung nicht nur der jetzigen, sondern auch der kommenden Generationen für eine unabsehbare Frist, im Sinne des Wortes: unabsehbar. Gewiß, ich kenne den Einwand: „fünfzig Jahre, wer weiß, was dann ist, vielleicht sind schon in wenigen Jahren andere Verhältnisse in Europa und sonst in der Welt, die Welt ist rund und muß sich

drehen, Deutschland kann schnell wieder nach oben kommen, auch wirtschaftlich, und dann macht man es, wie früher es tributpflichtige Völker es taten, wenn sie sich stark genug fühlend den Eintreibern des Tributs anstatt des Tributs einen toten Hund über die Grenze warfen". — Besonders hinter den Kulissen hat man solche Redewendungen während der letzten anderthalb Jahre recht häufig gehört und zwar von politischen Persönlichkeiten, welche der Richtung des Herrn Dr. Stresemann nahestehen: wir wollen ja nur, unser großer Staatsmann Stresemann will ja nur eine Zeit der Ruhe, eine Stärkungspause für Deutschland schaffen, um dann im gegebenen Augenblick, allen Druck abzuschütteln und alle Fesseln zu zerreißen. Man hat allen Ernstes mit derselben Taktik auf die Geschichte der Jahre vor 1813 hingewiesen und gesagt, auch damals hätten sich die großen preußischen Patrioten gebeugt und gedemütigt, sie hätten preisgegeben und mit Wut im Herzen nach außen demütige und schöne Worte gemacht. Die Lage Preußens damals, die Weltverhältnisse damals, die Art des Druckes damals und die Zugeständnisse von damals sind in jeder Hinsicht derart verschieden von den heutigen, daß es als eine gewissenlose Taktik bezeichnet werden muß, das Damals und das Jetzt miteinander zu vergleichen zum Zwecke der Rechtfertigung der Dawes-Gesetze und was ihnen jetzt gefolgt ist. Ein Mann von der Intelligenz des Außenministers Herrn Dr. Stresemann weiß genau, daß hier ein Vergleich in Gestalt der Herstellung einer Übereinstimmung, der Wahrheit widerspricht. Es ist aber nicht allein das. Der Außenminister, der in allem ganz bewußt handelt, und, wie er selbst gern hervorhebt, kühl und überlegt, glaubt mit keiner Silbe an solche Gedanken und Pläne, ob er sie nun selbst andeutet, oder ob er sie von anderen Persönlichkeiten oder Blättern sagen läßt. Er denkt nicht entfernt daran und mag oft genug, wenn es niemand sieht, „überlegt und kühl" alle dummen Leute belächeln, welche ihm Pläne einer wirklichen Befreiung Deutschlands unterlegen oder auch nur zutrauen. Dr. Stresemann ist sich auch über die Natur des internationalen Kapitalismus, über sein Arbeiten, über alles, was mit ihm zusammenhängt, vollkommen klar und weiß, daß man dieses Joch nicht abschütteln kann wie das einer

militärischen Fremdherrschaft oder Bedrückung. Noch einmal: durfte ein deutscher Staatsmann eine derartige Fremdherrschaft bzw. Gesetzgebung einleiten, ohne vorher für gründliche Aufklärung der Bevölkerung zu sorgen?

Der Franzose F. Caussy, der Berliner Vertreter des Pariser links-radikalen „Oeuvre", das Heriot nahesteht und ihn zu seinen Mitarbeitern zählt, schickte nach Ablauf der Londoner Konferenz einen Bericht an sein Blatt, worin er den Eindruck dieser Konferenz auf die Deutschen schildert. Er gab ihm die Überschrift „Die zufriedenen Deutschen". Darin heißt es:

„Besser als jeder Zwang, besser als jede politische Aufteilung vollendet das Londoner Abkommen den Sieg der Alliierten. Denn was ist in Wahrheit dieser Plan der Sachverständigen? Einfach die Wegnahme der wichtigsten Hoheitsrechte: der Eisenbahnen und der indirekten Steuern! Die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches werden um drei Viertel gemindert... Ich benutze als Bewohner von Berlin die Ringbahn und denke dabei: Auch die gehört uns (den Franzosen). Die Leute um mich herum rauchen Zigarren; darauf zahlen sie Zoll und Steuern — für uns! Sie zahlen für den Zucker, den sie so gern naschen. Sie zahlen für das Bier: und das ist keineswegs wenig ... In Versailles hat niemand gewagt, dergleichen Dinge vorzuschlagen, weil man die deutsche Ehre nicht antasten wollte. Heute ist man von solchen Bedenken weit entfernt. N i e m a n d k ü m m e r t s i c h m e h r u m d i e d e u t s c h e S o u v e r ä n i t ä t o d e r d i e d e u t s c h e W ü r d e. Und was ihre Feinde nicht tun können oder tun wollen, das machen die Deutschen selber: sie sind mit dem Ergebnis durchaus zufrieden, sie verlangen gar nichts anderes!" —

Aus dem Gutachten der Sachverständigen, dem Dawes-Gutachten sind im Sommer 1924 die Dawes-Gesetze geworden. Während der Meinungskämpfe um die Gesetzentwürfe schrieb der französische General Castelnau: „Erst haben wir Deutschland militärisch entmannt, dann politisch, jetzt werden wir es wirtschaftlich entmannen." Was der aufrichtige Feind öffentlich sagte, was die ganze Welt wußte und in froher Hoffnung förderte, woran die deutsche Regierung unter Führung des Außenministers Dr. Stresemann mit allen Kräften arbeitete,

— das durfte das deutsche Volk nicht wissen. In seiner großen Masse weiß es auch heute die Wahrheit noch nicht.

Das Schicksal der Regierungsvorlage entschied sich in den drei Sommermonaten Juni, Juli und August 1924. Der Außenminister Dr. Stresemann setzte seine ganze, in der Tat große Geschicklichkeit daran, die öffentliche Meinung vom Kernpunkt und den furchtbaren Folgen der Dawes-Gesetze abzulenken und ihre Aufmerksamkeit auf Nebenpunkte zu vereinigen. Als kluger Taktiker begriff der Außenminister ohne weiteres, daß diese Nebenpunkte an sich wichtig, brennend und anschaulich sein mußten, um ihre propagandistische Bestimmung: vom eigentlichen Wesen der Dawes-Gesetze abzuziehen, erfüllen zu können. Da hatte der Außenminister Dr. Stresemann ausgezeichnetes „Material" zu seiner Verfügung. Es eignete sich vor allem die Ruhrbesetzung, es eignete sich die Militärkontrolle. Da wurde die Parole ausgegeben: wer nicht für die Dawes-Gesetzentwürfe stimme, der habe kein Herz, noch Gefühl für unsere gequälten Brüder im Ruhrgebiet, der wolle nicht ihre Befreiung. Im selben Sinne wurde an die Ruhrbevölkerung appelliert, auf dem gleichen Niveau bewegten sich die Debatten im Reichstage.

Eine höchst charakteristische Geschichte nahm ihren Anfang zum Schluß der Londoner Konferenz im August 1924: da fand ein Briefwechsel über das Ruhrgebiet statt zwischen den französischen und belgischen Ministerpräsidenten einerseits, dem deutschen Kanzler Marx andererseits. Herr Herriot erklärte darin: die beiden Westmächte würden spätestens bis zum 16. August 1925 zur Räumung des Ruhrgebiets schreiten, falls Deutschlands Verhalten sich im Geiste der Dawes-Gesetze betätige. Der Verfasser dieser Schrift machte damals gleich den Außenminister darauf aufmerksam, daß „zu etwas schreiten" nur den Beginn einer Ausführung bedeute, und daß der weitere Verlauf der letzteren seinem Tempo nach ganz beliebig gestaltet werden könne, mithin der Brief Herriots keinerlei Gewähr dafür biete, daß tatsächlich bis zum Herbst 1925 das Ruhrgebiet geräumt sein würde. Der Außenminister erwiderte mir darauf, die deutsche Übersetzung sei unrichtig. Aus dem französischen Text dagegen ergäbe sich ganz klar, daß das Ruhrgebiet zum Herbst

1925 geräumt sein würde. Ich erwiderte, daß der französische Text: „Procéder à l'Evacuation“ vollkommen richtig mit: „schreiten zu“ übersetzt worden sei. Der bedenkliche Punkt liege nicht in dem deutschen, sondern in dem französischen Text. Der Außenminister blieb auf seinem Standpunkte und wenige Tage nachher war die deutsche Übersetzung des Herriotbriefes geändert worden, es stand nicht mehr da: zur Räumung des Ruhrgebiets schreiten, sondern: die Räumung des Ruhrgebiets „vornehmen“. Diese Übersetzung war mithin bewußt falsch. Im Laufe der Jahre 1924 und 1925 habe ich diesen Vorfall sowohl im Reichstag, wie in Versammlungen und Presse mündlich und schriftlich rückhaltlos behandelt. 1925 begann seit dem Frühjahr die — weiter unten zu schildernde — Sicherheitspaktpolitik Dr. Stresemann immer mehr Raum in der öffentlichen Erörterung einzunehmen. Im Sommer deutete plötzlich die französische Presse an, demnächst werde Frankreich eine „Geste“ machen, welche in Deutschland hohe Befriedigung zur Folge haben und die deutsche Bevölkerung dem Sicherheitspaktgedanken geneigt machen würde. Nicht lange darauf wurde erklärt: Frankreich werde nunmehr das Ruhrgebiet räumen. Eben in jener Zeit wendete sich die öffentliche Meinung in Deutschland in ungewöhnlich großem Umfange gegen die Politik des Außenministers Dr. Stresemann, deren Eigenmächtigkeit, Leichtfertigkeit und Verstecktheit, leider nur für kurze Zeit, eine gesunde Auflehnung auch in Parteien und Richtungen hervorrief, die dem Minister sonst sympathisch gegenüberstanden. In Frankreich und Belgien empfand man im Sommer 1925 diese deutsche und reinliche Bewegung als höchst hinderlich, weil man die ungeheuren Vorteile des sogenannten Sicherheitspaktes von vornherein klar erkannte. Es galt mithin für die Westmächte, den deutschen Außenminister Dr. Stresemann unbedingt im Amte zu halten, ihn zu stützen. Man mußte ihn als erfolgreich dem deutschen Volke erscheinen lassen, und so — kam die „Geste“ der Ruhrräumung zustande. Sie hatte freilich noch ein anderes, für Frankreich sehr ernstes Motiv in sich: den immer ernster und kostspieliger werdenden französischen Marokkokrieg. Als jene ersten Andeutungen der französischen Presse hinsichtlich bevorstehender Ruhrräumung öffentlich erschienen, wies der

Verfasser dieser Schrift im voraus darauf hin: Wenn die Räumung erfolge, so geschähe es, um Stresemann im Amte zu halten, weil er als Minister gerade jetzt für das Ausland unschätzbar sei, ferner, um Frankreich für den Marokkokrieg zu entlasten. Diese meine Äußerungen brachten den Außenminister und das Auswärtige Amt in so außerordentliche Erregung, daß der Herr Dr. Stresemann durch das Wolffsche Büro und dann in einer Reichstagsrede in dem ihm eigenen Tone sittlicher Entrüstung erklärte, trotz meiner gegenteiligen Anstrengungen räumten die Franzosen das Ruhrgebiet. Es sei national unerträglich, wenn ein deutscher Abgeordneter die Sache der Franzosen verträte, nur um der deutschen Regierung Schwierigkeiten zu machen!

Geht man dieser Taktik nach, so ist sie tatsächlich charakteristisch für die Methoden des Außenministers. Der Herr Dr. Stresemann wußte genau so gut wie ich, daß die Ruhrräumung in Wirklichkeit nicht als Erfüllung einer französischen Verpflichtung erfolgte, sondern aus den genannten beiden Gründen, von denen im August 1924 weder Herriot noch Stresemann etwas wußten, die sie auch nicht ahnen konnten. Im Oktober 1925 erbrachte der frühere Ministerpräsident Herriot in einer öffentlichen Rede mit dankenswerter Offenheit die Bestätigung. Er sagte in Verteidigung der französischen Ruhrräumung: der Ruhrräumung habe Frankreich zu verdanken, daß es seine Stellung in Marokko zu verteidigen imstande sei!

Sorgenvoll hatten vorher die französischen Blätter ihre Spalten mit Klagen angefüllt, wie schwer und schwierig die nationalistische Opposition dem Minister Dr. Stresemann seine Stellung mache, wie möglich sein Sturz sei. Gab es ein besseres Mittel ihn zu stützen als die „Geste"? Gab es für den Herrn Dr. Stresemann eine schönere gefundene Speise, als stolz zu sagen: die Ruhrräumung sei eine Folge seiner weitblickenden Politik, ein Verräter und Unterstützer der französischen Chauvinisten sei, wer diese Logik der Tatsachen nicht anerkenne. Man wird zugeben, daß die skizzierte Angelegenheit mit dem französischen Text des Herriotbriefs und der Übersetzungsänderung nicht gerade ein Ruhmestitel des Ministers und seines Amtes bedeutet. Wer aber hätte

je gesehen oder erlebt, daß der Außenminister Dr. Stresemann jemals einen Fehler oder die Unrichtigkeit einer politischen Berechnung zugegeben hätte? Lieber als das, auch schon um eine unangenehme Fragestellung abzubiegen, erfindet man die abenteuerlichsten Geschichten und Hypothesen, die kindlichsten Anschuldigungen wie in der Ruhrangelegenheit.

Doch kehren wir noch mit einigen Worten zu den Monaten des Kampfes um die Dawes-Gesetze zurück. Der Außenminister Dr. Stresemann hat ebensowenig, wie die seiner Führung und seinem Einflusse unterstehenden Regierungen und Parteien jemals an der riesigen Höhe der von Deutschland geforderten Leistungen der Dawes-Gesetze einen ernsthaften Anstoß genommen. Man hat sich auf die Erklärung beschränkt, daß diese Forderungen außerordentlich hoch seien und es nicht gewiß sei, ob sie geleistet werden könnten. Vielfach glaube man in wirtschaftlichen Kreisen, daß die Ableistung der riesigen Beträge eine Unmöglichkeit bedeute. Auf die Frage aber, wie die Dawes-Kommission denn überhaupt auf den Gedanken gekommen sei, eine deutsche Jahresleistung von 2,5 Milliarden Mark festzusetzen, hat man die beinahe unglaubliche Tatsache zu hören bekommen, daß die sogenannten Sachverständigen zunächst eine Jahresleistung von 1,75 Milliarden Mark für das höchst Mögliche gehalten und festgesetzt hätten. Da habe man aber von italienischer Seite Einspruch erhoben und gesagt, Deutschland könne sehr gut zweieinhalb Milliarden jährlich zahlen, und — schon erhöhten die „Sachverständigen", die in der Einleitung zum Gutachten erklären, sie fühlten sich der Reparationskommission und dem Weltgewissen verantwortlich, die von ihnen selbst auf 1,75 Milliarden Mark bemessene Summe um 750 Millionen Mark jährlich! Das kann man vom Standpunkte der Reparationskommission und des Weltgewissens sicherlich verstehen. Von einem deutschen, vaterländischen Standpunkte unverständlich und empörend aber ist, daß der deutsche Außenminister diesen Vorgang nicht zum Gegenstande einer sofortigen und energischen Aktion gemacht hat. Ein frivoleres Spiel der wirtschaftlichen Sachverständigen ist denn doch schwer denkbar: als zuerst „sachverständig", nach bestem Wissen und Gewissen eine Summe von 1,75 Milliarden festzustellen und

diese dann auf willkürliche Einschätzung von Vertretern einer einzelnen Regierung ebenso willkürlich auf zweieinhalb Milliarden zu erhöhen. Eine schlimmere Blöße konnte sich gerade eine Kommission erster Autoritäten doch nicht leisten als ihre Schätzung einfach umzustoßen, nur, weil Angehörige einer Einzelregierung erklärten, Deutschland könne mehr zahlen. Es ist übrigens ohne weiteres anzunehmen, daß der dem Weltgewissen und der Reparationskommission verantwortliche sachverständige Ausschuß seine Schätzung von 1,75 Milliarden unentwegt hätte weiter gelten lassen, wenn die italienische Regierung die Ansicht geäußert hätte, Deutschland könne nur eine Milliarde jährlich leisten. Das wäre natürlich etwas ganz Anderes gewesen.

Daß der Außenminister Dr. Stresemann angesichts jener ihm bekannten Tatsache nichts getan hat, keinen nachhaltigen Widerspruch erhob, nicht die Gelegenheit ausnutzte, bringt, von einer ganz neuen Seite, die Bestätigung für die Leitbehauptung dieser Schrift, daß der Außenminister Dr. Stresemann um jeden Preis und unter jeder Bedingung die Internationalisierung Deutschlands und seiner Einstellung als Arbeitsknecht des internationalen Kapitals gewollt hat, ohne Ansehen aller anderen Voraussetzungen, Bedingungen und Tatsachen. Was galt es dem Außenminister, ob das deutsche Volk siebenhundertfünfzig Millionen Mark jährlich mehr oder weniger sich von seiner kärglichen Lebenshaltung abzuhungern hätte? Für den Außenminister Dr. Stresemann drehte sich alles lediglich darum: so schnell wie möglich Deutschland unter die Vormundschaft und Leitung der New-Yorker Wall Street zu bringen. Es ist ganz unrichtig, zu sagen, wie es gegen Ende des Ruhrkampfes gesagt wurde, dann während des Dawes-Kampfs, und wie es heute um Kampf, um Sicherheitspakt und Völkerbund geschieht: Stresemann habe sich „wieder unterworfen", treibe „wieder Erfüllungspolitik". Der Außenminister Dr. Stresemann hat sich n i c h t mit innerem Widerstreben oder mit schmerzlichen Gefühlen u n t e r w o r f e n, sondern j e n e i n t e r n a t i o n a l e E i n g l i e d e r u n g D e u t s c h l a n d s i s t d a s e i g e n s t e Z i e l d e s A u ß e n m i n i s t e r s. Sie entspricht seinem internationalen Ideal und seiner internationalistischen Anschauung. Mindestens

ebenso verfehlt ist die Behauptung, er treibe eine Politik der Erfüllung. Das Wort schreibt sich her aus den Jahren, als es sich darum handelte, ob man die Forderungen der Feinde ablehnen oder sie erfüllen solle. Der Außenminister Dr. Stresemann stellte sich nicht diese Frage, brauchte sie sich nicht zu stellen, denn sein Silberstreifen war und ist deutsche Schuldknechtschaft im Dienste der „Geldgeber der Welt" unmittelbar und der dadurch bedingten Schutzherrschaft, damit der Schuldner arbeitsfähig bleibe. Freudig gewollter Verzicht der Regierenden Deutschlands auf die Eigentumsrechte des Volks, auf Hoheitsrechte des Staats, wie vorstehend geschildert worden ist, war selbstverständlich. Das nennt der Außenminister Dr. Stresemann: „die Lösung des Reparationsproblems"! Sallustius Crispus nannte es: Ruere in servitium, freudig hinein sich stürzen in die Sklavenschaft.

Wir Völkischen haben bereits im Jahre 1924 die Auffassung vertreten, daß es für die eigentlichen Urheber und in weiterer Folge Nutznießer der Dawes-Gesetzgebung nicht in erster Linie auf die Höhe der jährlichen deutschen Zahlungen ankäme als vielmehr auf die völlige, dauernde Schuldknechtschaft des deutschen Volks. Diese sicher zu haben und damit den Ertrag seiner Arbeitsleistung muß dem Weltgewissen zu New-York viel wichtiger und wertvoller sein als gefährliche Versuche einer Erzwingung von Leistungen, deren Erfüllung sich als unmöglich erweist. Selbstverständlich, wie wir gesehen haben, wird die Leistung hoch angesetzt, zumal da der Außenminister Dr. Stresemann nichts Ernstliches dagegen hatte, noch tat, aber es ist keineswegs die Hauptsache. Jene internationalen Geldmächte werden sogar nicht zögern, die deutschen Geldleistungen herabzusetzen, wenn sie befürchten müßten, daß sonst schwere wirtschaftliche Zusammenbrüche in Deutschland vielleicht ernste Unruhen hervorrufen, das Regime Stresemann beseitigen und an die Stelle ein solches nationaler Politik und nationaler Wirtschaft setzen könnten. So ist das Verhältnis des Regimes Stresemann zum Weltkapitalismus ein solches harmonischer Wechselseitigkeit und gegenseitigen Interesses. Leidendes Objekt ist das deutsche Volk. Im Frühsommer des Jahres 1925 bereits tauchte zunächst in der ausländischen Presse

die Mitteilung auf: eine Abänderung der Dawes-Leistungen sei wohl denkbar. Es ist nicht zu bezweifeln, daß es zu einer solchen auch kommen wird, wenn man in New-York zur Auffassung gelangt ist, daß sonst die nationale Erkenntnis in Deutschland auch die nationale Tat der wirtschaftlichen und sozialen Selbstbefreiung zur Folge haben würde, eine einfache und klare kaufmännische Berechnung! Man kann ebenso deutlich voraussehen, daß eine Änderung, eine „Milderung“ der Dawes-Bestimmungen Deutschlands als eine geniale Leistung und ein gewaltiger Erfolg der Politik des Außenministers Dr. Stresemann gepriesen werden würde. Solche „Milderung“ werde sich stets nur auf geringe Erleichterung der Zahlungen beziehen. Die Abhängigkeit Deutschlands von der Wallstreet wird noch erhöht werden.

Im Sommer 1924 hatte der Außenminister es höchst eilig. Unter seiner Führung wurde die Lage so dargestellt, als ob Deutschland verloren wäre, wenn die Bewilligung der Dawes-Gesetze nicht am 29. August, ihre Unterzeichnung nicht bis zum 31. August stattfände. Bei Ablehnung durch den Reichstag, so drohte man, würde der Reichspräsident Ebert den Londoner Vertrag einfach unterzeichnen, „um eine Katastrophe zu vermeiden“. Würde bei Ablehnung der Reichstag aufgelöst, so wäre unabsehbar, wann man wieder zu einer internationalen Konferenz gelangen könne. In Deutschland werde das wirtschaftliche Chaos Platz greifen. Kurz, man habe jetzt im August eine „niewiederkehrende Gelegenheit“. Benutze man diese Gelegenheit aber, dann würden sofort — dieses: „Sofort“ — wurde von Herrn Dr. Stresemann und den Seinen ernst und nachdrücklich unterstrichen — große wirtschaftliche Erleichterungen eintreten, besonders auf dem Geldmarkt: billige ausländische Kredite würden in Strömen fließen. Die amerikanischen Kreditgeber wären schon ungeduldig bereit, müßten nur die nötige Sicherheit durch die Dawesgesetze erst haben. Mit diesen Versprechungen und Aussichten ist ein unerhörter Mißbrauch und Frevel an der darbenden deutschen Bevölkerung begangen worden! — Wie die Folgezeit in fühlbarster Weise zeigte — waren jene Versprechungen und Inaussichtstellungen un-

richtig, unwahr. Die Kreditnot wurde größer als zuvor. Von völkischer und nationaler Seite ist das im Juli und August 1924 bereits vorausgesagt worden, woraus sich ergibt, daß auch die deutsche Regierung vollkommen darüber im Bilde gewesen sein muß. Für sie handelte es sich wiederum nur um ein nicht gerade gewissenhaft erfundenes und benutztes Mittel politischer Propaganda, um die Dawes-Gesetze im Reichstag bewilligen zu lassen. Der Rückblick auf die verflossenen Jahre zeigt, daß die deutsche Wirtschaft immer weiter heruntergegangen ist, daß Kredite nur zu ruinösen Bedingungen gegeben worden sind, nämlich zu solchen, die in unausweichlicher Folge zur Enteignung der Borger bzw. Besitzer führen und führen sollen. Dem Außenminister Dr. Stresemann war das alles bekannt und klar vor Augen liegend.

Wer den Sinn der Dawes-Gesetzgebung erkennt, und sich nicht scheut ihn zu bezeichnen, sieht ihre Bahn durch die verflossenen Jahre in aller Deutlichkeit: die Bahn der Enteignung deutschen Besitzes in jeder Form, unter gleichzeitiger Vernichtung und Proletarisierung der Mittelschichten der Bevölkerung, deren selbständige Existenz nach alter Erfahrung die Bedingung einer leistungsfähigen Wirtschaft ist und die Voraussetzung schlechthin für inneres und äußeres Gedeihen eines Volkes.

Der Außenminister Dr. Stresemann erblickte von seiner internationalistischen Anschauung gesehen, ganz folgerichtig in der Zersetzung und Enteignung bodenständiger deutscher Volkswirtschaft, eine „Entwicklung" im internationalistischen Sinne, also einen zu begrüßenden Fortschritt der Zivilisation, der Kultur und der „Weltwirtschaft".

Der Dawes-Plan, erklärte der Außenminister Dr. Stresemann 1924, gelte in den Vereinigten Staaten von Amerika als die „Bibel der Wirtschaft". Er folgerte, deshalb müsse der deutsche Reichstag die Gesetze annehmen. Mit einer wirklichen Ehrfurcht, die unter anderen Umständen in ihrer pervasser Torheit rein komisch gewesen wäre, wiederholte und variierte die deutsche Presse das Wort von der „Bibel der Wirtschaft". Wie konnte da auch nur einen Augenblick mit der Annahme gezögert werden? Vielleicht gibt es heute doch eine

Anzahl Deutscher, die sich schämen, durch ein derartiges frivoles Schlagwort ihre Überzeugung haben beeinflussen zu lassen. Was aber soll man von einem Minister sagen, der seine ungewöhnliche Redekunst aufbietet, um die ihm genau so bekannte Harmlosigkeit, Eindrucksfähigkeit für Schlagworte und Weltfremdheit der deutschen Bevölkerung mit solchen Redewendungen und Bildern zu benutzen? Amerikanische Blätter schrieben in jener Zeit, — sogar das „Berliner Tageblatt" gab eine solche Stimme wieder: die Dawes-Gesetze würden der amerikanischen Einfuhr nach Deutschland die Wege ebnen. Deutlicher ausgedrückt hieß das: die Dawes-Gesetze würden der amerikanischen Einfuhr ermöglichen, die Konkurrenz der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaftserzeugnisse in Deutschland niederzutreten. Für das amerikanische Kapital ist die „Bibel der Wirtschaft": das Geschäft, die Möglichkeit, große gewinnbringende Geschäfte zu machen. Ein bekanntes Wort beantwortet die Frage: „Was ist das Geschäft?" mit den Worten: „Das Geld des anderen!" In diesem Falle würde man anstatt des Wortes „Geld" zu sagen haben: die Arbeitsleistung des deutschen Volkes, deren Ertrag, dazu alles, was in Deutschland noch als deutscher Besitz angesehen werden kann. Alles dieses in die Hand des in New-York konzentrierten und zentralisierten internationalen Finanzkapitals zu bringen, ist die „Bibel der Wirtschaft". Die heiligen Gebote dieser Bibel, jedenfalls ihre ersten, drücken sich aus in dem Dawes-Plan und in den ebenso anbetungswürdigen Gesetzen, welche eine Regierung der Republik von Weimar aus ihnen formte. Der Geschäftsstandpunkt der internationalen Herrscher des Weltfinanzkapitals ist nicht allein verständlich, sondern er ist natürlich, ebenso natürlich wie die naturgegebene Tätigkeit des Blutegels, des Bandwurms oder der Hyäne. Unmöglich und undenkbar aber müßte sein, daß ein deutscher Minister, der, wie Herr Dr. Stresemann, die Geschicke des deutschen Volkes tatsächlich in der Hand hatte und entschlossen war, mit ihnen zu machen, was er wollte, das nackte, brutale Geschäftsinteresse des Weltfinanzkapitals an der Benutzung, Aussaugung und Enteignung des deutschen Volkes als „Bibel der Wirtschaft" anpreisen

konnte. Ein unsäglich abstoßendes Bild, leider freilich kein Bild nur, sondern eine trübe Wirklichkeit.

Wie der Außenminister Dr. Stresemann sich ohne Bedenken auch der ernstesten Fragen zu agitatorischen Zwecken bedient, zeigte im Jahre 1924 sein Verhalten zur Frage der Militärkontrolle. Die Entwaffnung Deutschlands war dargetan worden, der deutsche Anspruch, die Militärkontrolle habe nunmehr zu verschwinden, und bestimmungsgemäß auf den Völkerbund überzugehen, war berechtigt und fällig. Die Westmächte verlangten anstatt dessen eine angeblich abschließende „Generalkontrolle". Deutschland könne sie, wenn es ein gutes Gewissen habe, ja ruhig über sich ergehen lassen, sie werde nur kurze Zeit dauern. — Von vornherein war ein sehr großer Teil des deutschen Volkes bzw. der öffentlichen Meinung gegen eine Zustimmung zu dieser ganz ungerechtfertigten Maßnahme. Man witterte mit Recht eine neue Schlinge dahinter. Der Überredungskunst des Außenministers Dr. Stresemann gelang es, die Bedenken der überwiegenden Mehrheit des Reichstages zu beseitigen. Er stellte sich auf den Standpunkt: man dürfe jetzt nicht durch Widerstand die Mächte, vor allem Amerika, vor den Kopf stoßen und aufbringen. Das Verlangen nach der General-Endkontrolle sei ja im Grunde nur einem innerpolitischen französischen Prestigebedürfnis entsprungen. Die Kontrolle werde in absehbarer Zeit, nämlich innerhalb weniger Monate beendet sein. Die französischen Offiziere hätten diese, ihnen wenig würdig erscheinende Tätigkeit längst satt. Alles in allem handle es sich nur um eine Formalität. Eine solche aber könne man sich deutscherseits schließlich ruhig gefallen lassen. Das sei auch die Ansicht der Amerikaner. Im Juni und Juli 1924 wurde so die Frage der Endkontrolle besprochen. Vom Außenminister Dr. Stresemann in leichtem überlegenen Tone: wo so Großes auf dem Spiele stehe, wie das hohe Ziel der Dawes-Gesetze und die Erhaltung und Stärkung des Wohlwollens der Vereinigten Staaten, da solle man über diese Formalitäten hinwegsehen und den Franzosen ruhig ihre kleinen Eitelkeiten lassen. Das zu tun, sei im höheren Interesse staatsklug.

Heute kann man sich auch mit dem besten Willen zur Ver-

trauensseligkeit kaum vorstellen, daß der Außenminister Dr. Stresemann damals selbst wirklich an das geglaubt hat, was er dem deutschen Reichstage und der deutschen Öffentlichkeit sagte. Uns wurde auch damals schwer an einen sachlichen Ernst seines Standpunktes zu glauben, denn die Ziele Frankreichs lagen klar genug zutage: die Verknüpfung der sogenannten Entwaffnung bzw. Militärkontrolle mit der Frage der Räumung der Kölner Zone. Sie war für den 10. Januar 1925 fällig. Diese Räumung bis dann nicht auszuführen, waren die Westmächte entschlossen. Nach Außen hin sollte der Vorwand geschaffen werden: Deutschland habe seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag, insbesondere hinsichtlich der Entwaffnung, nicht entsprochen. Erst wenn das ganz und restlos geschehen sei, könne die Räumung erfolgen. Man erinnert sich, wie dann die Monate dahin gingen, wie die Ententepresse erklärte, leider hätten die Kontrollkommissionen zahlreiche und schwere deutsche Verfehlungen festgestellt, wie dann der amtliche Bericht ewig auf sich warten ließ, und wie schließlich der 10. Januar 1925 verstrich und die Kölner Zone tatsächlich nicht geräumt wurde.

In der Wilhelmstraße war man inzwischen beflissen gewesen, in vertrauteren politischen Kreisen das schon erwartete Ereignis der Nichträumung zu Lasten des damaligen Reichskanzlers Dr. Marx zu schreiben. Der Außenminister Dr. Stresemann sei außer sich über das Ergebnis der Londoner Konferenz. Hätte *er* zu sagen gehabt, so würde er sich Garantien für die terminmäßige Räumung der Kölner Zone haben geben lassen. Es sei unerhört, daß Marx das versäumt habe. Er, Stresemann, würde *sonst* nie dem Dawes-Abkommen in London zugestimmt haben. In Wahrheit hätte es natürlich in Stresemanns Hand gelegen, Garantien zu verlangen, die Kölner Räumungsfrage, überhaupt *ernstlich* zur Sprache zu bringen. Der Außenminister Dr. Stresemann hat das in London nicht getan, weil er die Dawes-Gesetze, das „große Ziel“ nicht in Frage stellen wollte. Hinterher beschuldigte er den Kanzler. Wir haben hier ein echt Stresemann'sches Manöver einer raffinierten persönlichen Politik. Dieselbe wurde zielbewußt wie immer ausgestaltet. In einer Rede, die der Außenminister

Dr. Stresemann am 31. Dezember 1924 in Berlin an die ausländische Presse hielt, sagte, nach ausführlichen Berichten der Blätter, der Außenminister u. a. Folgendes: „Gerade ich selbst habe mich in Volksversammlungen und im Reichstage damals sehr oft gegen den Vorwurf der nationalen Opposition wenden müssen, als ob die Kölner Zone nicht geräumt werden und die Alliierten nicht an eine loyale Erfüllung ihrer Verpflichtungen denken könnten. Heute aber muß ich zu meinem großen Bedauern sagen, daß, wenn die Kölner Zone nicht geräumt wird, diejenigen Unrecht hatten, die für das Dawes-Gesetz stimmten und es verteidigt haben, in der Hoffnung, daß endlich die Sanktionspolitik damit zu Ende sei. Damit will ich natürlich den Wert des Dawes-Gutachtens selbst absolut nicht angreifen." —

Da es sich nicht um eine Versammlungsrede Herrn Dr. Stresemanns handelte, sondern um eine offizielle Ansprache ex Cathedra im Auswärtigen Amt und an die gesamte ausländische Presse, so konnte kein Zweifel an der Richtigkeit der Wiedergabe nach den offiziellen Berichten obwalten; die angeführten Sätze sind dem Berliner Tageblatt entnommen. Die Rede wurde sehr lebhaft besprochen und gerade dieser Passus erregte außerordentliches Aufsehen innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen. Ende Mai 1925, also sechs Monate nachher, erklärte Herr Dr. Stresemann im Reichstage in Gestalt eines Zwischenrufes während einer Rede des Abgeordneten v. Graefe: er habe jene Wendung nicht gebraucht. Zwei Tage später, als der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Claß auf einer alldeutschen Tagung auf die angeführte Äußerung vom 30. Dezember hingewiesen hatte, erklärte die „Zeit", das Organ des Außenministers, dieser habe die Äußerung nicht gebraucht. Ein halbes Jahr lang hatten Herr Dr. Stresemann und seine Organe die, wie gesagt, sehr zahlreichen Kommentare zu seiner aufsehenerregenden Wendung vom 31. Dezember 1924 schweigend hingenommen und sie somit als richtig erklärt. Und dann plötzlich sagt der Außenminister, er habe die Wendung nicht gebraucht. Wir wollen nicht unhöflich werden und deswegen das Urteil, welches man sonst

niederschreiben müßte, durch Schweigen ersetzen. So etwas, zum Beispiel, hätte sich ein Minister des alten Regimes im Hinblick auf die Öffentlichkeit und die Würde seines Amtes weder gestatten können, noch sich auch je im Gefühl seiner Verantwortlichkeit und der Achtung vor sich selbst jemals erlaubt.

Zum Schluß der gleichen Rede erklärte Dr. Stresemann, er sei überzeugt, daß man in der Frage der Militärkontrolle und der Räumung der Kölner Zone sehr schnell auf dem Wege von Verhandlungen zu einer Verständigung gelangen werde. Damit sollte die öffentliche Meinung in Deutschland zur Auffassung kommen: Stresemann habe im Sommer 1924 die Unterlassungssünde des Kanzlers Marx nicht verhindern können, jetzt und für die Zukunft werde er aber die Sache schon in Ordnung bringen. Nur Ruhe und Vertrauen auf den genialen und bewährten Minister, dann werde alles schnell und gut gehen. Was vorher falsch gemacht worden sei, daran seien, wie immer, nur andere schuld gewesen. — Ja, wann hätte der Außenminister Dr. Stresemann jemals geirrt?

Genug, die Kölner Zone wurde nicht geräumt, die Militärkontrolle wurde nicht aufgehoben, nicht als erledigt erklärt. Die Stresemann'sche Politik des Jahres 1924 ist also auch, was die Kölner Räumung anlangt, eine verfehlte und fehlgeschlagene gewesen. Um sie zu erreichen, trat er für die Militär-Generalkontrolle ein, und als er sah, daß es nichts half, schob er den damaligen Kanzler vor. Die Öffentlichkeit aber wurde völlig im Dunkeln gelassen, darüber, daß gerade der Außenminister durch seine ebenso leichtfertige wie versteckte Politik den Mißerfolg verschuldet hatte. Gewiß, niemand konnte verlangen und hat verlangt, daß der Außenminister Dr. Stresemann unter allen Umständen die Ententetruppen bis zum 10. Januar 1925 aus der Kölner Zone herauszubringen habe. Der Außenminister durfte aber nicht für eine pflichtmäßige Räumung im voraus Preise bezahlen, von denen er wissen konnte und mußte, daß sie weggeworfen sein würden. Er durfte, vor allem, nicht wiederum die Öffentlichkeit über die wichtige Lage der Dinge im Dunklen lassen. Wir sehen gleichzeitig eine typische „Usance" des Herrn Außenministers: wenn es ihm nicht gelingt, die Mächte zur Erfüllung

einer Verpflichtung zu bringen (Beispiel Köln), so zahlt er munter mit politischen Verpflichtungen und Zugeständnissen drauflos, pränumerando, eins nach dem andern, schließlich wird es wohl einmal soweit sein.

3. Kapitel.

Ende Dezember 1924 regte der Botschafter der groß-britannischen Regierung zu Berlin, Lord D'Abernon, in der Wilhelmstraße das Folgende an: Man möge deutscherseits doch den Paktvorschlag des derzeitigen deutschen Reichskanzlers Cuno vom Jahre 1922 in anderer Form wiederholen. Der Botschafter war der Ansicht, der Kern jenes Cuno'schen Vorschlages sei sehr gut gewesen. Er sei damals notwendigerweise gescheitert, hauptsächlich, weil Poincaré ihn abgelehnt habe, dann weil auch sei sehr gut gewesen. Er habe damals scheitern müssen, hauptsächlich, weil Poincaré ihn abgelehnt habe, dann weil auch die Vereinigten Staaten von Amerika damals in der Welt und auf die europäischen Verhältnisse einen nicht annähernd so großen Einfluß gehabt hätten, wie zur Zeit. Jetzt sei der Augenblick, mit einem Angebot an Frankreich, Großbritannien usw. heranzutreten und damit die Sicherheitsfrage zu lösen. Aus dieser britischen Anregung ist der „Sicherheitspakt" entstanden, dessen Besprechung und Verhandlung das politische Jahr 1925 beherrscht hat. Der Außenminister Dr. Stresemann konnte bei seiner Erfahrung und Intelligenz keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, daß dieser britische Vorschlag ein rein britisches Interesse verfolgte und darüber hinaus getragen wurde und veranlaßt worden ist, von den, — wie es im Dawes-Gutachten heißt — „Geldgebern der Welt". Der Außenminister nahm den Gedanken sofort auf. Nicht lange darauf ließ er ihn mit dem französischen Außenminister Herriot besprechen, der seinerseits den wohlwollenden Rat gab: wenn Deutschland sich nicht entschließen könnte, auch die Ostgrenzen des Versailler Vertrages anzuerkennen, so möge es sich jedenfalls verpflichten, diese nicht mit Gewalt zu ändern. Also auch dieser Gedanke ist nicht aus dem Kopfe des Herrn

Dr. Stresemann gekommen. Es ist nichts ungewöhnliches, daß gerade bedeutende Redner und, wie man sagt, „hurtige“ Intelligenzen keine Produzenten eigener Gedanken sind. So ist es auch mit dem Außenminister Herrn Dr. Stresemann. Man sieht ihn mit stets angespannter Aufmerksamkeit auf der Suche nach einem verwertbaren politischen Gedanken eines anderen, dessen Eigentumsrecht er dann durch häufigen politischen Gebrauch „ersitzt“. Es liegt eine ebenso ironische, wie unfreiwillige Komik in der Tatsache, daß der Außenminister Dr. Stresemann von dem Vertreter der britischen Regierung auf jenen Paktvorschlag desselben Cuno hingewiesen wurde, den er, Stresemann, nach sorgfältiger Vorarbeit gestürzt hatte, dann sich in seine Stelle gesetzt, dessen Politik er sabotiert hatte, um sie dann in einem für ihn gegebenen Augenblick als „nicht aktiv genug“ zu verwerfen.

Von selber verstand es sich, für Herrn Dr. Stresemann die englische Anregung auszuführen. Er würde nie auch nur daran gedacht haben, irgend eine Weisung, die von London oder aus den Vereinigten Staaten kam, zurückzuweisen oder unbeachtet zu lassen. Vielleicht hätte gerade er das auch gar nicht mehr wagen dürfen in Anbetracht des Verhältnisses, in welches ihn seine Politik den angelsächsischen Mächten gegenüber festgelegt hatte. Am 9. Februar 1925 richtete Herr Dr. Stresemann jenes „Memorandum“ an die Hauptmächte des Versailler Vertrags, in welchem er eine deutsche Bereitwilligkeit zu einem „Sicherheitspakt“ erklärte, dessen Hauptgrundlage die spontan freiwillige Anerkennung des Vertrages von Versailles, der Kriegsschuldlüge, die Anerkennung der deutschen Rheinlande als eines internationalen Interessengebiets und der bedingungslose Verzicht auf Elsaß-Lothringen, deutsche Garantie dieses alten deutschen Landes als französisches Gebiet, bildete. Der Außenminister Dr. Stresemann hatte nicht allein die Verhandlungen mit den Botschaftern bzw. Regierungschefs der anderen in Betracht kommenden Mächte ganz geheim gepflogen, sondern gab auch von seinem Memorandum monatelang nicht einmal den Mitgliedern des eigenen Kabinettes Kenntnis.

Hier stoßen wir wiederum auf jenen charakteristischen Zug der Politik und auch der Persönlichkeit des Herrn Außen-

ministers Dr. Stresemann. Den Gedanken des Pakts, mit allem, was er neuerdings nach angelsächsischen Wünschen in sich zu schließen hatte, ergriff Herr Dr. Stresemann schnell und freudig. Der erfahrene Konjunkturmann begriff sofort, welch eine Aussicht für ihn darin lag, mit einem Schlage der populärste Staatsmann in Europa und in den Vereinigten Staaten, außerdem geradezu das Palladium des internationalen, jüdisch geleiteten Weltkapitalismus und seiner Vertreter in aller Herren Länder zu werden. Denn sie alle wurden durch den Pakt in das politische und finanzielle Schlaraffenland versetzt. Das offizielle Deutschland, der Außenminister Dr. Stresemann, ließ ihnen die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Sie hatten nur nötig ihn aufzumachen und immer zu sagen, es sei noch zu wenig. Und das Beste: diese gebratenen Tauben kamen alle aus Deutschland, sie waren sämtlich deutsches Eigentum. Kurz, was wollte der Geist der „modernen Entwicklung" mehr? So hatte man sich die „Befriedung Europas", den „Frieden der Welt", die „Rettung der Zivilisation" und das Walten des Weltgewissens in kühnen Träumen vorgestellt. Und nun kam plötzlich die Verwirklichung ohne alles Zutun, ohne alle Unkosten, gratis und franko vom deutschen Außenminister Dr. Stresemann! Es war also in der Tat eine phänomenale Konjunktur für die Westmächte und die „Geldgeber der Welt" einerseits, den deutschen Außenminister Dr. Stresemann andererseits. Ganz entgegengesetzt stand es mit dem Interesse des Deutschen Reichs und Volks, und da ist wohl zu verstehen, daß der Außenminister Dr. Stresemann so lange seine Arbeit zu Ehren des Weltgewissens sorgfältig für die Deutschen geheim hielt, bis er glaubte, sie könne nur noch sehr schwer oder überhaupt nicht rückgängig gemacht werden.

Herr Dr. Stresemann hat nachher zur Begründung seines Schrittes zwei Gründe angeführt, die sich nicht recht miteinander vertragen. Zunächst sagte er: die Dawes-Gesetze hätten die Reparationsfrage gelöst, der Sicherheitspakt sei eine Fortsetzung dieser Politik und sein Ziel sei: die Sicherheitsfrage zu lösen. Später ließ der Außenminister hauptsächlich in seiner Presse erklären, England und Frankreich seien im

Begriffe gewesen, unter sich einen Sicherheitspakt ohne Deutschland, also gegen Deutschland zu schließen — da habe er, der Außenminister Dr. Stresemann mit schneller Entschlossenheit und rücksichtsloser Tatkraft eingegriffen und habe seinerseits einen Sicherheitspakt vorgeschlagen und Deutschland aus der furchtbaren Gefahr errettet.

In der Tat hätte es für Deutschland eine einzige Rechtfertigung für einen solchen Pakt, wie er im Oktober 1925 zu Locarno abgeschlossen worden ist, gegeben, nämlich das Vorhandensein einer tatsächlichen Notwendigkeit, eines unwiderstehlichen Zwanges. Die Intelligenz des Außenministers hat sich und ihn darüber sicher nicht getäuscht. Vielleicht hat er etwas zu spät daran gedacht, vor allem hat er nicht geglaubt, daß der britische Ursprung des Paktgedankens und damit des Memorandums, in Deutschland bekannt werden würde. Gerade dieses war der Todesstoß für die Legende von der Notwendigkeit: weil sonst die beiden Westmächte unter sich einen Sicherheitspakt ohne und gegen Deutschland geschlossen haben würden. Von vornherein freilich war diese Legende auf die deutsche Unkenntnis der politischen Vorgänge und die allgemeine Gleichgültigkeit diesen gegenüber berechnet gewesen. In Wirklichkeit war die Frage der sogenannten Sicherheit Frankreichs gegen deutsche Angriffe seit 1919 Gegenstand von Verhandlungen zwischen Frankreich einerseits Großbritanniens und den Vereinigten Staaten andererseits gewesen. Die angelsächsischen Mächte hatten keine Neigung gezeigt, die Stellung Frankreichs am Rhein für die Dauer zu garantieren, weil das ihnen abträglich und gefährlich sein würde, um so mehr, je länger es dauerte. Die Vereinigten Staaten hatten es leicht gehabt, die „Garantie" abzulehnen. Zwischen Paris und London dagegen wurden die Sicherheitsverhandlungen chronisch.

Darüber ist eine interessante und lehrreiche englisch-französische Dokumentensammlung herausgegeben worden. Sie zeigt auf der einen Seite das Streben der französischen Staatsmänner, Großbritannien für eine bedingungslose Garantie der Versailler Ostgrenzen Frankreich zu binden, auf der anderen die britische Abneigung eben hiergegen. Die letztere ist nicht allein ungemein begreiflich, sondern auch geschichtlich und überliefe-

rungsmäßig begründet und bekannt, so sehr, daß es um berlinisch zu reden, „allerhand" bedeuten will, wenn ein deutscher Außenminister die deutsche Öffentlichkeit glauben zu machen versucht: Großbritannien und Frankreich seien im Begriff gewesen, untereinander auf Kosten Deutschlands und gegen Deutschland einen Garantiepakt zu schließen, und dieser wäre ganz bedrohlicher Art gewesen. Darum Heil und Dank, Ehre und Bewunderung dem Außenminister Dr. Stresemann für die Rettung der deutschen Zukunft! Ganz kühne Propagandisten des Ruhmes des Herrn Außenministers erklären sogar, das Februarmemorandum habe dem drohenden Ausbruch eines neuen europäischen Krieges vorgebeugt, deshalb habe man nicht mit ihm warten können, und eben aus demselben Grunde sei auch die eigenmächtige und zunächst heimliche Behandlung des Memorandums nicht zu tadeln, sondern im Gegenteil höchsten Preises wert.

Keine dieser Legenden hat eine sachliche Grundlage, sie sind alle „teleologisch" aufzufassen, nämlich Zweckerzählungen zum Ruhme des Herrn Außenministers, zur Apotheose des Memorandums vom 9. Februar 1924.

Betrachten wir dieses Memorandum von einer anderen Seite: Der Außenminister erhält die Anregung durch den großbritannischen Botschafter. Er gibt ihr Folge, verfaßt das Memorandum und verschickt es an die Mächte. Die Kugel ist aus dem Laufe. Das bedeutet: Ein deutscher Außenminister bietet an, ohne jede politische Notwendigkeit, ohne daß eine Lebensgefahr für das Deutsche Reich ihn veranlaßte, ohne daß irgend eine Übermacht ihn zwänge, ohne daß die politische Lage entscheidende Schritte für Deutschland auch nur wünschenswert machte: freiwillige Anerkennung der Grenzen des Versailler Vertrages im Westen, eine internationale Garantie für das Rheinland, also die Verwandlung des Rheinlandes in ein neues Belgien, in dem er erklärte, Deutschland könne sich mit einem Pakt einverstanden erklären, durch den sich alle Mächte verpflichteten, keinen Krieg gegeneinander zu führen, — um Mißdeutungen vorzubeugen, sei hier ausdrücklich erklärt, daß weder der Verfasser dieser Schrift an einen von Seiten Deutschlands zu führenden Krieg denkt, noch sonst Angehörige

der völkischen Bewegung es tun. Der Vorschlag einer solchen Verpflichtung ist schon an sich von ungeheurer Tragweite, seine Verwirklichung vollends würde sogar der Weimarer Verfassung widersprechen und deren Änderung bedingen.

Das sind nur einige Punkte, auf die anderen werden wir noch zu sprechen kommen. Hätte das Memorandum nur das enthalten, und hätte dieses keine weitergreifenden Folgen in sich geschlossen, so würde es doch selbstverständliche Pflicht für einen deutschen Außenminister gewesen sein, schon den Plan eines Memorandums solchen Inhaltes den anderen Mitgliedern des Kabinetts mitzuteilen und sich ihrer Zustimmung zu vergewissern. Daß der Außenminister Dr. Stresemann dieses nicht getan hat, kann nicht auf dem Gedanken beruht haben, daß damit die gebotene Vertraulichkeit der Anfänge der Aktion gefährdet würden. Wie es mit der Frage der Diskretion stand, auch nach vielen früheren Erfahrungen vorausgesehen werden konnte, zeigt die Tatsache, daß das Stresemann'sche Memorandum und sein Inhalt der deutschen Öffentlichkeit, wie so oft in ähnlichen Fällen, aus der ausländischen Presse bekannt geworden ist. Diese war sehr schnell unterrichtet und in Berlin pfiffen es die Spatzen streng vertraulich von den Dächern. Nein, die Eigenmächtigkeit und Heimlichkeit führte sich darauf zurück, daß der Außenminister überzeugt gewesen ist, die übrigen Kabinettmitglieder würden für seinen Schritt nicht zu haben sein. So schuf er bewußt die vollendete Tatsache des Memorandums heimlich. Der Außenminister Dr. Stresemann ist sich keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen, daß sein Memorandum ungeheuer weittragende Folgen haben mußte, daß allein schon der freiwillige Verzicht auf Elsaß-Lothringen als ein Ereignis von höchster Bedeutung angesehen werden würde und es auch ist. Lloyd George sagte dazu in der Debatte des englischen Unterhauses am 27. Juni 1925: „es ist ein freiwilliges Angebot, niemals wieder diese Grenze in Frage zu stellen. Das ist ein unschätzbares Angebot, es ist dasselbe, als wenn Frankreich sieben Jahre nach seiner Niederlage im Jahre 1871 freiwillig auf Grund eigener Entschließung und nicht unter Zwang, gekommen wäre und zu Deutschland gesagt hätte: „Wir sind gewillt, diese Grenze anzunehmen und sie nicht in

Frage zu stellen und wir bieten Euch einen Pakt auf dieser Grundlage an!" — Frankreich hat immer gesagt, daß es gezwungen war, den Vertrag von Frankfurt zu unterschreiben, Deutschland könnte sagen, daß es gezwungen wurde, den Vertrag von Versailles zu unterschreiben. Aber dies hier ist etwas, was aus Deutschlands eigenem freien Willen geschehen ist."

Ob Lloyd George wußte, daß die Anregung dazu von der Regierung Chamberlain und von dessen Vertreter Lord d'Abernon gekommen war, bleibe dahingestellt, ist auch in diesem Zusammenhange nicht von besonderer Bedeutung. Hier kommt es an auf Hervorhebung der unerlaubten, leichtfertigen Eigenmächtigkeit des Außenministers Dr. Stresemann. Es ist selbstverständlich, daß eine Kundgebung von solcher Wichtigkeit an andere Regierungen nur unter gewissen Schwierigkeiten wiederrufen oder zurückgenommen werden kann. Ohne Rücktritt des betreffenden Ministers oder des ganzen Kabinetts geht es nicht ab. Je mehr diplomatische Unterhaltungen usw. sich anschließen, durch Äußerung der anderen Regierungen, durch deutsche Rückantworten, durch mündlichen Meinungsaustausch zwischen Ministern und Botschaftern in den Hauptstädten, durch Durchsickern in die Öffentlichkeit, desto mehr wachsen die Hindernisse für einen Entschluß, etwa den Schritt wieder zurückzumachen. Unter dem Gesichtspunkt dieser Berechnung stand das Vorgehen Dr. Stresemanns. Er sah vom Augenblick an, als er die Anregung Lord d'Abernons erhalten hat, seine Konjunktur, seine glänzende persönliche Konjunktur: so konnte er Dr. Stresemann zum Mittelpunkt einer großen europäischen Aktion und Umwälzung der Verhältnisse, so konnte der Beginn einer neuen Epoche in Europa im Zeichen des Namens Stresemann stehen. Ist dieses Urteil nicht doch ungerecht? nein, das ist es nicht, aber es bedarf vielleicht einer Ergänzung. Sie liegt in der Wiederholung des in dieser Schrift angeführten Leitmotivs der Anschauung und der Politik Herrn Dr. Stresemanns: Hilfe könne Deutschland nur von außen kommen; diese Hilfe sei nur bei dem internationalen Weltkapital zu finden. Dr. Stresemann als Vertreter der Anschauung aus den Dawes-Gesetzen, daß die internationale Versklavung Deutschlands, daß seine Internationalisierung den „Weg ins Freie" und die Freiheit bedeute,

hat diesen Weg schon während seines „Ruhrkampfes" beschritten und seitdem zielbewußt verfolgt. Die Hilfe von außen waren die Kredite, die Kredite bedeuteten die Dienstbarkeit des Schuldners dem Gläubiger gegenüber und seiner Enteignung. Die Kredite waren nicht gekommen, die Gläubiger der Welt stellten sich auf den Standpunkt, die Verwirklichung des Dawes-Planes sei ein Anfang. Solange aber noch Kriegsmöglichkeiten in Europa, besonders zwischen Deutschland und den Westmächten, beständen, sei nicht genügende Sicherheit für das geliehene Geld vorhanden. So betrachtet, konnten Dr. Stresemann und seine Anhänger sagen, daß der Dawes-Plan und der Sicherheitspakt in folgerichtigem Zusammenhange miteinander ständen. Die Londoner Politik ist mit der Dawes-Politik ebenso eng verbunden wie die Valuta des englischen Pfundes mit der Wall Street zu New-York und so ist der Zusammenhang zwischen dieser berühmten Straße, der Anregung Lord d'Abernons in der Wilhelmstraße und dem darauf einsetzenden Vorgehen Stresemanns vollkommen klar. Die einzige Beziehung, die wir Deutschen vergeblich suchen, ist die zu einer deutschen Unabhängigkeitspolitik, aber das ist natürlich Nebensache, hat auch nichts zu suchen wo „Menschheit" und „Weltgewissen" sich zum Weltgeschäft und Geldgeschäft selbstlos vereinigt haben. Im Grunde sind alle dasselbe Wesen, dieselbe Macht, vielgestaltig und vielnamig, wie Jahve.

Will man sich gleichwohl auf einen deutschen Standpunkt der Beurteilung stellen, so ist der Ausdruck „oberflächlich und leichtfertig" für das Februarmemorandum, den wir damals gebraucht haben, sehr milde zu nennen, geht auch nicht ganz auf den Grund. Er zieht nicht in Betracht, daß der Außenminister Dr. Stresemann bewußt und zweckvoll das Unternehmen einleitete und förderte. Inwieweit dabei noch andere Kräfte beteiligt gewesen sind, mag dahin gestellt bleiben.

Der Notenwechsel zwischen den Westmächten und der deutschen Regierung folgte im Laufe des Frühsommers und Sommers 1925. Die Haltung des Außenministers Dr. Stresemann dabei zu verfolgen, ist von außerordentlichem Interesse. Der

Außenminister mißbrauchte während der Ruhrdebatte im Reichstage einmal das Wort Goethes von der „Nachgiebigkeit bei großem Willen" für sich bzw. seine Politik. In der öffentlichen Erörterung, die sich in Deutschland an den Inhalt des Memorandums knüpften, hob die Stresemann'sche Presse hervor, was Deutschland damit im Westen aufgäbe, sei eigentlich ohnehin verloren. Man müsse nach Westen Ruhe schaffen, um im Osten freiere Hand zu haben. England sei auch dieser Ansicht. England würde für die Polen, auch politisch, keinen Finger rühren. Der Stresemann'sche Paktvorschlag würde also zu einer Beseitigung der unnatürlichen und gefährdeten Stellung Polens und der Versailler Grenzen im Osten führen. Welch' ein genialer Schachzug des Außenministers Dr. Stresemann! — so ging es durch die deutsche Öffentlichkeit, — und noch dazu sich Englands mächtigen Beistand dafür gesichert zu haben! Der Reif in der Frühlingsnacht ließ nicht lange auf sich warten. Aus Frankreich kam ein Trommelfeuer schroff abweisender öffentlicher Äußerungen, mit dem Schlagwort: „Frieden am Rhein — Frieden an der Weichsel": Frankreich denke nicht im entferntesten daran, den ebenso treuen wie wertvollen polnischen Bundesgenossen im Stich zu lassen. Überdies scheine man in Berlin zu vergessen, daß die durch den Versailler Vertrag festgelegten neuen Grenzen Polens nicht allein eine Forderung der Gerechtigkeit für das polnische Volk erfüllten, sondern ganz wesentlich eine Garantie der Erhaltung des neuen Europas und eines gerechten Friedens bedeuteten. Für Frankreich bilde das neue Polen allein einen unschätzbaren Faktor der Sicherheit für Erhaltung des Friedens, aber auch einen Machtfaktor gegen Deutschland im Falle eines europäischen Krieges. Überdies werde Frankreich bei aller Bereitwilligkeit, einen Pakt zu weiterer Sicherung des europäischen Friedens einzugehen, sich auf Verhandlungen nur unter den selbstverständlichen Voraussetzungen bereit finden lassen, daß die bestehenden internationalen Verträge unangetastet blieben. Im besonderen der Vertrag von Versailles sei für Frankreich nach wie vor die unantastbare Grundlage des gesamten Zustandes in Europa. Deutschland habe sich das gefälligst klar zu machen.

Von der anderen Seite der Nordsee her aber kommt prompt in Presse und durch Ministermund die Feststellung: selbstverständlich denke Großbritannien nicht im entferntesten daran, den Vertrag von Versailles anzutasten oder in irgend einer Form und Weise eine Änderung des Gebietszustandes im europäischen Osten zu fördern oder auch nur zuzulassen. Die naive Berechnung der Berliner Wilhelmstraße war rauh und rücksichtslos durchstrichen worden. Die deutsche Öffentlichkeit mußte bei dieser Gelegenheit so weit sie jedenfalls des näheren unterrichtet war, die wenig erfreuliche Tatsache feststellen, daß Herr Dr. Stresemann angeregt, richtiger: beauftragt vom großbritannischen Botschafter sein Memorandum gemacht und versandt hatte und daß in einem der Hauptpunkte: der Ostfrage die britische Regierung den entgegengesetzten Standpunkt öffentlich einnahm gegenüber den Äußerungen, die der britische Botschafter zu Berlin vertraulich dem Auswärtigen Amt als die seinen entwickelt hatte. Wer die Handhabung der britischen Politik kennt, weiß, daß diese Methode der Arbeitsteilung keineswegs ungewohnt ist, sondern im Gegenteil sehr beliebt und praktisch: der Botschafter gibt seine Ratschläge unter dem Siegel strengster Vertraulichkeit, die britische Regierung stellt sich öffentlich auf den entgegengesetzten Standpunkt. Der Botschafter hat seine Aufgabe erfüllt, den deutschen Außenminister zum Paktvorschlag zu veranlassen, die britische Regierung erreicht ihren Zweck, jede lästige Verpflichtung abzulehnen, ohne den Botschafter bloßzustellen — der ja nur im Auftrage der Regierung gehandelt hatte — und erreicht den weiteren Zweck, Frankreich zu beruhigen und damit zugleich den Boden für ein enges Zusammengehen in der kommenden so wichtigen Periode herzustellen und — schließlich ohne die froh vertrauende Hoffnungsfreudigkeit der Wilhelmstraße zu stören. Alles in Allem eine Diplomatie, deren Methode und Erfolg das Prädikat I a verdient. Der „Aktion" des Außenministers, Herrn Dr. Stresemanns, ist, von einem d e u t s c h e n Standpunkt geurteilt, leider, ein gleiches Zeugnis nicht zuzusprechen. Oder doch? Vielleicht von seinem eigenen persönlichen Standpunkt. Versuchen wir, diesen zu bezeichnen! Vielleicht gelingt das am besten an der Hand des Goethe'schen Mottos, das Herr Dr. Stresemann sich stolz be-

scheiden schon während seines „Ruhrkampfes" zu eigen gemacht hatte: Nachgiebigkeit bei großem Willen. Die Frage ist nur dabei, in welcher Beziehung und in welchem Verhältnis der Stärke und der Qualität der große Wille und die Nachgiebigkeit zueinander stehen. Die Art des großen Willens des Herrn Außenministers Dr. Stresemann haben wir bereits kennen gelernt, das hohe Ziel internationaler deutscher Schuldknechtschaft zu sichern und dadurch dem Weltgewissen ein geduldiges und genügsames Wertobjekt zu werden, an dessen notdürftiger physischer Erhaltung sie ein Interesse nehmen. Was hatten denn, was haben die Hüter des internationalen Finanzkapitals für ein Interesse am Pakt? oder zunächst besser gefragt: was für ein Interesse bekunden sie? Sie hielten den Leitern der deutschen Regierung den Kreditköder vor: wir wollten Euch ja gerne schon im vorigen Jahre nach der Bewilligung der Dawes-Gesetze größere Kredite zukommen lassen. Aber die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich ist immer noch vorhanden und so groß, daß wir unser Geld nicht riskieren können. Schließt ihr dagegen den Pakt mit Frankreich so liegen die Dinge mit einem Schlage anders! — Da der „große Wille" des Außenministers Dr. Stresemann auf die „Hilfe von Außen" gerichtet ist, so liegt folgerichtig die zum großen Willen gehörige Nachgiebigkeit in der Linie alles dessen, was der große uneigennützige Helfer, der jüdisch geleitete Finanzkapitalismus, verlangt oder verbietet. Hält man diesen klaren Zusammenhang fest, so bedarf es weiter gar keiner Erklärung, weshalb Herr Dr. Stresemann französische Nackenschläge und britische Zurückweisungen in dankbarer Zufriedenheit ertrug: Pakt ist Pakt, nach der Inflationsmoral: Mark ist Mark!

Hier sind einige Worte über die Ostfrage am Platz.

Die Verträge von Locarno geben nicht die geringste Aussicht auf eine Änderung der deutschen Ostgrenzen. Trotzdem dauert das Gemunkel der deutschen Locarno Presse über: friedliche Neugestaltung im Osten, gütliche Vereinbarung, allmählicher Sieg des Rechts, Platzgreifen der politischen Vernunft usw. fort. Immer von neuem läßt man durchblicken, vielleicht durch langsam wirkende, britische und amerikanische Hilfe werde

man im Osten, wenn nicht vollständig zum Ziele gelangen, so doch zu einer steigend besseren Lage, selbstverständlich werde der Korridor verschwinden, und sei Deutschland erst im Völkerbunde, so werde sich auch das andere, z. B. mit Danzig, finden. Der „Geist von Locarno" müsse sich erst auswirken. Die jetzt unter Vortritt Stresemann-Deutschlands einsetzende, neue schönere Weltepoche könne erst allmählich den nationalistischen Geist durch den Menschheitsgeist überwinden. Es sei im übrigen nicht zu bezweifeln, daß Frankreich, wenn es zum guten Willen Deutschlands im Westen erst festes Vertrauen gewonnen habe, sein Interesse an Polen, im Sinne eines französischen Bundesgenossen verlieren werde. Also: wartet nur ab, laßt unseren Stresemann Deutschland nur erst einmal in den Völkerbund gebracht haben! Alles in allem: Herr Dr. Stresemann und alles, was politisch unter diesem Namen zu verstehen ist, legen den größten Wert darauf, dem deutschen Volke geheimnisvoll andeutend, — in Deutschland ist man ja gerade dafür so kindisch begierig zugänglich — den Gedanken einzupflanzen — der Herr Außenminister Dr. Stresemann werde schon für bessere Verhältnisse im Osten sorgen; wie? das sei natürlich sein Fabrikgeheimnis. Wie oft habe er auch schon mannhaft öffentlich verkündet, daß Deutschlands Ostgrenzen unerträglich seien.

Nun ist leider der Außenminister an der folgenden wichtigen, epochemachenden Tatsache des vergangenen Sommers vorübergegangen, ohne auch nur mit einer Silbe darauf einzugehen, obgleich er völkischerseits im Reichstage und in der Presse darauf angesprochen worden ist. Das ist der jüdisch-polnische Pakt vom Sommer 1925. Derselbe wurde geschlossen zwischen dem Jüdischen Klub in Polen, unter Führung des Senators Reich, mit dem polnischen Ministerpräsidenten Grabski. Am 4. Juli fand die entscheidende Unterredung statt, welcher längere Verhandlungen vorangegangen waren. Die beiden ersten Artikel des Paktes hatten den folgenden Inhalt:

Die Juden legen eine feierliche Erklärung über ihren staatsbejahenden polnischen Standpunkt ab und verpflichten sich, den Grundsatz der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen des politischen Staats zu verteidigen.

Die Juden werden eine polnische Propaganda in Europa und Amerika führen, die jüdischen internationalen Organisationen, sowie die jüdische Auslandspresse werden, jede auf ihrem Forum, die sachlichen und begründeten Ansprüche des polnischen Staats verteidigen. Die Juden verpflichten sich, polnische Wünsche hinsichtlich auswärtiger Anleihen usw. zu unterstützen.

Der Jüdische Klub in Polen, wo drei Millionen Juden wohnen, ist nicht allein an sich eine mächtige Organisation, sondern er ist, wie kaum gesagt zu werden braucht, ein organisches Glied der jüdischen Weltorganisation. Für die gesamte Judenheit war dieser Pakt ein Ereignis von höchster Bedeutung und schon seit Jahren durch finanzielle und wirtschaftliche Druckmittel auf Polen von Amerika und Großbritannien aus angestrebt worden. Die judengegnerische Bewegung in Polen ist bekanntlich stark und war früher oft auch durch die polnischen Regierungen aktiv vertreten worden. In dem Pakt verpflichtete sich die polnische Regierung, zur Bekämpfung des „Antisemitismus" und zur Annahme aller jüdischen Wünsche in Polen. Die Nachricht der Vollziehung des Paktes rief in der Weltjudenpresse mit Recht höchste Befriedigung und in Amerika und England die Versicherung hervor, jetzt würden die polnischen Juden treue Bürger ihres Staates werden, und die jüdische Weltfinanz könne nun Polen mit gutem Gewissen ihre Hilfe leihen.

Seine große Bedeutung für Deutschland gewann der jüdisch-polnische Pakt in Verbindung mit der genialen Westpaktpolitik des Herrn Außenministers Dr. Stresemann: die angelsächsischen Regierungen und Vertreter des jüdisch geleiteten Finanzkapitalismus regen die Stresemannsche Paktpolitik an und suggerieren ihm zuversichtliche Hoffnungen auf Grenz- und Gebietsänderungen im Osten. Dieselben Mächte und Kreise bringen zugleich durch den jüdisch-polnischen Klub den dortigen Pakt zum Abschluß, der in seinen ersten Artikeln dem polnischen Staat seine durch den Versailler Vertrag bestimmten Grenzen feierlich garantiert und eine Weltpropaganda für Polen, für „die sachlichen und begründeten Ansprüche des polnischen Staates" gelobt. Das heißt: Deutschland und seine

Regierung wurden in die Sicherheitspaktpolitik durch die Aussicht auf östliche Verbesserungen hineingelockt, während man ihm gleichzeitig ausdrücklich durch den jüdisch-polnischen Pakt die Möglichkeiten im Osten noch fester verbaute, als bisher. Ein politisch-diplomatisches Manöver großen Stils, das muß man sagen! Bei solchen Manövern muß immer irgendwo ein Dummer sein. Wir brauchen kaum zu sagen, daß diese erhabene Rolle wieder von Deutschland gespielt wird.

Der Außenminister Herr Dr. Stresemann ist über die Macht des Judentums in der Welt genau unterrichtet. Er betrachtet es als diejenige Kraft, durch welche Deutschland wieder „gesunden“ und „ins Freie“ gelangen soll. Der Außenminister Dr. Stresemann ist, wie man nach seinen persönlichen und politischen Beziehungen zum Judentum und seiner amtlichen Stellung ohne weiteres anzunehmen berechtigt ist, über die jüdisch-polnischen Paktverhandlungen und ihr Ergebnis auf dem Laufenden gewesen. Er mußte politisch ohne weiteres den Schluß ziehen, daß die jüdische Weltmacht sich hiermit feierlich und öffentlich für die Versailler Grenzen Polens, für die Erhaltung des Korridors, für den Anspruch auf Danzig einsetzte. Nicht um der schönen Augen Polens willen, sondern einmal für die Stellung der drei Millionen Juden in Polen, mit anderen Worten: der Herstellung und Befestigung des beherrschenden jüdischen Einflusses in Polen, ferner der Vermeidung einer jüdischen Massenauswanderung aus Polen, die sich nach den Vereinigten Staaten richten und dort Verstärkung des Antisemitismus zur Folge haben müßten. Schließlich bildet diese Polenpolitik der jüdischen Weltorganisation eine konsequente Fortsetzung der Bestrebungen des Weltjudentums gegen alle Ziele einer wirklichen deutschen Unabhängigkeit und eine Festigung der deutschen Stellung.

Für die Haltung des Außenministers Dr. Stresemann gibt es nur zwei Erklärungen: entweder er hat sich an der Nase führen lassen, indem er sich durch betrügerische vorgespiegelte Osthoffnungen zum Westverzicht bringen ließ, ohne rechtzeitig zu begreifen, daß in demselben Augenblick der jüdisch-polnische Pakt die Tür nach Osten vollends zuschlug, — oder der

Außenminister ist sich über die Lage klar gewesen, hat selbst die Osthoffnung nur als Vorspiegelung für das deutsche Volk gewählt, damit er im Dienste des Weltgewissens seinen Westpakt zustande bringe. Angesichts der Intelligenz des Ministers und der Unmöglichkeit, daß er nicht völlig informiert gewesen sein könne, erscheint als sicher, daß die zweite Annahme zutrifft: daß dem Außenminister Herrn Dr. Stresemann alles andere im Osten und Westen gleichgültig ist, im Vergleich zu seinem Bestreben, durch den Westpakt die weltkapitalistische Eingliederung Deutschlands, als Unterabteilung des Rayons „Westeuropa" zu erreichen. Das Beispiel des jüdisch-polnischen Paktes ist überaus drastisch und vielleicht geeignet, wenigstens einem Teil des deutschen Volkes die Augen zu öffnen über die Mittel und Ziele des Mannes, in dessen Händen Geschick und Zukunft des Deutschen Reichs und Volks unglücklicherweise liegen. —

Die Stresemannsche Diplomatie in Verfolg des Memorandums vom 9. Februar zeigt das gleiche Bild: im Juni 1925 hatten die britische und die französische Regierung eine längere Antwortnote gesandt, und darin in den Vordergrund gestellt: der Versailler Vertrag bleibt selbstverständlich Grundlage, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund sei Bedingung des Abschlusses des Paktes. Die deutsche Regierung antwortete ausführlich, hatte nur hinsichtlich der französisch-englischen Ansichten über Schiedsverträge einen anderen Standpunkt. Es würde im übrigen nicht hierher gehören, darauf einzugehen.

Nur über die Methodik des Herrn Dr. Stresemann muß auch in diesem Zusammenhange etwas gesagt werden:

Er begünstigte in der Öffentlichkeit und besonders der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber die Auffassung, daß diese deutsche Note noch nicht zu den eigentlichen Verhandlungen gehöre, sondern den Charakter einer Zwischennote, einer diplomatischen Vorbesprechung vor den eigentlichen Verhandlungen besitze. Völkischerseits ist mit möglichstem Nachdruck und dringend hervorgehoben worden, daß jene deutsche Note nicht nur einen weiteren formal sehr wichtigen Schritt in den offiziellen, längst im Gang befindlichen Verhandlungen bedeute, sondern daß man aller Wahrscheinlichkeit nach wieder einem großen

Scheinmanöver gegenüberstehe. Gewiß, die deutsche Note, „ein diplomatisches Meisterwerk" wurde sie von der Stresemannschen Anhängerschaft genannt, äußerte allerhand Einwendungen gegenüber der französisch-englischen Note. Aber es blieb unverkennbar, daß es sich dabei nur um ein Oberflächengekräusel handelte und auch nur handeln sollte. Daß dieses Scheingefecht in der Hauptsache den Zweck verfolgte, die öffentliche Meinung in Deutschland zu fangen, indem man ihr den Anschein vorhielt, Herr Dr. Stresemann kämpfe einen tapferen deutschen Kampf und erringe gewaltige Vorteile, — machte besonders die Haltung der amerikanischen und englischen Presse ganz sicher. Für sie stand seit dem Stresemannschen Memorandum unverrückt fest, daß der Sicherheitspakt als vollendete Tatsache zu betrachten sei. Noch dies und das könne in Nebenpunkten hier und da beanstandet oder geändert werden, aber die Sache sei fertig. Woher diese Zuversicht und Sicherheit? Die Antwort ist die alte: das Weltgewissen der Wall Street wollte, daß Deutschland den Pakt schlösse. Mochten deutsche Diplomaten versuchen, nebenbei noch irgend etwas herauszuschlagen, so blieb ihnen das unbenommen, — aber der Pakt, der Westpakt auf Grund deutschen Verzichtes und deutscher Preisgabe, der durfte nicht in Frage gestellt und gefährdet werden.

Wenn der Außenminister Dr. Stresemann und seine Leute also tiefernste Einwendungen machten, mannhaft erklärten: dies oder das werden wir uns nicht gefallen lassen, auch ist ja noch nichts festgelegt, wir sind vollkommen frei! — so war und ist dieses Verhalten am besten vergleichbar mit einem Pferde, das im Kreise läuft und allerhand mutige Kapriolen macht, um nach außenhin den Schein zu erwecken, als ob es frei wäre. Dabei läuft es an der Longe und weiß, daß die lange Peitsche des Dresseurs und sein aufmerksames Auge jeden falschen Schritt zu „korrigieren" bereit sind, auch wenn ein solcher, wie im Falle Stresemann natürlich allein in Betracht kommt, einen Fehltritt bei bestem Willen bedeutet.

Noch plumper und unverantwortlicher wurde der hochgebildete Michel vom deutschen Außenminister irregeführt, als die Westmächte nach befriedigtem Empfang der deutschen

Antwortnote jene Konferenz der Juristen in London einberiefen. Wiederum erklärte der Außenminister, daß es sich nur um unverbindliche Vorbesprechungen handle. Der juristische Vertreter des Auswärtigen Amtes werde lediglich informatorisch tätig sein, das heißt auf deutsch: sich nur über die Auffassungen der englischen, französischen und belgischen Regierungsjuristen unterrichten. Tatsache ist dagegen, daß nach Beendigung dieser Konferenz die verschiedenen juristischen Vertreter ihren Regierungen den fertigen Paktentwurf nach Hause brachten. Die Behauptung, jene Konferenz sei rein juristisch, war mithin auch unwahr, denn die Juristen mußten zu der Tätigkeit, die sie tatsächlich in London geübt haben, sehr weitgehende politische Instruktionen und Weisungen von ihren Außenministern, auch „ungeschriebene" Vollmachten und Paktentwürfe, mitgebracht haben.

Die britische und französische Presse schrieb: in Wirklichkeit sei zu London alles ganz festgelegt worden, die kommende Konferenz bedeute nur eine Formalität.

Die deutsche Öffentlichkeit war durch den Außenminister Dr. Stresemann wieder hinters Licht geführt worden. Das galt ganz besonders für die Deutschnationale Volkspartei. Sie hatte, als die Einladung nach Locarno erfolgt war, Mitte September 1925, wenige Tage nach der „Juristensitzung" in London, dem Außenminister eine Reihe von Bedingungen vorgelegt, die durchgesetzt werden müßten, wenn sie, die Deutschnationalen, für den abzuschließenden „Sicherheitspakt" stimmen sollten. Tatsächlich war nun in London alles festgelegt worden, was den Außenminister Dr. Stresemann freilich nicht hinderte, mit ernster Miene die deutschnationalen Bedingungen entgegenzunehmen und zu erklären: selbstverständlich müßten diese durchgesetzt werden (Beseitigung der Militärkontrolle, Revision der Rheinlandakte, Erleichterungen in den besetzten Gebieten, endliche Räumung der Kölner Zone, Ablehnung der Luftfahrnote, Verkürzung der Besatzungsdauer in den anderen Zonen). Es bleibt schwer begreiflich, wie die Deutschnationale Volkspartei hat glauben können, daß der Außenminister diese ihre Bedingungen Ernst nehmen werde, denn, wie gesagt, war alles fest abgemacht hinter den Kulissen, wie in der Weltpresse trocken besprochen

wurde und der gegenüber nur deutsche Parteien den Kopf in den Sand steckten. Was konnte dem Außenminister erfreulicher sein, als eine solche Erleichterung seiner Tätigkeit! Er und der Reichskanzler Dr. Luther traten Mitte September die Reise nach Locarno an. Mit das erste, was von dort mitgeteilt wurde, war die Nachricht, die Delegierten der Großmächte hätten jene Vorbedingungen gleich als „Nebenfragen" beiseite geschoben.

Dr. Stresemann, der an diesem Gang der Dinge sicher von vornherein nicht gezweifelt hatte, schwieg dazu, und so begannen hinter verschlossenen Türen die Besprechungen zu Locarno. Was fochten ihn diese Dinge an, in dem Augenblick, wo „sein" Sicherheitspakt, — der vom britischen Botschafter inspirierte — im Spiel war! Er dachte sich: erreichen wir etwas im Sinne der deutschnationalen „Bedingungen" — gut! Erreichen wir nichts — auch gut! Das wußten ebenso genau die fremden Staatsmänner. So erklärten sie einfach: jene Bedingungen wegen Räumung, Militärkontrolle usw. seien Nebenfragen und dürften den feierlichen Augenblick, der jetzt nahte, nicht verdunkeln.

Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr dann plötzlich, die beiden deutschen Delegierten Stresemann und Luther hätten die Locarnoverträge bereits paraphiert, d. h. mit ihren Namenszeichen versehen, unter gleichzeitiger Garantie, daß die Verträge somit unabänderlich („ne varietur") festgelegt worden seien. Vor der Reise hieß es anders: die Delegierten werden Regierung und Parlament nicht festlegen, keinen unabänderlichen Zustand schaffen! — Dieses unerhörte Verhalten der Delegierten Stresemanns und Luthers hatte den Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung zur Folge.

Uns kommt es nicht auf eine politische Geschichtsschreibung an, sondern auf die Kennzeichnung des Außenministers Dr. Stresemann: sein Verhalten vom Februar-Memorandum bis zu Locarno steht im Zeichen des schlechten politischen Gewissens: heimlich schickte er das Februar-Memorandum an die Mächte, ohne auch nur das eigene Kabinett zu unterrichten, um eine vollzogene Tatsache zu schaffen, und zwar in einer Angelegenheit, die für das gesamte Volk und Land von unabsehbarer Trag-

weite war. Heimlich ließ er auf der sogenannten Juristenbesprechung in London die späteren Locarnogesetze so festlegen, daß er sich den anderen Mächten gegenüber band, während er dem Kabinett und dem Reichstag gegenüber das Gegenteil versicherte. Und nun in Locarno das gleiche unverantwortliche Spiel!

Fassen wir das Ereignis von Locarno kurz zusammen. Im Namen und auf Kosten des ahnungslosen deutschen Volkes gab der Außenminister Dr. Stresemann den Westmächten:

Freiwillige Anerkennung des Versailler Vertrags und damit auch seiner Grundlage der Schuldlüge, daneben ausdrücklichen freiwilligen Verzicht auf Elsaß-Lothringen, vertragliche Verpflichtung Deutschlands, Elsaß-Lothringen als zu Frankreich gehöriges Gebiet zu behandeln. Laut diesem Vertrage können Frankreich und die anderen Vertragsmächte von Deutschland verlangen, daß es z. B. auch elsaß-lothringischen Selbständigkeitsbestrebungen entgegentritt und sagt: Ihr seid Franzosen und sollt es bleiben. Eine ungeheuerliche Tatsache für einen Außenminister des Deutschen Reichs.

Freiwillige Anerkennung der „Entmilitarisierung" des deutschen Rheingebiets in Breite von fünfzig Kilometern an jeder Seite des Rheinstromes. Die Entmilitarisierung wurde, wohl gemerkt, nur auf dem deutschen Gebiete festgelegt, nicht da, wo das französische Gebiet an den Rhein herantritt. Das war die Verwirklichung jener unscheinbaren Wendung im Februar-Memorandum, von den „am Rhein interessierten Mächten". Die deutsche Öffentlichkeit hat anscheinend auch heute die volle Tragweite gerade dieses ungeheuerlichen Zugeständnisses noch nicht erfaßt. Sie bedeutet: die politische, wirtschaftliche und militärische Internationalisierung der deutschen Rheinlande und des deutschen Rheinstroms. Das heißt: die Unterzeichnermächte der Locarnoverträge haben seitdem ein vertragliches Recht, die deutschen Rheinlande politisch, wirtschaftlich und militärisch als ein Gebiet für Betätigung und Geltendmachung auch ihrer Interessen zu behandeln. Mit anderen Worten: das freiwillige, aus der Initiative Stresemanns (auf Veranlassung des großbritannischen Botschafters) hervorgehende Angebot bedeutet eine neue schwere Beeinträchtigung der Souve-

ränität des Deutschen Reichs in den Rheinlanden. Die Unterzeichnermächte von Locarno sind die eigentlichen vertragsmäßigen Souveräne der deutschen Rheinlande, und die Rheinländer können singen „Mindrer des Reichs zu sein, heil, Stresemann, dir". Dabei erklärte der Außenminister: „Die positive Sicherung des Rheinlandes ist vom deutschen Standpunkt aus einer der großen Gedanken des Sicherheitspakts". Als ob ein Gebiet positiv gesichert wäre, wenn man es internationalisierte! Der polnische Außenminister erklärte sogleich, „der Rheinpakt darf nicht einen eisernen Vorhang bilden, der Frankreich von seinen polnischen und tschechischen-slowakischen Verbündeten trennt". Die Entmilitarisierung der Rheinzone verbietet Deutschland, innerhalb derselben irgendwelche militärische oder Polizeikräfte zu unterhalten. Heute, Ende 1927, stehen in dem entmilitarisierten Gebiet die feindlichen Truppen, und aus Frankreich ist noch neulich die Versicherung gekommen, sie würden während des nächsten Jahrfünfts dort bleiben. Selbst wenn aber die Gebiete dann oder früher militärisch geräumt werden, so würde darin ein Schutz für Deutschland und das Rheingebiet keineswegs liegen. Reden könnte man davon bis zu einem gewissen Grade, wenn etwa fünfzig Kilometer deutsches Gebiet und auf der anderen Seite etwa fünfzig Kilometer französisches Gebiet entmilitarisiert wären. So richtet sich dieser ganze Teil des Locarnovertrages ausschließlich gegen Deutschland und legt das deutsche Rheingebiet mit seinen Städten und Menschenleben, seiner Wirtschaft, seiner Industrie und seinen Bodenschätzen wehrlos vor Frankreich hin.

Ein halbes Jahr nach Locarno sagte der französische Außenminister Briand in einer großen Rede vor der Deputiertenkammer: „Und was unsere Grenze anlangt, — wie ist sie in Zukunft gesichert? Durch das Spiel einer internationalen Garantie. Der Rhein wird die internationale Grenze. Hier ist die Wahrheit!"

Man kann dem französischen Minister sein Triumphgefühl nicht verdenken. Welch schneidender Hohn auf den von allen Deutschen mit Gefühl und Begeisterung gesungenen alten Vers: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein!", und auf den Spruch Ernst Moritz Arndts: „Der Rhein, Deutschlands

Strom, nicht Deutschlands Grenze!" Hätte der Vertrag von Versailles die Internationalisierung der Rheinlande auferlegt, so wäre die Empörung in Deutschland grenzenlos gewesen; man hätte das Interesse der Feinde an einem solchen Akt nur zu gut begriffen. Nun hat der deutsche Außenminister Herr Dr. Stresemann die Internationalisierung des deutschen Stroms und seiner Ufergebiete den Feinden freiwillig angeboten, sie haben es freudig triumphierend angenommen, und die deutsche Bevölkerung hat sich durch seine Phrasen über die furchtbare Bedeutung des Zugeständnisses hinwegtäuschen lassen; hoffentlich nicht für immer!

Die Illusion Stresemanns: durch Zugeständnisse nach Westen würde Deutschland bessere Grenzbedingungen nach Osten erreichen, waren schon vor Locarno im Sommer 1924, von London und Paris aus rauh abgewinkt worden. Die Locarnoverträge vollends verschlechterten sogar noch den bisherigen Zustand. Frankreich legte zu Locarno je einen Vertrag mit Polen und der Tschechoslowakei fest, durch den es diesen beiden Staaten ihren Gebietsstand, ihre Grenzen garantiert, wie umgekehrt die beiden Oststaaten sich zur Hilfe an Frankreich verpflichten. Laut diesen Verträgen wird Frankreich Polen und der Tschechoslowakei unverzüglich zu Hilfe eilen, wenn sein „Ermessen" so will. Das bedeutet mit anderen Worten: sobald Frankreich, Polen und die Tschecho-Slowakei es politisch für zweckmäßig halten, schaffen sie eine Lage und setzen einen Anlaß in Szene, der einen Streitfall Deutschlands z. B. mit Polen akut werden läßt. Polen z. B. schafft einen blutigen Grenzzwischenfall, schreit: Deutschland greift mich an! — dann ist Frankreich unter vertraglicher Zustimmung Deutschlands berechtigt, durch die entmilitarisierte Rheinzone in deutsches Gebiet einzurücken und den Kriegsfall gegen Deutschland zu erklären. Oder aber in einem polnisch-russischen Konflikt marschiert Frankreich durch Deutschland hindurch, um den Bundesgenossen zu helfen. Durch diese beiden Garantieverträge hatte sich der Außenminister Dr. Stresemann in Locarno vollkommen überraschen lassen. Aber: alles einerlei, — er hatte ja nichts dagegen, — wenn er nur seinen Pakt bekam.

So waren die östlichen Versailler Grenzen durch den

„Sicherheitspakt" des Außenministers Dr. Stresemann nicht nur aufs neue festgelegt, und machtpolitisch verbürgt, sondern sie wurden dadurch zu offensiver Drohung gegen Deutschland, gegen den deutschen Boden.

Ja die Sicherheit! Erinnern wir uns, wie Stresemann sich in dem Schlagworte gefiel: die Locarnoverträge hätten die Sicherheitsfrage zu lösen bzw. gelöst, wie durch die Dawes-Gesetze die Reparationsfrage gelöst worden sei. In jener bemerkenswerten, nicht genügend in Deutschland bemerkten, Rede vom 27. Februar 1925, die von amtlicher deutscher Seite totgeschwiegen wurde, hatte Briand sich auch der folgenden Wendung bedient:

„Verwirklicht der Vertrag die Voraussetzungen unbedingter Sicherheit? Macht er den Krieg unmöglich? Ich werde mich hüten, das zu behaupten. Ich will meine Volksgenossen nicht dumm machen. Befreit uns der Vertrag von der Notwendigkeit, beständig die Augen den Ereignissen gegenüber offen zu halten, und diese aus nächster Nähe zu überwachen? Befreit er uns von allen Maßnahmen, die geeignet sein könnten, unsere Sicherheit zu gewährleisten, wenn unglücklicherweise ein Ereignis eintrete, welches die Sicherheit gefährdete? Nein."

Unter Sicherheitsfrage hatte Stresemann die bisherige lügnerische Behauptung Frankreichs verstanden: der Friede Europas sei in Gefahr, und Frankreich sei genötigt, die stärkste Rüstung zu tragen, da Deutschland die französischen Ostgrenzen bedrohe. Nach Gewährung von Sicherheit durch Deutschland sei das etwas anderes. Also: Französische Abrüstung, Aufhebung der Militärkontrolle in Deutschland, militärische Räumung der Rheinlande, — das alles hatte Stresemann als selbstverständliche Folge des Sicherheitspaktes angesehen. Nun erklärte Briand seinen Franzosen am Vorabend von Genf: seht, wir haben die freiwillige deutsche Bestätigung des Versailler Vertrags, die Garantie von Elsaß Lothringen, die Internationalisierung des Rheinstromes und der Rheinlande kostenlos von Deutschland erhalten; wir haben nichts dafür gegeben, wir aber sind nach wie vor vollkommen frei, zu rüsten wie wir wollen!

Aber das ist noch nicht alles. Die Locarnoverträge binden,

wenn wir sie im ganzen betrachten, Deutschland auf allen Seiten und von allen Seiten. Umgekehrt ebnen die Verträge der französischen durchaus offensiven Rheinlandpolitik weiter die Wege. Durch diese Bedrohung, die eine wachsende sein wird, ist Deutschland gleichzeitig in noch größere Abhängigkeit als vorher von Großbritannien geraten. In London wußte man wohl, was es gerade für England bedeutet, als Hauptgarantiemacht nunmehr verbrieften Einfluß auf das Geschick der Rheinlande und in ihnen erhalten zu haben. Auf der anderen Seite war England durch den Sicherheitspakt aus allen früheren Verpflichtungen Frankreich gegenüber heraus. Der Jubel über die Locarnoverträge in London ist damals in Deutschland meist unverstanden geblieben. Der Außenminister Chamberlain wurde, von Locarno zurückgekehrt geradezu als Triumphator gefeiert. Er selbst stand nicht an zu sagen, daß er stolz auf seinen großen Erfolg sei, es handle sich um einen weltgeschichtlichen Augenblick, denn freiwillig habe Deutschland den Vertrag von Versailles anerkannt und bestätigt. Eines der Stresemann freundlichsten Organe in Deutschland, die „Frankfurter Zeitung" schrieb: in Locarno habe man „das Herz des Weltfriedens schlagen hören". Dem gegenüber erklärte gleich, noch vor Chamberlains Festrede eine offizielle britische Äußerung: die Stabilisierung der durch den Vertrag von Versailles seinerzeit geschaffenen europäischen Lage sei der Kernpunkt der Locarnoverträge. Mit anderen Worten die Westmächte jubelten über die freiwillige Unterwerfung Deutschlands, der deutsche Außenminister und seine Presse redeten den Deutschen vor, es handle sich um Versöhnungswillen, um allgemeine Abrüstung, um „Entgiftung", um wahrhafte deutsche Pflichtberechtigung, um Beginn einer neuen herrlichen Aera in Europa, und was sonst noch! Wieder müssen wir die Frage aufwerfen: konnte der Außenminister Dr. Stresemann selbst an alle diese Phrasen glauben, die er aussprach, schreiben und reden ließ? Sehr viele in Deutschland haben schon 1924 und 1925 die Lage so charakterisiert, wie wir sie heute rückschauend feststellen müssen, und haben die Locarnoverträge, besonders den Sicherheitspakt und das Februarmemorandum nicht anders beurteilt, als, wie es jetzt in

dieser kleinen Schrift geschieht. Der nüchterne und aufrichtige Beurteiler konnte damals schon zu keinem anderen Ergebnis gelangen, — und der so schlaue Außenminister sollte blind in Illusionen befangen gewesen und geblieben sein?

Der Außenminister Dr. Stresemann besitzt freilich eine Eigenschaft, die ihn hindert, gewisse Dinge zu sehen wie sie sind und, selbst wenn er wollte, sachlich zu handeln: das ist seine außerordentliche Eitelkeit. Ist diese Eigenschaft, rein persönlich betrachtet, besonders beim Manne nicht gerade groß zu nennen und geeignet ihn als lächerlich erscheinen zu lassen, so wirkt die Eitelkeit beim Staatsmanne ganz ungemein schädlich für die Sache, welche er zu vertreten hat. Bismarck hat die Eitelkeit als eine Hypothek auf der Leistungsfähigkeit und Leistung des Staatsmannes bezeichnet. Es ist kein Wunder, daß die Diplomaten der Westmächte, verständnisvoll gefolgt von der Presse ihrer Länder, diese Schwäche des deutschen Außenministers schnell erkannten, — denn sie ist sehr sichtbar und drängt sich auf — und mit aller Geschicklichkeit benutzt haben. Bismarck hat wiederholt geschrieben und gesagt, daß Lob aus dem Munde fremder Staatsmänner und Blätter ihm immer ein Zeichen sei, daß er einen Fehler gemacht habe. Beim Außenminister Dr. Stresemann verhält es sich umgekehrt: er wächst in seinen eigenen Augen noch mehr, wenn das denkbar ist — durch Lobsprüche und Schmeicheleien, die aus England, aus Frankreich und gar aus der Finanzpresse der Vereinigten Staaten kommen. Während der Locarnotage konnte die Stresemannpresse sich gar nicht genugtun, an Hervorhebungen, wie höflich, freundschaftlich und ehrenvoll die deutschen Delegierten in Locarno behandelt würden. Daß man Deutschland als „Großmacht" wieder gegenüber trete. Man müßte über solche törichten oder heuchlerischen Redewendungen lachen, wenn das Ganze nicht so betrübend wäre. Nicht als Großmacht ist Deutschland in Locarno behandelt worden, sondern als blinde Ohnmacht. Die Mächte haben mit den deutschen Delegierten Stresemann und Luther geradezu gespielt und sie über den Löffel barbiert, — wie das Ergebnis in schlimmster Tatsächlichkeit zeigt. Und die Zusammenhänge sind wirklich einfach genug. Die Staats-

männer der Westmächte müßten erheblich dümmer sein, als sie sind, wenn sie nicht mit Freuden die Eitelkeit des Außenministers benutzten. In der Presse habe ich die politische Persönlichkeit des Außenministers Dr. Stresemann gekennzeichnet als den „gehobenen kleinen Mann". Es kommt gewiß nicht darauf an, aus welchen Schichten der Bevölkerung ein Mann zu bedeutenden Stellungen emporsteigt. Ist er das, was man in Deutschland unter einer Persönlichkeit versteht, so wächst und entwickelt er sich im Steigen und mit der Größe sich ihm stellenden Aufgaben. Der Außenminister Dr. Stresemann ist keine Persönlichkeit, weiß es und hat wie immer in solchem Falle das dringende Bedürfnis, zu scheinen, als was er so gern gälte. Wie alle solche Menschen hat der Außenminister Dr. Stresemann das unbezwingliche Bedürfnis, sich anerkannt und belobt zu sehen. Er selbst geht in dieser Tätigkeit voran und lobt sich und seine Tätigkeit überschwenglich, um so eifriger, je weniger ihm das Maß der Anerkennung, das ihm in Deutschland gezollt wird, genügt. Genug, die anderen Mächte lassen es nicht an Schmeicheleien für Stresemann fehlen, sie rühmen ihn immer mit besonderer Wärme, je mehr ihre Politik auf Kosten Deutschlands und seiner Interessen gehen soll und ging, begreiflich genug! Dazu kommt, daß der Außenminister Dr. Stresemann sich bereits geschmeichelt und gehoben fühlt, wenn ausländische Minister, beispielsweise Chamberlain und Briand höflich mit ihm sprechen, und gar kleine Scherze mit ihm machen, oder erklären, ein Mann von seiner überragenden staatsmännischen Einsicht wäre ihnen noch nicht begegnet. In den Locarnotagen wurde von dort der folgende bezeichnende Vorgang mitgeteilt: auf einem Essen zu welchem die Journalisten Chamberlain, Briand und Stresemann eingeladen hatten, wurde eine Gesundheit ausgebracht, der deutsche Außenminister hatte ein leeres Glas vor sich, Chamberlain goß über den Tisch herüber aus seinem Glase Sekt in das Glas Stresemanns. Ein Kommentar ist nicht nötig, höchstens die Bemerkung, daß der Minister Chamberlain diese gönnerhafte Formlosigkeit sich seinem Kollegen Briand gegenüber sicher nicht erlaubt haben würde. Der kleine Vorgang ist also auch insofern ungemein charakteristisch: der gepriesene deutsche Außenminister wird frei-

gebig nach politischem Bedarf gepriesen, aber, und gerade in Ansehung dieser erfolgreichen Methode nimmt man ihn nicht ernst und behandelt ihn dementsprechend. Das wäre gleichgültig, wenn es sich nur um die Person Stresemann handelte. Da er aber unglücklicherweise deutscher Außenminister ist, ja im Sinne des Begriffs die Geschicke Deutschlands bestimmt, so kann eine humoristisch, leutselig, herablassende Behandlung des beständig geprellten deutschen Außenministers durch Minister anderer Mächte nur als unwürdig und als politisch höchst nachteilig angesehen werden. Der Außenminister aber selbst ist die Veranlassung dazu. Er fühlt weder das Lächerliche, noch das Kleinliche, sondern schwimmt voll Behagen in dem Strome von Schmeicheleien und Anerkennung, von denen nur diejenigen aufrichtig gemeint sind, die er sich selbst spendet.

Diese Bemerkungen waren notwendig, um jenen Locarno-Rummel seit der Herbstkonferenz 1925 zu erklären. Die Phrase vom „Geist von Locarno" ist seitdem zum Gemeinplatz in Deutschland geworden. Der Verfasser dieser Schrift hat gleich damals den abgewandelten Goethevers im Reichstage zitiert:

„Was man so den Geist von Locarno heißt,
das ist im Grund der Herren eigener Geist,
in dem Locarno sich bespiegelt".

Aber wie war denn dieser Rummel überhaupt möglich? wird der Leser fragen, der aus den vorstehenden Seiten ersehen hat, daß Deutschland in Locarno tatsächlich nichts, aber auch gar nichts errungen, sondern nur immer fortgegeben hat, und zwar wertvollste deutsche Güter und Rechte. Nun, die Erklärung ist leider sehr einfach: der „Geist von Locarno" bedeutet den Geist jener leutseligen Schmeichelei gegenüber dem deutschen Minister. Man hatte mit ihm und seinen Leuten gegessen und gesprochen, sie wurden auf Dampferfahrten mitgenommen, durften überhaupt „am selben Tisch sitzen", sie wurden nicht angeschnauzt, man „verhandelte" mit ihnen. Schon das Letztere sei ein ganz enormer Fortschritt, sagten Stresemanns Anhänger und, natürlich er selbst. Warum denn diese Wendung?, bedeutet sie nicht wirklich einen Fortschritt?, eine „Wendung"? Greifen wir auf die Anfänge zurück. Auf die Ursprünge jenes

Stresemannschen Memorandums vom Februar 1925, von jener Anregung des britischen Botschafters an, die für Dr. Stresemann Befehl war, die Politik der Westmächte zielbewußt darauf gerichtet, gerade solche Zugeständnisse freiwillig von Deutschland zu erhalten, die nicht abgezwungen werden konnten, die freiwillige Internationalisierung der Rheinlande, die freiwillige Anerkennung von Versailles, den freiwilligen Verzicht auf Elsaß-Lothringen, Eintritt in den Völkerbund — alles das mußte freiwillig sein, sichtbare Fußtritte durften deshalb nicht angewandt werden. Schon aus diesem Grunde war ein anderes Verfahren notwendig als das früher beliebte. Um sie durchzusetzen, mußte in Deutschland, hauptsächlich bei der deutschen Regierung, die Illusion erzeugt werden, „ein neuer Geist" sei eingezogen. Die Taktik dieser neuen Methode konnte bei der Menschenkenntnis und Gewandtheit der fremden Staatsmänner und ihrer Pressen einerseits, bei dem Illusionshunger des größten Teils der Deutschen andererseits und, vollends, angesichts der bei aller seiner sonstigen Schlauheit naiven Eitelkeit des deutschen Außenministers nicht schwer fallen. So ist der „Geist von Locarno" entstanden, das heißt die Phrase vom Geist von Locarno. Ein solcher ist in dem Sinne, wie der gute Michel heute noch glaubt, nie, in keinem Augenblick, tatsächlich vorhanden gewesen. Daß die anderen Mächte froh und zufrieden mit ihrer schweren Beute nach ihren Hauptstädten zurückkehrten, kann man wirklich verstehen. Und aus der Rede Briands vom Frühjahr 1925 hörte man den kaum versteckten Triumph in seinen höhnischen Worten: „von Seiten Frankreichs ist der Vertrag von Locarno ein schöner moralischer (!) Akt".

In kindlichem Triumph, der Gegenstand stillen spöttischen Lächelns der gesamten diplomatischen Welt kehrten die deutschen Delegierten aus Locarno zurück, Herr Dr. Stresemann als großer Sieger an der Spitze. Was brachten sie mit? nun, eben nur den „Geist von Locarno" und noch etwas sehr wichtiges: die Hoffnung auf die „Rückwirkungen" von Locarno; jene Rückwirkungen, welche vor der Konferenz deutsche Bedingungen gewesen waren für den Abschluß der Locarnoverträge, die von den anderen Mächten zu Locarno als Nebenfragen

beiseite geschoben waren. Nun gab ihnen der Außenminister Dr. Stresemann den Namen: Rückwirkungen. Von Monat zu Monat wartete man auf sie, sie kamen nicht. Als schließlich im Winter 1926, nach mehr als einjähriger Verspätung endlich die Kölner Zone geräumt wurde, da waren Dr. Stresemann und die Seinen so bescheiden geworden, daß ihre Presse andeuten mußten, die Rückwirkungen von Locarno hätten nunmehr begonnen, sich zu zeigen. Nebenher spielten unausgesetzt die Verhandlungen mit den anderen Mächten über die Durchführung der Entwaffnung Deutschlands und der deutsche Außenminister machte, den deutschen Rechtsstandpunkt aufgebend, auf Kosten Deutschlands ein Zugeständnis nach dem anderen, warum? in der Hoffnung, über diese Eselsbrücke „Rückwirkungen von Locarno" zu erzielen und so seine falsche und verderbliche „Sicherheitspakt"politik als gerechtfertigt vor der deutschen Öffentlichkeit erscheinen zu lassen. Wie gleichgültig im Grunde dem Außenminister Dr. Stresemann jene Bedingungen, Nebenfragen, Rückwirkungen an sich waren, zeigte sich ja in der vorher für unglaublich gehaltenen Tatsache, daß er zu Locarno seine bindende Zustimmung zu den Locarnoverträgen durch sein Namenszeichen gab, ohne die vorher als selbstverständlich notwendige vereinbarte Zustimmung des Berliner Kabinetts und auch des Reichspräsidenten.

4. Kapitel.

Der Weltfreimaurer.

Im übrigen schwelgte man in Hoffnungen. Im nächsten Jahre mußte alles noch viel schöner werden: das Jahr 1926 sollte die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bringen. Sie war die notwendige Folge der Locarno-Verträge, denn die französische und die großbritannische Regierung hatten als Bedingung für die Locarnoverträge — als ob diese eine Gunst für Deutschland bedeuteten —, den deutschen Eintritt in den Völkerbund verlangt. Schon diese Tatsache hätte in Deutschland stutzig machen müssen, und deshalb sorgten auch der

Außenminister und seine Parteien dafür, daß die breite Öffentlichkeit so ganz in Unkenntnis blieb. Der Außenminister Dr. Stresemann hatte schon vorher auf Stimmung im Volke für den Völkerbund hin arbeiten lassen. Früher hatte er freilich ganz anders dazu gestanden. Vor dem Kriege sprach er in der Pose des harten, von kriegerischem Geist erfüllten Machtrealpolitikers mit geringschätzigem Spott von allen denen, die „von einem neuen Reich des dauernden Friedens" träumten. Dann aber, als er sah, daß die Konjunktur sich änderte, handelte er, nach der Art, welche das „Berliner Tageblatt" anerkennend an ihm lobte: „oft schon hat er das mit rascher Hand verbrannt, was er noch eben angebetet hatte". Damals bekannte sich Herr Dr. Stresemann zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker nach Maßgabe der „ungeschriebenen Gesetze des Welthandels" und enthüllte damit ungewollt die Grundzüge seiner Politik und seines Wesens. Die Blasphemierung der „Nomoi Agraphoi" der ungeschriebenen Gesetze des griechischen Weisen ist für Herrn Dr. Stresemann charakteristisch für auffallende Flachheit seiner Anschauung.

Die „ungeschriebenen Gesetze des Welthandels" bilden in der Tat für den Außenminister Dr. Stresemann das oberste Gesetz. Wer gibt diese Gesetze? Jene internationale jüdisch geleitete Macht die sich in dem Begriffe der Wall Street verkörpert. Rathenau drückte das Gleiche in seiner Wendung aus: die Wirtschaft sei das Schicksal. Derselbe Rathenau sagte, als er Deutschland und deutsche Interessen auf einer internationalen Finanzkonferenz zu Paris vertreten sollte: er verträte den internationalen Finanzgeist. Was diese Richtung, nenne sie sich Stresemann oder Rathenau mit Wirtschaft bezeichnet, ist immer das Gleiche: das jüdisch geleitete internationale Weltgeldgeschäft. Eben dieses ist auch einer der Grundgedanken des sogenannten Völkerbundes. Die „Universalität der Menschheit", — um eine andere Blüte Stresemannscher Wortkunst und Bildungstiefe anzuführen, soll durch Ausschaltung, bzw. Nichtwiedererstehen einer volksmäßigen Wirtschaft, eines volksmäßigen Lebens überhaupt, den ungeschriebenen Gesetzen des Weltfinanzkapitals unterworfen werden. Wer auch nur dieses wüßte, verstände ohne weiteres, daß der deutsche Außenminister



Nachdem Herr Stresemann das Schlußprotokoll des Locarno-Abkommens nicht nur ernsthaft, sondern sogar freudigst entgegengenommen hat, sprechen ihm die Vertreter des Weltbundes ihre Zufriedenheit aus.

Dr. Stresemann für den sogenannten Völkerbund von Anfang an eingetreten ist. Bereits im Herbst 1924 ließ er durch die Zentrale für Heimatdienst eine Massenpropaganda machen: der neue Geist unter den Mächten sei jetzt da, welcher Deutschland in den Stand setzte, in den Völkerbund einzutreten. Was könne es schöneres geben, was würde sicherer den Weltfrieden verbürgen, als Deutschlands Zugehörigkeit zum Völkerbunde! Besonders wertvolle und segensreiche Wirkungen sonst würden noch sein: die allgemeine Rüstungsbeschränkung und schließlich Abrüstung, Erteilung von Kolonialmandaten an Deutschland, österreichisch-deutscher Anschluß, dauernde Gleichberechtigung Deutschlands mit den anderen Mächten, sichere Möglichkeit eines erfolgreichen deutschen Eintretens für die außerhalb der Versailler Reichsgrenzen bedrängten deutschen Minderheiten. Kurz, es würde unsagbar herrlich werden. In welcher Weise der Außenminister unbegründete Illusionen zu erwecken sich nicht scheute, zeigte im Hochsommer 1925 eine zu Berlin stattfindende Tagung des Bundes der Auslandsdeutschen. Am Empfangsabend sprach der Außenminister Dr. Stresemann zu den ihm vertrauensvoll zuhörenden deutschen Volksgenossen des Auslandes und sagte u. a.: bald, so hoffe er, werde Deutschland im Völkerbunde sein und dann werde man weit besser als bisher für die deutschen Volksgenossen des Auslandes eintreten und ihnen ihr vielfach so schweres Los erleichtern können. Als der Außenminister dieses sagte, wußte er, daß wenige Monate vorher im Völkerbunde beschlossen worden war, daß dem Ausschusse für die Angelegenheiten der Minderheiten keine Vertreter solcher Staaten angehören dürften, welche direkt an den Minderheiten interessiert seien. Damit wollte man verhindern, daß Deutschland nach seinem Eintritt in dem Völkerbund durch einen Vertreter in jenem Ausschusse wirksam für die deutschen Minderheiten arbeiten könne. Das wußte, wie gesagt, der Außenminister. Wie konnte er verantworten, trotzdem gerade Auslandsdeutschen gegenüber etwas so flagrant Unrichtiges zu behaupten? Wie konnte er über sich gewinnen, bei diesen Auslandsdeutschen, unter denen sich auch Vertreter jener gequälten deutschen Minderheiten befanden, unbegründete Hoffnungen zu erwecken, — er als Außenminister! Dabei hatte Dr. Strese-

mann nicht lange vorher im Reichstage jenen so unerfreulichen Stand der Dinge im Völkerbunde zugeben müssen. Warum also sprach er vor den Auslandsdeutschen so?, er wollte Stimmung um jeden Preis für deutschen Eintritt in den Völkerbund machen. Und dabei sagt man, die deutschen Minister seien dem deutschen Volk verantwortlich!

Der in Deutschland sogenannte Völkerbund wurde seinerzeit mit dem alleinigen Zwecke gegründet, einen Zusammenschluß der großen Mächte für eiserne Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes in Europa zu schaffen, den der Vertrag von Versailles geschaffen hat. Das drückt sich auch in der Tatsache aus, daß die Satzungen des Völkerbundes und der Vertrag von Versailles ein zusammenhängendes Ganze bilden. Dieser Bund ist also als ein wahrer Bund der Völker nie gedacht worden. In England nennt man ihn: die „Liga der Nationen", in Frankreich: „die Gesellschaft der Nationen". Diese beiden Mächte waren von Anfang an die Führer und haben die übrigen Mächte, insbesondere die kleinen, stets nur als Trabanten betrachtet und ihre Politik in der Welt, und besonders in Europa auf diese Weise zu fördern gesucht. Kam es gelegentlich zu Interessengegensätzen zwischen England und Frankreich so einigte man sich auf der großen Umschlagsbörse in Genf durch Ausgleich auf Kosten Deutschlands. Auf diese Weise ist auch entgegengesetzt der Rechtslage allen vorherigen Versprechungen Oberschlesien Polen zugesprochen worden.

Überlegt sich der Leser die hier kurz geschildete Entstehung der Dawes-Gesetze und ihre Art, und besonders auch den Ursprung der Locarno-Verträge, so liegt auf der Hand, daß die Westmächte, einschließlich der Vereinigten Staaten, das größte Interesse hatten, das so verpflichtete und gefesselte Deutschland nunmehr in den Völkerbund hineinzubringen und dort endgültig nach allen Seiten hin die noch übrig waren, festzulegen. Daraus ergibt sich umgekehrt wie wertvoll wäre es für Deutschland gewesen, bis auf weiteres dem sogenannten Völkerbunde fern zu bleiben und dem Gedanken eines Eintritts erst näher zutreten, wenn dafür sehr erhebliche Werte gewonnen und Zugeständnisse von den Völkerbundmächten gemacht worden wären. Unparteiliche Ausländer erklärten in den Jahren 1923

und 1924 häufig: gerade weil jetzt Deutschland umworben sein werde, um es für den Völkerbund zu gewinnen, müsse eine deutsche Regierung zum mindesten die Gelegenheit zum Erkaufen großer Vorteile benutzen. Genau umgekehrt hat der Minister Dr. Stresemann es gemacht, nämlich auf Kosten Deutschlands immer gegeben, gegeben und gegeben. Und es dann als einen unermeßlichen Gewinn ausgerufen, wenn Deutschland in den Völkerbund aufgenommen würde. Bei der durchaus internationalistischen Einstellung des Außenministers ist es freilich an sich kein Wunder, daß er unter allen Umständen Deutschland in den Völkerbund hineinbringen wollte und zwar durch Zugeständnisse an die anderen Mächte und hauptsächlich an die Weltgeldmacht. Die Bindung Deutschlands, eines im Völkerbunde befindlichen Deutschlands, an die Westmächte, an den westlichen Kapitalismus war dem Minister bekannt. Auch sie wollte er, weil er seiner ganzen Anschauung nach kapitalistisch denkt und den deutschen Gedanken der Freiheit im Inneren und der Unabhängigkeit nach außen innerlich nicht kennt, ihn höchstens als unsympathisch und rückschrittlich empfindet. Wäre Herr Dr. Stresemann Jude, so würde seine Persönlichkeit klar und aus einem Guß sein. Von Geburt ist er aber Deutscher und hat noch vor wenigen Jahren auf ganz anderem Boden politisch gestanden, jedenfalls ganz anders gesprochen, als heute. Ich höre den Einwurf, man müsse doch den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen, dürfe ohne Macht keine Machtpolitik treiben, noch überhaupt Utopien nachstreben! — Realpolitik, selbstverständlich, aber ein deutscher Minister darf das Reale nicht auf dem Boden des Internationalismus suchen. Realpolitik in Deutschland muß deutsch sein. Ein deutscher Staatsmann, der eine jüdisch-internationalistisch kapitalistische Realpolitik treibt, gehört nicht auf einen deutschen Ministersessel. Der sogenannte Völkerbund ist seit seiner Entstehung betonter Weise in seiner ganzen Praxis eine politisch wirtschaftliche Weltbörse, eine europäische Vorpostenstellung des internationalen Kapitalismus, der in Deutschland den Namen des „Weltgewissens" trägt und dessen Vertreter gleichzeitig durchweg der internationalen Freimauerei angehören. —

Für das Frühjahr 1926 war die Aufnahme in den Völker-

bund vorgesehen, und zwar sollte dann Deutschland gleichzeitig als ständiges Mitglied in den Völkerbundsrat aufgenommen werden, einen Ausschuß, dem nur ein Teil der Gesamtheit der Völkerbundsmächte angehört. Als nun die Zeit herangekommen war, und die Delegierten in Genf versammelt waren, da zeigte sich, daß einige schon vorher im Völkerbund befindliche Mächte Einspruch erhoben, falls nicht auch sie in den Völkerbundsrat aufgenommen würden. Das waren Brasilien und Spanien in erster Linie vor allem handelte es sich jedoch um Polen, den Todfeind Deutschlands und Verbündeten Frankreichs. Bereits zu Locarno, — so erfuhr man plötzlich — hatten Frankreich, Polen und Großbritannien heimlich miteinander ausgemacht, daß im Frühjahr 1926 Polen mit Deutschland zugleich in den Völkerbundsrat eintreten sollte; übrigens ein Beweis, schon, daß der „Geist von Locarno" auf Seiten der Westmächte lediglich eine Lügenphrase von Anfang an gewesen ist. Aus diesen Intrigen entwickelte sich zu Genf eine für den Außenminister Dr. Stresemann tragikomische und für das deutsche Ansehen beschämende Lage. Nach vielem Hin und Her und nachdem die deutsche Delegation vierzehn Tage im Vorzimmer gesessen hatte, ging man wieder auseinander. Herr Dr. Stresemann kehrte als abgewiesener Bittsteller zurück; er sollte mürbe gemacht werden, — was ja nicht schwer sein würde — und auf gleichzeitigen Eintritt Polens in den Rat dankbar eingehen. Tatsächlich war auch der deutsche Außenminister weit vom Gedanken entfernt, seinen falschen Weg zu verlassen. Im Gegenteil verfaßte er noch in Genf eine Erklärung, welche die Delegierten der Westmächte schadenfroh befriedigt unterschrieben, in der gesagt wurde, man halte unentwegt an der Locarnopolitik fest und demzufolge an der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Er gab damit den Mächten den Wink: sein Widerstand sei nicht ernst gemeint. Ein überaus bedeutender politischer Augenblick wurde damit von Dr. Stresemann bewußt verpaßt. Auf den Affront von Genf hätte man vorzüglichen Anlaß gehabt zu erklären: nunmehr habe Deutschland die Hände wieder frei und sehe vorläufig von einem Eintritt in den Völkerbund ab, womit denn auch die Locarnoverträge ebensolange außer Kraft blieben,

denn wie Frankreich und England von Anfang an bestimmt hatten, konnten die Locarnoverträge erst mit dem deutschen Völkerbundseintritt tatsächlich gültig werden. Der Außenminister Dr. Stresemann aber dachte nicht daran, einen solchen Schritt zu tun, sein Ziel war nach wie vor der Völkerbund, der Geist von Locarno, nämlich Internationalisierung Deutschlands. Am Vorabend jener Frühjahrsreise nach Genf hielt Briand jene Rede aus der vorstehend einige wichtige Äußerungen zitiert worden sind. Er bediente sich auch einer Wendung, deren Sinn man erst Jahr und Tag nachher verstanden hat: „In der Gesellschaft der Nationen gibt es eine Tradition, gibt es eine Atmosphäre, und ein vorhandenes Milieu". Wenn die Deutschen beabsichtigten dieses zu stören, so würden sie sich in eine schlechte Position im Völkerbunde bringen! — Diese merkwürdige Wendung von Tradition, Atmosphäre und Milieu im Völkerbunde, der doch erst seit 1919 besteht, ist nach den Ereignissen des Herbstes 1926 klar geworden: die Tradition, die Atmosphäre, das Milieu des Völkerbundes ist die der Weltfreimauerei. Wir können heute nicht daran zweifeln, daß jenes merkwürdige, deutsch-sachlich unverständliche Verhalten Stresemanns in den Frühjahrstagen 1926 auf seine Zugehörigkeit zur Freimaurerei zurückzuführen ist, nicht weniger als die Locarnopolitik des Ministers und ebenfalls seine Dawes-Politik. Ein nicht derart international gebundener Minister würde die Genfer Situation im März 1926 anders, nämlich in der angedeuteten Weise, als etwas selbstverständliches ausgenutzt haben. Erwähnt sei hier, daß schon im Herbst 1923 ein südamerikanisches Freimaurerblatt den neueingetretenen Bruder Stresemann als Zeichen einer neuen Aera Frankreich-Deutschland begrüßte.

Die Aufnahme Deutschlands in die „Gesellschaft der Nationen" wurde nunmehr auf den Herbst des Jahres 1926 festgesetzt. Bis dahin sollte in der Frage der neuen Ratsmitglieder eine Verständigung erzielt sein. Es war den Staatsmännern der Westmächte klar, daß ihr Freimaurerbruder Stresemann nur wegen der Opposition in Deutschland, auch wegen des deutschen Reichspräsidenten nicht gewagt hätte, im März in Genf nachzugeben und gleichzeitig mit Polen in den Rat des Völkerbundes

einzutreten; daß es ihm selbst aber ganz gleichgültig gewesen wäre. Auf der Grundlage dieser Überlegung arbeitete man ein Schema, einen Turnus für künftige Besetzung des Völkerbundsrates aus, und zwar so, daß Deutschland für sich als ständiges Mitglied im Herbst eintreten sollte, zugleich Polen als nichtständiges, aber sofort wiederwählbares, also in Wirklichkeit ebenfalls ständiges Mitglied. Das war genau dasselbe, wie das abgelehnte Verfahren im März, nur in etwas anderer Form. Der Außenminister aber fand, damit sei der deutschen Würde und dem deutschen Interesse genug getan, und seine Trabanten erzählten der deutschen Öffentlichkeit: ein „Weg der Verständigung" sei gefunden worden, der Stresemanns Festigkeit im Frühjahr glänzend rechtfertige. — Ein unerhörtes, unwürdiges Spiel mit dem deutschen Volk! Es gehörte zum „Milieu", zur „Atmosphäre" der Gesellschaft der Nationen.

Im Herbst 1926 fand programmäßig zu Genf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund statt. Der Außenminister Dr. Stresemann hielt nach der Aufnahme eine Rede voll überschwenglicher Phrasen über „Zusammenarbeiten" der Völker, über Internationalisierung der Wirtschaft, sprach auch von „geistigen Gebieten" — er tut das gern — und bediente sich schließlich einer Wendung, welche ein helles Schlaglicht auf seine Verständigungspolitik, im besonderen Völkerbundspolitik warf. Er wandte den Freimaurerausdruck an vom „göttlichen Baumeister der Welt". Mußte schon das bei allen, die über diese Weltzusammenhänge unterrichtet sind, lebhafte Aufmerksamkeit erregen, so bestätigen authentisch einige Zeit nachher Äußerungen eines humanitären (programmäßig internationalistischen) Maurer im „Berliner Tageblatt" den Verdacht und die Besorgnisse, die man an die Wendung vom göttlichen Baumeister geknüpft gehabt hatte. Dieser Maurer schrieb nämlich: „Aber Stresemann gebrauchte damals nicht nur die Wendung (vom göttlichen Baumeister), sondern er stand auch „im Zeichen", das heißt, er sprach in einer Haltung und mit Gesten, die dem Maurer von besonderer Bedeutung und dem Angehörigen des Großorients von Frankreich durchaus geläufig sind. Und ein Ange-

höriger dieses Großorients hatte dem deutschen Staatsmann zu antworten. Der deutsche Mann heißt Stresemann, der Franzose Briand, und diese Worte wurden beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gesprochen."

Was bedeutet das? — Ein deutscher Minister bedient sich in einer internationalen Geheimsprache bestimmter Gesten, Worte und Körperhaltung. Die Deutschen, welche nicht international gerichtete Maurer sind, sollten diese Geheimsprache nicht verstehen. Der französische Maurer, der englische Maurer, der belgische, amerikanische usw. soll sie verstehen. Die Gemeinsamkeit dieser Geheimsprache bedeutet Gemeinsamkeit in Gesinnung, Mitteln, Zielen. Der deutsche Außenminister Dr. Stresemann hat mit diesen freimaurerischen ausländischen Staatsmännern also Dinge gemeinsam und Ziele, welche das deutsche Volk nicht wissen darf. Die Weltfreimaurerei ist an der Anstiftung des Weltkrieges führend beteiligt gewesen, sie hat sich während des Krieges und nachher als den Todfeind freien deutschen Eigenlebens, eines unabhängigen deutschen Volkes, der deutschen Wehrkraft und der deutschen Monarchie gezeigt. Die internationale Maurerei steht heute nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein freies Deutschtum, ein bodenständiges deutsches Volk sich nicht bilden darf, der Deutsche vielmehr in einem „Europäertum" unter politischer Vorherrschaft Frankreichs aufzugehen hat. Daß der Franzose Briand mit diesem Ziel einverstanden ist, ist begreiflich genug, niemand wird es ihm verdenken können, auch nicht, daß er seine hohe Stellung in der Freimaurerei dazu benutzt. Hier handelt es sich aber um den deutschen Außenminister Dr. Stresemann, den „zweiten Bismarck". Wie Bismarck über eine derartige geheime Zusammenarbeit auf dem gemeinsamen Boden eines geheimen Weltordens eines deutschen Staatsmannes mit Staatsmännern anderer Länder, die ausschließlich das Interesse haben, Deutschland nicht wieder frei, unabhängig und mächtig werden zu lassen — geurteilt haben würde, wollen wir der Phantasie des Lesers überlassen.

Genf bildet überhaupt einen Zentralpunkt der Weltfreimaurerei schon durch ihr dort errichtetes internationales Zentralsekretariat. Nimmt man dazu die Tatsache, daß außer

Chamberlain, Briand und Stresemann, belgischen, tschechischen usw. Ministern noch zahlreiche Mitglieder der Völkerbundszentrale zur Maurerei gehören, so ist klar, wie sich in eben diesem sogenannten Völkerbunde jüdisch geführter Kapitalismus und Freimaurertum vereinigen und ein Ganzes bilden. So betrachtet, hat man ohne weiteres den Schlüssel zur Politik Dr. Stresemanns von seinem Amtsantritte an in lückenloser Klarheit. Der internationalistische Gedanke leitet und inspiriert die Politik dieses Ministers.

Dr. Stresemann hat sich so oft schon zum internationalen Gedanken bekannt. Es gibt nationalgesinnte, weiche Leute in Deutschland, welche sich gern zur Meinung überreden möchten, es handle sich hier um einen ganz besonders genialen Kniff des Außenministers, der die Freimaurerei benutze, zum Vorteile Deutschlands; man solle nur abwarten usw.

Selbst bei einer oberflächlichen Betrachtung leuchtet ein, daß davon nicht die Rede sein kann. Einmal: seitdem der Außenminister Dr. Stresemann Minister ist, ist die Internationalisierung Deutschlands, die Einspannung des deutschen Volks in das Sklavenjoch des Kapitalismus dauernd vollständiger geworden. Ein Souveränitätsrecht, ein deutsches Recht, ein deutsches Nationalgut nach dem anderen hat dieser Minister aus eigenem Willen, geradezu darauf drängend, preisgegeben. Einen Schritt nach dem anderen hat er getan, um den Geist nationaler innerer deutscher Geschlossenheit zu töten; erinnert sei noch einmal hier an seine Begünstigung der internationalen Trusts, welche auf Zersetzung des nationalen deutschen Staats organisiert sind und abzielen. Eine politische Maßnahme nach der anderen hat dieser Minister angeregt und vollzogen im Namen einer realpolitisch unmöglichen, deutsch-französischen „Freundschaft auf dem Boden der Gleichberechtigung"; tatsächlich auf dem Wege zu einer wachsenden Abhängigkeit Deutschlands von den Westmächten und, über ihnen, der internationalen Finanzmacht. Deutschland ganz unter ihre Kontrolle zu stellen, scheint das Ideal des Ministers zu sein.

Der Außenminister Dr. Stresemann ist bekanntlich mit den Kreisen der „hohen" Finanz von jeher verknüpft und vertraut, er ist bei ihnen beliebt und steht in hohem Ansehen. Die in

Deutschland ansässigen Bankleute, sämtlich ihrer Anschauung und ihrem Geschäft nach eng verbunden mit der Gesamtheit des internationalen Finanzsystems und abhängig von dessen Newyorker Zentrum, stehen ganz auf dem Boden der Stresemannsen Politik, besonders jener „Hilfe von außen", die der Außenminister als die einzige Rettung für Deutschland bezeichnete. Ein drastisches Zeugnis hierfür gab im Herbst 1925 ein sogen. „Deutscher (?) Bankiertag", der von allen hervorragenden, in Deutschland wohnenden Vertretern des internationalen Kapitals beschickt wurde. Jener „internationale Finanzgeist" Rathenaus beherrschte den „deutschen" Bankiertag, dessen Reden ein einziges Bekenntnis zur kapitalistisch-internationalistischen maurerischen Politik des Außenministers Dr. Stresemann war. Die Hauptredner, naturgemäß durchweg Juden, feierten einmal über das andere die erfreuliche Entwicklung, daß Deutschland zu einem „Schuldnerstaat erster Ordnung" geworden sei. Ausländer als Beteiligte am deutschen Eigenbesitz müsse man begrüßen, sagte Herr Solmssen (Salomonsohn) von der Diskontogesellschaft.

Unter stürmischem Beifall wurde in einer Entschließung „ausländische Beteiligung an der deutschen Wirtschaft" für höchst erwünscht erklärt. Der genugsam bekannte Bankier Warburg aus Hamburg sagte: die Bankiers hätten alles, was jetzt eingetreten sei, wörtlich vorausgesagt. — Herr Warburg hatte sicher Recht, denn alles, was jetzt gekommen ist, ist ja ein Ergebnis solcher kapitalistischer Bankpolitik, in deren Zeichen der Kurs des Herrn Dr. Stresemann von Anfang bis heute steht. Im gleichen Sinne sagte derselbe Herr Warburg: „Wir sind zu optimistischer Auffassung unserer Zukunft berechtigt." Sehr richtig, nur daß man leider die „Zukunft" der in Deutschland lebenden jüdischen Bankiers von einer deutsch verstandenen, deutschen Zukunft trennen und feststellen muß, daß das Wohl des internationalistischen Bankmenschen das Gegenteil des Wohls des Deutschen Reichs und Volks bedeutet; halten zu Gnaden! Herr Warburg erhielt mit Recht aus seinem Kreise reichen Beifall. Freilich, die unerläßliche Bedingung für „unsere Zukunft" kennzeichneten die beiden Juden Solmssen und Wassermann in beinahe rührender Weise. Herr Wassermann er-

klärte: „Eins aber, das Wichtigste, braucht das Bankgewerbe zur Durchführung seiner Aufgabe vom ganzen deutschen Volk: Vertrauen!" — Und Herr Solmssen sagte ergänzend: nötig sei „Fernhaltung von Menschen, die nichts davon verstehen"! — Selbstverständlich will man ganz unter sich sein und selbstlos wie bisher an der großen deutschen Liquidierung arbeiten. Mit anderen Worten, die „Bankwelt" verlangt ernst und öffentlich das Vertrauen und die Nichteinmischung des deutschen Volks als Basis für die Arbeit der internationalen Finanz zur Enteignung des deutschen Volks, seines Bodens, seines sonstigen Besitzes, seiner Wirtschaft überhaupt und des Ertrages seiner Arbeitsleistung! Das deckt sich genau mit dem Wege des Außenministers Dr. Stresemann von den Dawes-Gesetzen über Locarno nach Genf.

Es wirkt ungemein abstoßend, daß der Außenminister Dr. Stresemann sich stets bestrebt, diese internationalistisch-kapitalistische Politik durch die nationale Maske zu verhüllen, zu verbergen. Den, auch politisch, sentimentalen größten Teil der deutschen Bevölkerung vermag er auch heute noch dank seiner Zungenfertigkeit glauben zu machen, er treibe tatsächlich eine „nationale Realpolitik" in den Grenzen des Möglichen. Als diese Schrift vor rund zwei Jahren in erster Auflage erschien, ein Vierteljahr nach den herrlichen Tagen von Locarno, da konnte man es den weniger Unterrichteten nicht übel nehmen, wenn sie sagten, wartet doch erst einmal ab, wie die Dinge laufen, Locarno sei doch immerhin ein großes Ereignis, nun würden die Rückwirkungen kommen, danach der Völkerbund, man solle doch nicht vorzeitig urteilen. Zwei Jahre sind seitdem ins Land gegangen. Was ist von den Hoffnungen von damals in Erfüllung gegangen, was von den großen Worten und Versprechungen des Außenministers? Knüpfen wir an den großen Rummel von Genf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund an! Die psychopathisch eitle Selbstüberhebung des Ministers Dr. Stresemann fand in Genf ihren besonders komischen Ausdruck in einer Rede auf einer Veranstaltung für die deutsche Presse. Dr. Stresemann sagte da u. a.: „Ich empfinde tiefe Genugtuung über die Stellung, welche Deutschland sich wieder erobert hat. Damals (zur Zeit der Ruhrbesetzung) wäre als

Narr bezeichnet worden, wer vorher gesagt hätte, daß Deutschland mit solchem Jubel begrüßt als gleichwertige Großmacht (?!) in den Völkerbund einziehen würde. Ich habe die Empfindung, daß dieser Vorgang ein Aufgeben des Geistes von Versailles bedeutet . . . Es gibt keine eindrucksvollere Zurücknahme der moralischen Anschuldigung als die Aufnahme Deutschlands selbst, so, wie sie sich, begrüßt von den Nationen der Welt, vollzogen hat. Die Größe der deutschen Wiederaufrichtung (?!) wird draußen in der Welt weit mehr anerkannt als in unserem eigenen Volke. Für uns war die große Frage, ob wir einmal die moralische Genugtuung erhalten würden, wie sie uns in Genf zuteil geworden ist." — Wiedererobert hatte der Dr. Stresemann in Wirklichkeit nichts, vielmehr immer nur gegeben, gegeben und gegeben.

Den Eintritt in den Völkerbund hatten die Westmächte ja sogar verlangt. Ihren und den Neuyorker Wünschen hatte der Außenminister Dr. Stresemann zwei Jahre hindurch restlos Folge geleistet. Das war das „Wiedererobern". Was soll man aber dazu sagen, wenn der Außenminister des Deutschen Reiches hier erklärte, er habe die Empfindung, daß der Genfer Freimaurerrummel das „Aufgeben des Geistes von Versailles" bedeutet. Im Gegenteil besiegelte, wie wir gesehen haben, Locarno und dann Genf ausdrücklich und freiwillig noch einmal den Vertrag von Versailles. Und der berühmte Geist von Locarno ist nichts anderes, als der Geist von Versailles in Zivil. Das Bedürfnis nach Anerkennung, und sei es durch Selbstlob, hat hier, wie so oft, den Außenminister Dr. Stresemann unvorsichtig gemacht. Er mußte sich nicht nur loben, sondern er wußte keine Grenze zu finden und gab dem deutschen Volk einen Tadel, weil es nicht genügend die Erfolge seines erhabenen Außenministers anerkenne.

Aber wo waren die Erfolge? Fragen wir noch einmal! Deutschland war in die Mausefalle des Völkerbundes hineingegangen; ein Erfolg, sicher, für den Freimaurer Stresemann, eine Besiegelung der Unfreiheit für das deutsche Volk. Erreicht? Oh, das sollte alles noch kommen. Dann werde man erst sehen, was erreicht würde. Der französische Außenminister hatte ja in seiner Antwort auf Stresemann so herrlich gesprochen,

von Schiedsgerichten, vom friedlichen Wettbewerb, er hatte gerufen: fort mit den Kanonen, Gewehren und Maschinengewehren, Frankreich wollte also abrüsten, Friede, Freundschaft, Brüderlichkeit. Wer schämte sich noch seiner Tränen?

Der Gipfel der Harmonien war mit Genf aber noch nicht erreicht. Gleich nachher trafen sich Briand und Stresemann in dem Dorfe Thoiry zu einer Unterredung. „Alle zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen" wurden zwischen den beiden Staatsmännern, so hieß es nachher, besprochen und man gelangte zu einer „völligen Verständigung". In Deutschland hoher Jubel, endlich war es erreicht, die Rückwirkungen kamen, bald würde kein Franzose mehr auf deutschem Boden sein, überhaupt kein Hindernis für innigste Verbindung und für vertrauensvollste Freundschaft mehr zwischen den beiden Völkern stehen, eine neue Epoche, ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Menschheit war angebrochen! — Aber nach Thoiry und dem ersten deutschen Triumphgeschrei gingen die Tage und gingen die Wochen dahin. Die Äußerungen seliger Erwartung wurden immer unsicherer und leiser, und dann kamen verlegene, goldene Worte des Dr. Stresemann, so schnell könnten große Ergebnisse nicht immer eintreten und nach den außerordentlichen Erfolgen der letzten Jahre dürfe man sich nicht wundern, wenn ein Rückschlag käme. Rückschläge nach großen Erfolgen seien, so versicherte der Außenminister, geradezu ein Naturgesetz, also eine kosmische Notwendigkeit. Sie müßten eintreten, trügen aber gleichzeitig den Keim eines großen Zukunftserfolges in sich. Im Auftrage Briands aber erklärte das französische Depeschenbüro, der französische Außenminister habe in Thoiry das Kabinett in keiner Weise gebunden, mit anderen Worten: abgemacht sei dort gar nichts. Es hatte sich vorher mit den deutschen Triumphnachrichten wieder einmal um bewußte Täuschung des deutschen Volks gehandelt. —

Und nun kam die große Stille, das „Naturgesetz der Rückschläge" herrschte auf das ausgiebigste, aber vergeblich suchten die Deutschen nach den großen Erfolgen, die dem Rückschlage, nach Stresemann, vorausgegangen sein sollten. Schon lag Locarno über ein Jahr zurück, aber die Rückwirkungen von Locarno blieben aus. Aus blieben auch die Auswirkungen von

Genf. Als Briand in seiner Rede gegen die Kanonen und Maschinengewehre dröhnte, da wurden seine Worte von den Detonationen der Zerstörung deutscher Verteidigungswerke an der preußisch-polnischen Grenze begleitet. Und wieder um die gleiche Zeit bewilligte das französische Parlament eine ungeheure Verstärkung der französischen Wehrkraft und den Bau einer für Invasionen nach Deutschland als Rückhalt bestimmten Festungslinie an der französischen Grenze vom Ärmelkanal bis zur Schweizer Grenze. Briand's: fort mit den Kanonen, fort mit den Maschinengewehren! hatte sich nur auf die deutschen Kanonen bezogen, nur auf die deutschen Maschinengewehre. Kann Dr. Stresemann nach seinen Erfahrungen und nach seiner Kenntnis der Verhältnisse der europäischen Mächte wirklich ernsthaft daran geglaubt haben, Briand spräche aufrichtig? Wußte er nicht vielmehr aus Geschichte und Beobachtung, daß dieser Maurer hohen Grades, wie der französische Großorient, überhaupt, in starker Militärmacht Frankreichs ein Mittel zur Verwirklichung ihrer weltmaurerischen Ziele erblickten? Noch im Sommer 1927, als der Außenminister Dr. Stresemann in Oslo, der Hauptstadt Norwegens, für den ihm verliehenen Nobelpreis dankte, erinnerte er an jene Worte Briands, als eines großen, unvergeßlichen Erlebnisses. Und wenige Tage später, da mußte im Reichstage die Stresemann'sche Mehrheit unter dem Beifall der Sozialdemokratie jenes „Kriegsgerätgesetz" bewilligen, ein Gesetz, das Deutschland für immer verbietet, Waren, welche irgendwie, möglicherweise Kriegszwecken dienen könnten, anzufertigen, auszuführen oder einzuführen. Die gleiche Weltmaurerei verlangt von Deutschland die völlige Entwaffnung bis zur Unfähigkeit, den primitivsten Anforderungen der Verteidigungsfähigkeit, sogar des eigenen Bodens zu genügen. Gerade jenes Kriegsgerätegesetz zeigt dieses Prinzip der Weltmaurerei im klaren Licht. Und wirft man andererseits die Frage auf, was denn der Außenminister Dr. Stresemann als Gegenwert für diese Preisgabe heimgebracht habe, so ist die Antwort: Nichts! Das Kriegsgerätegesetz war eine zwangsläufige Folge der Gesamtrichtung der Stresemannschen Politik: es bedeutet neue unverantwortliche Preisgabe deutscher Staatshoheit, eine Verewigung der Militär-

kontrolle und Industriespionage, eine Dauerquelle von Denunziationen und Konflikten, eine schwere dauernde Schädigung der deutschen Industrie, der deutschen Arbeiterschaft, eine Verewigung deutscher Wehrlosigkeit und, vor allem, ein Schandmal und Brandmal deutscher Sklaverei. Man versuche, sich Frankreich in ähnlicher Lage vorzustellen unter Männern wie Poincaré, Clémenceau, Tardieu, Briand, jawohl auch Briand, und ungezählte Anderen. Niemand von ihnen würde auch in bedrängtester Lage Frankreichs als Minister seinen Namen unter ein solches Gesetz geschrieben oder Deputierter dafür gestimmt haben. Da könnte jemand den Franzosen die weisesten Reden halten: so ein Gesetz ergäbe sich eben aus der ganzen so bewährten vorhergegangenen Politik es gäbe auch keinen anderen Ausweg, man müsse es eben schlucken. In solchen Augenblicken überflutet der französische Nationalstolz alles Geschriebene jede Überlegung der sogenannten Vernunft, der „Kultur" und des Internationalismus, zerbricht alles und wirft es auf die Seite und — setzt sich als elementare Gewalt durch. — —

Wir haben zeitlich etwas vorgegriffen und kehren zu der Periode zurück, welche sich an die Unterhaltung von Thoiry anschloß. Das Triumphgeschrei der deutschen Locarnopresse und der Stresemannschen Anhängerschaft war zu laut und überschwänglich gewiß gewesen. Als die Monate hingingen, keine Rückwirkungen und keine neuen herrlichen Aussichten auftauchten, da begann wachsende Enttäuschung in Deutschland Platz zu greifen. Aber freilich der große Staatsmann hatte das Naturgesetz der Rückschläge entdeckt, man hatte sich mit diesem abzufinden, betonte doch der gleiche große Staatsmann, man könne mit ungeschwächter Hoffnung in die Zukunft blicken. Trotzdem war es auch für die tanzenden Derwische des Geistes von Locarno auf die Dauer nicht möglich sich der Erkenntnis zu verschließen, daß seit der Unterzeichnung der Locarnoverträge und besonders seit Genf, der Ton der französischen und britischen Presse ein ganz neuer und anderer geworden war. Das Werbende war verschwunden; für den objektiven Beurteiler kein Wunder, denn man hatte ja die deutsche Regierung nun da, wo man sie hatte haben wollen: die Locarno-

verträge waren unterschrieben und ratifiziert, und Deutschland war in die Falle: Völkerbund, hineingegangen. Die französische und großbritannische Presse begegnete dem Ausdruck deutscher Wünsche nach Räumung der besetzten Gebiete, die sie vorher von Zeit zu Zeit in Aussicht gestellt hatte, nunmehr mit kalter Ablehnung: die Periode der Konzessionen, — sie waren immer nur in Aussicht gestellt worden — sei vorüber. Auf den im Jahre 1927 folgenden Sitzungen des Völkerbundsrates, waren die deutschen Delegierten und die beobachtenden Presseleute entsetzt über die Kühle und Zurückhaltung der Vertreter der Westmächte, die zu Locarno und am großen Tage von Genf sich so ganz anders, so „freundschaftlich und vertrauensvoll" gegeben hatten. Das schöne Fest von Locarno liegt schon zwei Jahre zurück, seine „Rückwirkungen" sind noch immer (Herbst 1927) nicht eingetreten, man spricht nicht mehr gerne von ihnen.

Mit dem Frühjahr 1927 begann der russisch-britische Konflikt das politische Gesicht Europas mehr und mehr zu bestimmen. Die gefährdete Lage Deutschlands zwischen den beiden großen Mächten hätten einer besonders überlegten und festen Politik bedurft. Wie sah es damit aus? Im Jahre 1926 hatte der Außenminister Dr. Stresemann mit der russischen Sowjetregierung ein Abkommen geschlossen, das sich, kurz, als Neutralitätsvertrag bezeichnen läßt, nur schade, daß darin wenn man sich die praktische Anwendung darin vorstellt, Rußland Deutschland gegenüber keine Verpflichtungen zu erfüllen hat, während Rußland bei einem Konflikt, etwa mit Großbritannien dem Deutschen Reiche nichts nutzen würde. Wir haben bereits damals vorausgesagt: Deutschland werde durch Locarno und die Zugehörigkeit zum Völkerbund in so starken Bindungen gefangen sein, daß es den russischen Vertrag im Falle europäischen Konfliktes nicht würde halten können. Er wird in solcher Lage nur ein Stück Papier sein, und zerrissen werden. Gewiß konnte man gegen Abmachungen mit Sowjetrußland an und für sich nichts haben. Was überhaupt könnte man in der Außenpolitik an sich oder gar „grundsätzlich" ablehnen? Die Schwere des gemachten Fehlers lag in der Bindung Deutschlands durch den Westen in Gestalt der Locarnoverträge,

kontrolle und Industriespionage, eine Dauerquelle von Denunziationen und Konflikten, eine schwere dauernde Schädigung der deutschen Industrie, der deutschen Arbeiterschaft, eine Verewigung deutscher Wehrlosigkeit und, vor allem, ein Schandmal und Brandmal deutscher Sklaverei. Man versuche, sich Frankreich in ähnlicher Lage vorzustellen unter Männern wie Poincaré, Clémenceau, Tardieu, Briand, jawohl auch Briand, und ungezählte Anderen. Niemand von ihnen würde auch in bedrängtester Lage Frankreichs als Minister seinen Namen unter ein solches Gesetz geschrieben oder Deputierter dafür gestimmt haben. Da könnte jemand den Franzosen die weisesten Reden halten: so ein Gesetz ergäbe sich eben aus der ganzen so bewährten vorhergegangenen Politik es gäbe auch keinen anderen Ausweg, man müsse es eben schlucken. In solchen Augenblicken überflutet der französische Nationalstolz alles Geschriebene jede Überlegung der sogenannten Vernunft, der „Kultur" und des Internationalismus, zerbricht alles und wirft es auf die Seite und — setzt sich als elementare Gewalt durch. — —

Wir haben zeitlich etwas vorgegriffen und kehren zu der Periode zurück, welche sich an die Unterhaltung von Thoiry anschloß. Das Triumphgeschrei der deutschen Locarnopresse und der Stresemannschen Anhängerschaft war zu laut und überschwänglich gewiß gewesen. Als die Monate hingingen, keine Rückwirkungen und keine neuen herrlichen Aussichten auftauchten, da begann wachsende Enttäuschung in Deutschland Platz zu greifen. Aber freilich der große Staatsmann hatte das Naturgesetz der Rückschläge entdeckt, man hatte sich mit diesem abzufinden, betonte doch der gleiche große Staatsmann, man könne mit ungeschwächter Hoffnung in die Zukunft blicken. Trotzdem war es auch für die tanzenden Derwische des Geistes von Locarno auf die Dauer nicht möglich sich der Erkenntnis zu verschließen, daß seit der Unterzeichnung der Locarnoverträge und besonders seit Genf, der Ton der französischen und britischen Presse ein ganz neuer und anderer geworden war. Das Werbende war verschwunden; für den objektiven Beurteiler kein Wunder, denn man hatte ja die deutsche Regierung nun da, wo man sie hatte haben wollen: die Locarno-

verträge waren unterschrieben und ratifiziert, und Deutschland war in die Falle: Völkerbund, hineingegangen. Die französische und großbritannische Presse begegnete dem Ausdruck deutscher Wünsche nach Räumung der besetzten Gebiete, die sie vorher von Zeit zu Zeit in Aussicht gestellt hatte, nunmehr mit kalter Ablehnung: die Periode der Konzessionen, — sie waren immer nur in Aussicht gestellt worden — sei vorüber. Auf den im Jahre 1927 folgenden Sitzungen des Völkerbundsrates, waren die deutschen Delegierten und die beobachtenden Presseleute entsetzt über die Kühle und Zurückhaltung der Vertreter der Westmächte, die zu Locarno und am großen Tage von Genf sich so ganz anders, so „freundschaftlich und vertrauensvoll" gegeben hatten. Das schöne Fest von Locarno liegt schon zwei Jahre zurück, seine „Rückwirkungen" sind noch immer (Herbst 1927) nicht eingetreten, man spricht nicht mehr gerne von ihnen.

Mit dem Frühjahr 1927 begann der russisch-britische Konflikt das politische Gesicht Europas mehr und mehr zu bestimmen. Die gefährdete Lage Deutschlands zwischen den beiden großen Mächten hätten einer besonders überlegten und festen Politik bedurft. Wie sah es damit aus? Im Jahre 1926 hatte der Außenminister Dr. Stresemann mit der russischen Sowjetregierung ein Abkommen geschlossen, das sich, kurz, als Neutralitätsvertrag bezeichnen läßt, nur schade, daß darin wenn man sich die praktische Anwendung darin vorstellt, Rußland Deutschland gegenüber keine Verpflichtungen zu erfüllen hat, während Rußland bei einem Konflikt, etwa mit Großbritannien dem Deutschen Reiche nichts nutzen würde. Wir haben bereits damals vorausgesagt: Deutschland werde durch Locarno und die Zugehörigkeit zum Völkerbund in so starken Bindungen gefangen sein, daß es den russischen Vertrag im Falle europäischen Konfliktes nicht würde halten können. Er wird in solcher Lage nur ein Stück Papier sein, und zerrissen werden. Gewiß konnte man gegen Abmachungen mit Sowjetrußland an und für sich nichts haben. Was überhaupt könnte man in der Außenpolitik an sich oder gar „grundsätzlich" ablehnen? Die Schwere des gemachten Fehlers lag in der Bindung Deutschlands durch den Westen in Gestalt der Locarnoverträge,

des Völkerbundeintritts und, natürlich auch, der Dawes-Gesetze. Hier hatte Stresemann dem deutschen Volke und damit auch seiner Politik, beinahe alles, was es an Freiheit noch besaß, nehmen lassen, und zwar derart, daß er diesen Vertrag mit Rußland entweder wie gesagt als Papierfetzen betrachten würde oder aber Deutschland in eine gefährliche politische Zwitterstellung hineinführt. Es ist zu beachten, ob ein Staat, mit dem man Verträge schließt, schwach ist oder stark. Daß Sowjetrußlands Stärke nur in demjenigen Schutze liegt, welchen ihm die weiten Räume gegen militärischen Angriff liefern, mußte bekannt sein; ebenfalls daß auch dieser Schutz nicht annähernd mehr so stark ist wie früher, da die Verkehrsmittel usw. nicht mehr auf der einstigen niedrigen Stufe stehen. Der Außenminister wollte mit seinem Rußlandvertrag so tun, als ob er auch nach Locarno und Genf noch in der Lage wäre, eine unabhängige bewegungsfreie Politik zu treiben; wie bei ihm üblich, die Politik des Scheins, der freilich allzu durchsichtig war, um irgendjemandem außerhalb Deutschlands erfolgreich etwas vorzutäuschen. Wie schwach im Grunde der Außenminister Dr. Stresemann sich fühlt, geht aus seiner Behandlung des sogenannten Durchmarschartikel der Satzung des Völkerbundes hervor.

Er ließ sich eine von Großbritannien und Frankreich fabrizierte „überbrückende Formel" anstandslos gefallen, welche, beispielsweise in einem britisch-russischen Konflikt, nicht die mindeste Sicherheit für Deutschland bilden würde, nicht als Durchmarschgebiet oder Operationsbasis der Westmächte zu dienen oder aber von ihnen selbst zu Beistandsleistungen gegen Rußland gepreßt zu werden. Auch hier muß man wieder sagen, daß des Außenministers Nachgeben keineswegs notwendig, daß er vielmehr von vornherein bereit war, und daß es wiederum unverantwortlich bleibt, daß er seine Leute vor dem deutschen Volke so tun, als ob die „überbrückende Formel" mehr wert wäre, als das Stück Papier, auf die sie geschrieben wurde.

Die russisch-britische Frage ist im Hochsommer 1927, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch mitten in der Entwicklung. Der Außenminister Dr. Stresemann hat für die schwierige Rolle Deutschlands in diesem Konflikt ungünstige Vorbedingungen ge-

schaffen, was in keiner Weise nötig war, noch zwangsläufig geschehen mußte.

Abgesehen hiervon hat der Sommer 1927 einen gewissen Abschluß der Außenpolitik des Außenministers Dr. Stresemann gebracht, welchen er mit seinem Amtsantritt im Jahre 1923 eingeleitet hat, zu jener Zeit als er seine berühmte Wendung aussprach, nunmehr sehe er zum ersten Male wieder einen Silberstreifen an dem dunklen Horizont: das war die Dawes-Gesetzgebung. Was ist heute nach reichlich drei Jahren ihr Ergebnis? Internationalkapitalistische Versklavung des deutschen Volkes, Internationalisierung seiner Wirtschaft, Entwurzelung der bodenständigen Berufe und Existenzen in Stadt und Land, dauernde Massenerwerbslosigkeit, — sie ist vom Herbst 1924 bis Herbst 1927 an mehr als das Zehnfache gewachsen — unbedingte Abhängigkeit Deutschlands auf allen Gebieten, auch auf dem politischen, von der jüdisch geleiteten Weltgeldzentrale, wachsende Verschuldung. Erst vom Jahre 1928 an tritt die volle Jahresbelastung von 2,5 Miliarden an Dawes-Tributen ein, und schon im Jahre 1926 mußten Anleihen aufgenommen werden, um diese Jahreszahlung zu leisten. Also, um das eine Loch für ein Jahr zu stopfen, reißt man ein anderes auf, bezahlt Schulden mit Pump, die leichtfertigste, schlechteste Wirtschaft die überhaupt betrieben werden kann! Angesichts solcher furchtbaren Zustände und Aussichten ist die offizielle Phrase von der Gesundung der Wirtschaft eine unerhörte Belügung des deutschen Volks, wie die Dawes-Gesetze überhaupt. Ihre Auswirkung muß von Jahr zu Jahr ruinöser werden, immer weiter und gründlicher wird der deutsche Besitz enteignet, das deutsche Volk entwurzelt, proletarisiert und zum Arbeitssklaven des internationalen Kapitals gemacht. Das ist der Silberstreifen des Außenministers Dr. Stresemann.

Die zweite große Tat des Außenministers Dr. Stresemann: die Locarnopolitik! Wir haben ihre Leichtfertigkeit und Verkehrtheit, ihren Mißerfolg im einzelnen erörtert und gesehen, daß sie Deutschland nichts gebracht, aber Vieles und Großes genommen hat. Auch die „Sicherheitsfrage“ hat sie ebensowenig gelöst, wie die Dawes-Politik die „Reparationsfrage“. Locarno und Genf gehören zusammen. Auch Genf, der deutsche

Eintritt in den Völkerbund hat dem deutschen Volke nichts gegeben, dafür wiederum ein großes Stück Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit genommen. Es war nicht nötig, diese Wege zu gehen, wie wir gesehen haben. Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Politik muß nach ihrem Erfolge beurteilt werden. Hier stehen wir nicht allein der Erfolglosigkeit gegenüber, sondern den schwersten Schäden und Nachteilen, auch einem Verpassen günstiger Lagen und Aussichten, die in einem deutschen Sinne und zum deutschen Nutzen hätten ausgewertet werden müssen.

Heute erklären sogar Anhänger der Erfüllungspolitik und im besonderen auch der Locarnopolitik wie der Zentrumsdemokrat Dr. Wirth, die Politik Stresemanns befinde sich in einer Sackgasse. Und die anderen Mächte halten, nachdem sie von Deutschland erreicht und genommen haben, was sie wollten, nicht einmal mehr die freundliche Phrase für notwendig, welche der Außenminister Dr. Stresemann der deutschen Öffentlichkeit als „Geist von Locarno" vorzuführen pflegte. Das ist ja überhaupt an der Stresemannschen Politik so überaus schädlich und besonders abstoßend, daß der Schein eine so entscheidende Rolle für diesen Staatsmann spielt. Verblaßt der eine Schein, so wird ein neuer gezeigt, platzt die eine Seifenblase, so schwillt schon die neue in den schönsten Regenbogenfarben. Hat das deutsche Volk eine solche Behandlung durch seinen seit über drei Jahre maßgebenden internationalfreimaurischen Minister wirklich verdient? hat es nicht genug gelitten, ist es nicht genug irregeführt worden? Muß und darf dieses Verfahren wirklich immer noch fortgesetzt werden? Welcher Urteilsfähige und auf deutschem Boden stehende konnte die Dawes-Gesetze anders beurteilen, als wie es vorstehend geschehen ist, wer die Locarnoverträge, wer den Völkerbundseintritt? Man lese heute die Oppositionsreden der nationalen Seite im Reichstag seit dem Sommer 1924. Sie enthalten als Voraussage alles, was hier rückschauend gesagt wurde. — Und der große Schein von Gesundung, Befreiung und Befriedigung, von Gleichberechtigung und Achtung der von Jahr zu Jahr im neuen Schillern dem armen wieder gläubigen Michel gezeigt wurde: sind wir nur erst im Völkerbund,

so kommt entweder die allgemeine Abrüstung, oder auch wir werden die Zustimmung erhalten, unsere Rüstung zu stärken! Nun, wir sind im Völkerbund, die Rüstungsverhandlungen dieses Jahres haben ergeben, daß keine der Großmächte auch nur an eine Rüstungsverminderung denkt, geschweige denn an eine Abrüstung und jede sich volle Freiheit für Rüstungsvermehrung vorbehält. Für Deutschland jedoch wurde die Militärkontrolle in neuer Form verewigt, und die Wehrlosigkeit noch einmal auf dem Wege des Diktats und in Gestalt jenes Kriegsgerätgesetzes ausdrücklich festgelegt. Im deutschen Volke aber wird nach wie vor von der doch einmal kommenden Abrüstung erzählt.

Die Politik des Außenministers Dr. Stresemann von den Dawesgesetzen bis Genf und zum Kriegsgerätegesetz würde bestimmt, so erzählte man dem gläubig und hoffnungsvoll horchenden deutschen Volk, zur Befriedung Europas führen. Die zurückliegenden drei Jahre zeigen, daß mit der fortschreitenden Entwaffnung Deutschlands und mit all den schweren freiwilligen Einbußen und Verzichten die Kriegsgefahr in Europa immer größer geworden ist, zugleich mit der Sicherheit, daß jeder Konflikt zumal auf Kosten des wehrlosen und versklavten Deutschlands von den Großmächten ausgefochten werden würde, denn die Bedingungen für eine auch nur notdürftige Verteidigung des deutschen Bodens sind durch die Politik des Außenministers Dr. Stresemann immer ungünstiger geworden.

Die sogenannte Schuldfrage, richtiger die Schuldlüge: Deutschland trage die Schuld am Weltkriege und sei deshalb mit Recht durch den Versailler Vertrag bestraft und für alle Schäden des Krieges verantwortlich gemacht worden, ist für einen sehr großen Teil der deutschen Bevölkerung unerträglich. Der Außenminister Dr. Stresemann treibt seine Politik, als ob diese Schuldlüge eine Wahrheit wäre, denn die Dawes-Gesetzgebung bekennt sich zum *politischen* Boden der Schuldlüge, die Locarnoverträge anerkennen freiwillig mit dem Versailler Vertrag die Schuldlüge, auf der sich ja dieser Vertrag aufbaut, und wieder das Gleiche tut Deutschland durch seinen Eintritt in den Völkerbund. Um aber dem deutschen Volk diesen furchtbaren Tatbestand zu verschleiern, erließ der Außenminister Dr. Stre-

semann 1924 und 1925 phrasenhafte stammelnde Erklärungen, von denen er vorher wußte, daß sie ohne jede Wirkung nach außen bleiben müßten, des Inhalts: das deutsche Volk trage nicht die „moralische" Schuld am Kriege. Aber zugleich unterzeichnete er die Dawes-Gesetze und die Locarnoverträge, welche auf Kosten des deutschen Volks auf der Schuldlüge aufgebaut sind, nämlich auf dem Versailler Vertrag.

Dem Außenminister Dr. Stresemann ist das alles gleichgültig. Er findet seine Politik höchst erfolgreich, und man muß sagen, daß er im feindlichen Auslande auch der beliebteste Minister ist. Seine Politik muß außerhalb Deutschlands gefallen, denn wie ungeheuren Gewinn haben Frankreich und Großbritannien durch sie erhalten, nicht zu reden von jenem Geldweltzentrum zu Neu-York dem „Weltgewissen". So war auch sicher nicht zu verwundern, daß der Außenminister Dr. Stresemann den sogenannten Nobelpreis erhielt, und gar, welche Ehre, zusammen mit dem Mr. Dawes, der in erster Linie an den Versklavungs-Gesetzen beteiligt ist, die mit Recht nach ihm benannt werden. Nichts könnte den internationalistischen Charakter der Stresemannschen Gesamtpolitik in ein helleres Licht stellen, besonders auch den Internationalismus der Verleiher des Nobelpreises. Persönlich charakteristisch bleibt das Verhalten des Außenministers Dr. Stresemann auch in diesem Fall. Ist es schon seit Jahren anstößig, daß dieser Außenminister inmitten des verarmten deutschen Volks „ein Haus macht", dessen Aufwand öffentliches Gespräch ist, so schickt sich um so weniger, daß der Außenminister Dr. Stresemann den Nobelpreis, der bekanntlich ein Geldpreis ist, annahm, und wenn er ihn annahm, daß er den Geldbetrag nicht sofort für eine gemeinnützige Stiftung oder ähnliches verwandt hat. Daß ein deutscher Außenminister einen Geldpreis, also ein Geldgeschenk annimmt, welches ihm ein internationalistisch kapitalistisch gesinntes Komitee als Belohnung für die Art seiner Politik „verleiht", ist überhaupt unpassend und unzulässig, ein Hohn auf das eigentliche Interesse des deutschen Volkes. In einer seiner Dankreden zu Oslo schloß der Außenminister Dr. Stresemann mit einer freimaurerischen Redewendung. Vielleicht hat er auch da wieder „im Zeichen" gestanden.

Die auffallende äußere Sicherheit, die der Außenminister Dr. Stresemann bei allen internationalen Gelegenheiten zur Schau trägt, begründet sich ohne weiteres in seiner Zugehörigkeit zur Freimauerei als deren schnell im Grade gestiegenes Mitglied. Er gehört zwar einer der altpreußischen Logen an, die neuerdings mit besonderem Nachdruck die nationale Parole betonen. So kann nicht Wunder nehmen, daß die internationalistische Politik Stresemanns unter ausdrücklicher Hervorhebung seines Maurertums in diesen dem eigentlichen Geist der Weltfreimaurerei vielfach ahnungslos gegenüberstehenden Kreisen Verwirrung hervorgerufen hat. Herr Dr. Stresemann wird sich das wohl nicht anfechten lassen. Um so notwendiger bleibt, auf die große und verhängnisvolle Bedeutung der Tatsache hinzuweisen, in welcher Weise und in welchem Ausmaß hier ein deutscher Außenminister seine freimaurerische Eigenschaft in der Ausübung seiner Ministertätigkeit betätigt. Dies allein müßte genügen, um den Minister von seinem Posten verschwinden zu lassen.

Um das unheilvolle Wirken dieses Ministers vollständig zu schildern würde diese kleine Schrift eines weit erheblicheren Umfangs bedürfen. Wir wollen uns mit dem Gesagten begnügen, nur noch hinzufügen, daß dieser Mann im Ganzen betrachtet das typische Bild des — persönlich — erfolgreichen Arrivisten verkörpert: listig, ohne eigentliche Überzeugung, Redner, grundmaterialistisch, von hoher Fähigkeit der Anpassung und Einpassung, von außerordentlicher Eitelkeit und Selbsteinbildung. Selten hält der Herr Dr. Stresemann eine Rede, in der er nicht sich und seine Leistung lobte, obgleich seine Anhänger und Nachläufer auf diesem Gebiete schon sehr Erkleckliches leisten. Besonderen Wert legt der Außenminister darauf, den Eindruck hoher Geistesbildung und idealistischer Wesensart zu machen. Er versäumt keinen Anlaß, in diesem Sinne programmatisch zu zitieren, er hält Vorträge über Goethe und Napoleon. Er sprach 1926 auf einer internationalen Schauspielerkonferenz unter harmonischer Einpassung in dieses Milieu. Der Außenminister Dr. Stresemann läßt sich ungemein gern und häufig bildlich darstellen, und es gibt wohl kein Bild, das nicht im Ausdruck hohe Selbstzufriedenheit zeigt. Es ist kein Wunder,

daß das Ausland, daß insbesondere die führenden Staatsmänner der Westmächte diesen Geschichts-Berufspolitiker nicht ernst nehmen, den sie mit so herrlichen Erfolge benutzen konnten, um ihre politischen Wünsche zu erfüllen. Möge endlich in Deutschland der Zeitpunkt kommen, daß ein genügender Teil des deutschen Volks die Politik dieses Mannes begreift, ihre Richtung und Wirkungen sieht und ihn selbst in seiner Wesensart erkennt!

Im Frühsommer 1927 machten der Präsident der französischen Republik, Doumergue, und der Außenminister Briand, einen amtlichen feierlichen Besuch in London. Die offiziöse Presse beider Länder anerkannte mit betonter Ausdrücklichkeit die große politische Bedeutung dieses Besuchs: er bedeute ein feierliches Bekenntnis der beiden Regierungen und ihrer Völker zu jener Entente Cordiale die zum ersten Male im Frühjahr 1904 öffentlich in die Erscheinung getreten war. Für Frankreich, wie für Großbritannien würde nach wie vor diese Entente Cordiale die Grundlage ihrer Außenpolitik bilden. Eben die britisch-französische Entente Cordiale war seit 1904 der Kern der Koalition gegen Deutschland und der Grundstein der lang gepflegten Vorbereitung zum Kriege gegen Deutschland gewesen. Der Außenminister Dr. Stresemann hat mit seiner Locarno- usw. Politik beabsichtigt und fest geglaubt, gerade dieses feste Zusammenstehen Großbritannien und Frankreichs, die Entente Cordiale auflösen, gegenstandslos machen zu können. Sie würde sicher einer allgemein europäischen Brüderlichkeit Platz machen durch die Aufnahme Deutschlands in herzlichen Vertrauen und aufrichtiger rückhaltloser Freundschaft und auf dem Boden vorbehaltloser Gleichberechtigung. Um den berühmten „guten Willen" zu beweisen, hatte man den Versailler Vertrag mit der Schuldlüge noch zweimal freiwillig anerkannt, hatte auf Elsaß-Lothringen verzichtet, die deutschen Rheinlande mit dem Rhein unter internationale Kontrolle gestellt, auf Änderung der Ostgrenze verzichtet, in Sachen der Militärkontrolle und Entwaffnung verhängnisvollste und erniedrigende Zugeständnisse gemacht, war ohne die mindeste Gegenleistung zu erhalten, in den Völkerbund eingetreten. Und als nun alles hingegeben, als alle deutschen Bindungen und Verzichte vertraglich festgelegt waren, da erklärten auf feierlicher Zusam-

menkunft die leitenden Staatsmänner Frankreichs und Großbritanniens sich zur alten Entente Cordiale. Mit anderen Worten: auch für die Anhänger der Stresemannschen Politik ein katastrophenmäßiger Mißerfolg, ein Beweis, daß die beiden Westmächte drei Jahre lang den Bruder Stresemann auf den Leim geführt hatten, um von ihm zu erreichen, was sie haben wollten. Als sie Alles hatten, hieß es: die Locarno Episode ist zu Ende, die Entente Cordiale ist die Achse unserer Politik! Nie hat es eine vollständigere Niederlage gegeben als diese Politik des Herrn Dr. Stresemann und aller Voraussetzungen, auf denen er sie errichtet hatte. Aber sie ist nur auf Kosten des deutschen Volks gegangen, nicht auf Kosten der Stellung des Herrn Ministers, so kann natürlich kein Grund zur Klage sein. Solange bleibt der Geist des Internationalismus gerettet, solange bleibt das deutsche Land und Volk der Ausbeutungsgegenstand des jüdisch geleiteten Weltkapitalismus. Er ist ja jene von Herrn Dr. Stresemann gepriesene und ersehnte „Hilfe, die von Außen kommt". Er kennt kein anderes Ideal, legt freilich Wert darauf, es durch nationale Phrasen zu verschleiern.

Daß der Außenminister Dr. Stresemann trotz der Verderblichkeit seiner Tätigkeit und Mißerfolgen auf seinem eigensten Gebiet Minister bleiben wird, begründet sich mit hauptsächlich in dem Umfange des Internationalismus in Deutschland, gleichbedeutend immer, mit der jüdisch geleiteten Geldherrschaft, des jüdischen Kapitalismus. Die unter diesem leitende Schicht in Deutschland läßt singen: „Deutschland, Deutschland über Alles!" und denken dabei: „Geldsack, Geldsack, über alles!" Das sind diejenigen Schichten, welche den Außenminister Dr. Stresemann als den Ausdruck ihrer Anschauungen und ihres Wollens betrachten und als den „europäischen Staatsmann" preisen. In dieser kleinen Schrift ist wiederholt hervorgehoben worden, daß der politische Weg, den der Außenminister Dr. Stresemann das deutsche Volk seit 1924 abwärts führt, keineswegs eine Notwendigkeit war, noch ist. Das für die Beurteilung dieses Mannes schwer ins Gewicht fallende aber ist, daß er selbst sich ebenfalls nicht gezwungen und etwa „zähneknirschend" sich einem unüberwindlichen Zwange Rech-

nung tragend glaubte. Nein, das ist das Charakteristische, daß der Außenminister Dr. Stresemann freiwillig, freudig, emsig treibend, aus eigener Initiative das ganze Deutschland zur Reparationskolonie machte und leichtesten Herzens alles das hingab, wie vorstehend geschildert wurde. Freudig ebenfalls hat der Außenminister Dr. Stresemann das Zustandekommen jener internationalen Trusts, genannt sei nur der deutsch-französisch-belgische „Eisenpakt" — gefördert, obgleich dieser einen ausgesprochenen Schritt auf dem Wege jenes Geldinternationalismus bedeutet, den Rathenau als sein Ideal pries. Ein derartiger Trust, der Eisenpakt beherrscht als internationale Interessentengruppe den Staat, dieser ist ihm gegenüber ohnmächtig. Er internationalisiert den Staat, trägt zu seiner Entdeutschung bei, bricht seine wirtschaftliche Souveränität, und steht im natürlichen schärfsten Gegensatz zum nationalen Gedanken in Praxis und Theorie. Der Außenminister Dr. Stresemann aber begrüßt diese Entwicklung als „europäisch", als menschheitlich und als den Frieden verbürgend. Dabei erscheint mit jedem weiteren Halbjahr Stresemannscher Politik in höherem Grade der Friede gefährdet. Im stärksten Sinne unzulässig — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, ist, daß der Außenminister seine Politik als eine nationale Realpolitik zu bezeichnen sich gestattet. Er hat nicht den Mut, das wirkliche Wesen seiner Politik zu bezeichnen nämlich: als einfach weltmaurerisch-kapitalistisch —, in diesem Sinne allerdings eine Realpolitik, eine Politik, deren Anhänger gleichzeitig den illusionsbedürftigen Michel Glauben macht, sie sei eigentlich die einzig nationale Politik.

Heute, wo sogar innerhalb der eigenen Partei des Ministers zugegeben wird, der Mißerfolg der Stresemannschen Politik sei ebenso wenig zu leugnen wie die Tatsache, daß man von den fremden Staatsmännern schmählich hinters Licht geführt worden sei, bleibt als das Paradestück, — das einzige von so vielen der letzten Jahre! — der Aussichten und Hoffnungen: die Räumung der Rheinlande. Nun, einmal werden sie wohl geräumt werden, aber mit jedem Jahr, das vor dem Räumungstermine verstreicht, wird der Erfolg und Wert des Vorzeitigen geringer. Jahre sind schon verstrichen seit dem die

Stresemannsche Politik eine vorzeitige Räumung dem immer wider gläubigen deutschen Volk verhieß. Wie ungeheuere Preise sind auf das Konto Räumung bezahlt worden. Wären sie nicht gezahlt worden, so würden Hoffnung und Aussicht auf Räumung genau so groß und so klein werden, wie sie jetzt sind, ob die Räumung nun im nächsten Jahre erfolgt oder in einem späteren. Mit Rechten und mit Eigentum des deutschen Volks ist in den letzten Jahren geradezu gewüstet und geschleudert worden, zum höheren europäischen Ruhme des Herrn Außenministers Dr. Stresemann.

Vom „Wege ins Freie" sprechend, hat der Außenminister Dr. Stresemann das deutsche Volk und Land in die dauerhafteste aller Knechtschaften hineingeführt, in die Knechtschaft des Weltkapitalismus. Dabei wußte und weiß der Außenminister ebenso wie ungezählte andere Politiker und Wirtschaftler, daß deutsche Selbsthilfe von innen heraus möglich war und noch heute möglich ist. Freilich, dann müßten die heiligen Altäre des Kapitalismus zertrümmert werden, die jüdisch-maurerische Weltherrschaft würde einen schweren Stoß erhalten. Hier liegt der Punkt!

Der Außenminister Dr. Stresemann ist ein echter, — hierin wirklich echt! —, ein markanter Typ dieses jüdisch geführten und in sich judaistischen „Neudeutschlands". Wohllebig und materialistisch, natürlich mit einem sorgfältig unterhaltenen Firnis von hohen Worten, die Idealismus und Geisteskultur glauben machen sollen; ohne die innere Fähigkeit, eine deutsche Sache, eine deutsche Frage anders als in internationalistischer Anschauung betrachten, beurteilen und behandeln zu können.

Wie im ersten Teil dieser Schrift betont, haben wir uns mit der persönlichen Seite nur insoweit beschäftigt, als es unmittelbar und unbedingt zur Erklärung der politischen Persönlichkeit notwendig ist. Sonst wäre da allerdings ein „sehr weites Feld", das ich Anderen überlassen will. Nur das Eine muß zum Schluß noch gesagt werden, und zwar im Anschluß an den Plauener Prozeß: ein Mann, der intime Freundschaft mit einem Litwin Finkelstein pflegt, Interesse an dessen Geschäften nimmt, für sich und seine Partei bei dem gleichen Finkelstein ein Konto, das berühmte „Konto S. Gustav" halten läßt, ein Mann der

sich in diesem Milieu wohl fühlt, der gehört schon deshalb nicht auf den Posten eines deutschen Ministers. Im übrigen ist die Tatsache, daß Herr Dr. Stresemann noch heute diesen Posten bekleidet, ein erschütternder Beweis, und wie unklar fern die große Masse der Deutschen den Wirklichkeiten des deutschen, des nationalen Gedankens gegenübersteht. Der Augenblick, welcher auch nur eine leise Erkenntnis aufdämmern ließe, würde auch der Augenblick des Verschwindens dieses unheilvollen Ministers von seinem Platze sein.

Von Graf E. Reventlow erschien ferner:

Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner.

200 Seiten. 1906. Preis M. 3.—.

Inhalt: Das Wesen des Byzantinismus / Eigenschaften des Kaisers / Das Gottesgnadentum / Religion / Unkriegerisch / Herrentum / Politik / Ausländische Vertretung / Ausland / Die Presse und der Byzantinismus / Römische Byzantiner / Empfänge, Feste, Kunst / Formen nach oben und unten / Byzantinische Literatur.

Der Umstand, daß das Buch in einem Verlage erscheint, der neben der Veröffentlichung fachwissenschaftlicher Werke seine Kraft fast ausschließlich in den Dienst der nationalen Sache stellt, gibt auch in dieser Richtung die Sicherheit, daß es sich hier nicht um ein Sensationsbuch, sondern um ein ernstes Werk handelt, das das Beste will, und auch den Mut hat, nach oben und unten, nach rechts und links die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie nicht gern gehört wird.
(Deutscher Industrie-Anzeiger.)

Wer möchte leugnen wollen, daß hier trotz dieser Einseitigkeit der Gedankengang, die Ansicht vieler und wahrscheinlich nicht der schlechtesten Deutschen wiedergegeben wird? Wer aber sein deutsches Vaterland von Herzen liebt und damit auch den, in welchem sich seine Macht und Größe, sowie sein Ansehen unter den Völkern verkörpert, der wird nicht bedauern dürfen, wenn solche Stimmungen freimütig Ausdruck finden, auf daß ihnen entgegengewirkt werden kann, solange es Zeit ist. In diesem Sinne wird das neue Kaiserbuch willkommen zu heißen sein. (Hannoversches Tageblatt.)

Hätte man damals auf Reventlows Stimme gehört, so hätte die Monarchie gerettet werden können. Möge man sie heute rechtzeitig hören.

Im Herbst 1927 erscheint:

Geschichte des deutschen Königtums
als die wahre deutsche Geschichte.

Von Alfred Krauß, General der Infanterie. Preis etwa M. 10.—.

Ein Buch zum Umlernen für Monarchisten und Republikaner kann man das äußerst inhaltsreiche Werk nennen. Mit vollständiger Unvoreingenommenheit untersucht er die Frage, wie sich die Idee des Königtums, diese echtgermanische Idee, in der Geschichte, besonders in der neueren, in die Wirklichkeit umgesetzt hat: Trotz persönlicher Tüchtigkeit vieler Fürsten, mußte ihnen doch naturgemäß das Interesse ihres Hauses stets höher stehen als die Reichseinheit. So war die Vielheit der Fürsten ein schweres Hindernis für das Aufkommen eines einheitlichen Nationalgefühls.

Das Buch ist kein Einwand gegen den monarchischen Gedanken; der Verfasser betont nur immer wieder die Notwendigkeit einer Einheitlichkeit der Herrschaft gegenüber der Vielherrschaft der Teilfürsten.

Werke von Prof. Dr. H. Freiherrn von Liebig.

Wege zur politischen Macht.

Preis geh. M. 2.—, geb. M. 3.—.

Wir brauchen Kampfnaturen, wenn wir aus dem Sumpf herauswollen und solche zu erziehen ist das Werk in hohem Maße geeignet. (Fränkische Nachrichten.)

Ein hervorragendes Buch, das allen, denen die Gesundung und Wiederaufrichtung unseres deutschen Volkes am Herzen liegt, nicht genug empfohlen werden kann. (Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft.)

Das durch rücksichtslose Kritik des ganzen undeutschen Wesens der Gegenwart, insbesondere der Parteien, ausgezeichnete, mit ehrlichem Freimut geschriebene Buch wendet sich an alle zur Erneuerung des Deutschtums Berufenen und leistet so wertvolle, echt nationale Erziehungsarbeit. (Bayreuther Tagblatt.)

Die Notwendigkeit, dem deutschen Volke die Männer zu zeigen, die wie Stein und Scharnhorst seine Erhebung vorbereiten können, ist der Inhalt dieser Aufsätze. Und wenn man schon von früheren Werken Liebigs gesagt hat, sie würden s. Zt. neben den Schriften eines Fichte, Treitschke usw. genannt werden, so gilt das auch von diesem Bande. Ich wünsche dem Buch weiteste Verbreitung und verständnisvolles Studium, namentlich von jenen Männern, die unser Volk in eine bessere Zukunft führen sollen. (Frhr. v. Gebsattel in Deutschlands Erneuerung.)

Die Politik von Bethmann Hollwegs.

Das B=System vor und nach dem Kriege. Preis geh. M. 5.—, geb. M. 6.50.

Die beste Kritik für das Buch ist, daß Bethmann keine Schrift mit einem so tödlichen Hasse verfolgte und mit allen Mitteln seiner Macht die Verbreitung zu verhindern suchte.

Eine glänzende, überaus klare Darstellung der Außenpolitik Deutschlands, ein tieftrauriges, erschütterndes Bild davon, wie jammervoll wir geleitet worden sind. (Deutsche Zeitung.)

Der Betrug am deutschen Volke.

Preis geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Die Bücher des Frhr. v. Liebig gehören in der politischen Literatur zu dem, was man gemeinhin Klasse nennt. Die Zeit wird kommen, die seine Schriften neben denen eines Fichte, Treitschke und Bismarck nennen muß als leider im Brausen der Zeit ungehört verhallte Warnungsrufe eines treu vaterländisch gesinnten und stets klarblickenden Mannes. (Deutschvölkische Blätter.)

Der Verfasser geht rücksichtslos allem Schwindel zuleibe, mit dem unser Volk umsponnen wurde, bezeichnet er doch offen, entgegen der irreführenden Meinung von der „Ungeschicklichkeit" der deutschen auswärtigen Vertretung Bethmann als freiwilligen Helfer des Alljudentums. (Deutsche Zeitung.)

Schriften von Dr. Franz Haiser.

Man muß zugeben, daß Haisers Standpunkt ein ethischer ist, daß er keineswegs als reaktionär bezeichnet werden kann, denn er möchte nicht Aristokratie im landläufigen Sinn als Herrscher sehen, sondern rassige Edelmenschen, die dazu erzogen worden sind, Herren über sich selbst und über ihre gemeinen Neigungen zu werden. Die Fülle der tiefsten Lebensfragen, die in diesen kleinen, aber inhaltsvollen Büchern behandelt werden, ist so groß, daß auch eine eingehende kritische Besprechung sie nicht erschöpfen könnte. Deshalb muß man einem jeden denkenden Menschen empfehlen, seine Bücher selbst zu lesen und sich dann ein eigenes Urteil über ihn zu bilden. (Preußische Jahrbücher.)

Es ist keine Übertreibung, wenn ich behaupte, daß Haiser nicht nur einer der eigenartigsten Köpfe in der heute so verflachten Welt deutschen Geisteslebens, sondern auch ein selbständiger Denker von einer Tiefe ist, die ihm einen ehrenvollen Platz in der Reihe unserer Philosophen anweist.
(Prof Dr. Benno Immendörfer im Michel-Graz.)

Die mit Herzenswärme und eindringend sittlichem Ernste geschriebene Schrift gibt zu denken. Der Verfasser tut dar, daß wir ein niedergehendes Volk bereits seit Jahrzehnten waren, ohne daß die meisten es ahnten.
(Artur Brausewetter im Tag, Berlin.)

Haiser hat schon eine ganze Reihe wertvoller Bücher geschrieben, ist aber leider selbst in rechtsstehenden Kreisen noch nicht so bekannt, wie er es verdiente. Daß die linke Seite ihn totschweigt, ist kein Wunder, denn er ist genau der Gegenpol dessen, was die westliche sogenannte Demokratie „Fortschritt", „Zivilisation", „Humanität", „Aufklärung" usw. nennt. Die Rechte sollte sich aber gerade dadurch veranlaßt fühlen, ihn um so eifriger zu lesen und weiter zu empfehlen. Die Darstellung bei Haiser ist immer sehr frisch, anregend, fesselnd, niemals langweilig oder aufdringlich lebhaft.
(Dr. Schmidt-Gibichenfels in der Deutschen Zeitung.)

Das Gastmahl des Frhrn. von Artaria. Ein Kampf zwischen rassenaristokratischer und demokratischer Weltanschauung. 2. Aufl. 1925. Geh. M. 4.50, geb. M. 6.—.

Im Anfang war der Streit Nietzsches Zarathustra und die Weltanschauung des Altertums. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.50.

Die Sklaverei. Ihre biologische Begründung und sittliche Rechtfertigung. Geh. M. 1.50, geb. M. 2.25.

Die Krisis des Intellektualismus Die Schreckensherrschaft des Zeitgeistes. Geh. M. 1.50.

Freimaurer und Gegenmaurer im Kampfe um die Weltherrschaft. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.—.